DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

249 22. JAHRGANG Juni 2005 4,50

AUS DEM INHALT:

RECHTSEXTREMISMUS

Die Rechten mobilisieren in Deutschland. Seit der sächsischen Landtagswahl und dem Einzug der NPD haben sie wieder Auftrieb bekommen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem sie nicht versuchen, in der Öffentlichkeit präsent zu sein. Unsere Berichte in den vergangenen Ausgaben und in dieser mit Beispielen aus Niedersachsen und Sachsen verdeutlichen dieses. Doch auch in der bürgerlichen Mitte gibt es einen Ruck nach rechts. Im neuesten vom Bundesministerium des Innern vorgestellten Verfassungsschutzbericht wird das Berufsverbot gegen einen überzeugten Heidelberger Antifaschisten lobend erwähnt. Beispiele rechtsextremer Aktivitäten auf Seite 1 und 3.

HEUSCHRECKENPARADIES ?

Heuschreckenschwärme bekämpft man, indem man ihre Brutgebiete säubert, sagen die Experten. Unter Rot-Grün ist Deutschland zur Brutstätte geworden. Es geht um Spekulationsfonds (die sogenannten Hedgefonds) als Anlageform, die bis zum Ende des Jahres 2003 in Deutschland verboten waren. Seit dem 1. Januar 2004 gilt ein »Investitionsmodernisierungsgesetz«, dass die »Heuschrecken« aus dem Sack ließ. Mehr dazu von Andrea Noll in ihrem Beitrag auf Seite 11 und 12.

JUBILÄUM

Ende Juli 2005 wird ein im Saarland einmaliges Selbstverwaltungsprojekt seinen 15. Geburtstag feiern: der »Kultur- und Werkhof Nauwieser 19«. Seite 4

EUROMAYDAY

Der 1. Mai wird wieder bunter und kreativer. Den üblichen Bratwurst- und Bierfeiern der Gewerkschaften werden europaweit »EuroMayDay-Paraden« entgegengesetzt. Hunderttausende beteiligen sich daran, allein in Mailand waren es über 100.000 Menschen. Ein Bericht zur ersten Hamburger EuroMayDay-Parade auf Seite 4.

DOKUFILM

Wellen schlagen heftig an den Strand, ein Mann schaut auf die Meerenge von Gibraltar: »Ich bin nur noch 25 km weg, aber ich kann nicht dort rüber, das macht mich wirklich krank. Da drüben ist Europa«. Oumar hat es aus Guinea-Bissau bis nach Ceuta geschafft. Ceuta ist eine spanische Exklave an der marrokanischen Küste – Territorium der Europäischen Union. Im Dokumentarfilm »Invisible – Illegal in Europa« hat Regisseur Andreas Voigt ein Jahr lang fünf »Sans Papiers« (Papierlose) in fünf Ländern der EU in ihrem Alltag begleitet, sie dabei gefilmt und interviewt. Seite 6

www.contraste.org

HAUSRECHT ABSCHAFFEN STATT ÜBERNEHMEN

Freiräume überall!

Nur ein kleiner Teil alternativer Projekte scheitert am Konflikt mit dem Staat. Die meisten scheitern an sich selbst. Das hat zwar viel mit der Zurichtung der Menschen zu tun, durch die Mackerigkeit, Dominanzgehabe oder Unterwürfigkeit, der Hang zur Akzeptanz geltender Gesetze und Normen sowie die Ängste vor der Übermacht von Repression, sozialem Umfeld oder dem blanken Kampf ums materielle Überleben in jedes Projekt geschleppt werden. Allerdings fehlt meist auch ein kreativer Umgang damit. Der Wille, alles anders und besser zu machen plus einem gemeinsamen Trägerverein, wo »doch der Vorstand nur formal da ist«, reicht den meisten schon.

Eine Frau mit schmerzverzerrtem Gesicht
im dichtem Gestrüpp

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen
leider nicht online gezeigt werden.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Viele fangen schon schwach an und reden mit großen Worten über ihr autonomes Zentrum, was bei näherem Hinsehen eine städtische Einrichtung ist, wo nur der Jugendpfleger ein bisschen kumpeliger drauf ist. Wenn doch mal mehr Freiheit erkämpft werden kann, verregeln die BewohnerInnen oder NutzerInnen ihr Haus gleich oder nach einiger Zeit Stück für Stück selbst: Schlüsselgewalt für die Räume, Passwörter an den Computern, säuberlich getrenntes Eigentum ... die CheflInnen und AufpasserInnen haben gewechselt. Sie tragen jetzt schwarz anstatt Krawatte oder grüne Uniform. Im Großen und Ganzen ist die Idee gesellschaftlicher Veränderung durch das Ankaufen, Besetzen oder sonst wie gestaltete »Erobern« von Räumen gescheitert. Freiräume, d.h. Orte ohne Ausgrenzung, Hausrecht, Kontrolle und Beschränkungen, solche der horizontalen Begegnung von Menschen sind kaum entstanden.

Die Idee von Freiräumen aber ist als ein Ausgangspunkt gesellschaftlicher »Gegenwelt« von großer Bedeutung. Experimentierflächen für Horizontalität können in Gebäuden und auf Plätzen entstehen, die gleichzeitig Ausgangspunkt sind für Intervention in den grauen Alltag von allgegenwärtiger Herrschaft und Verwertung. Neben eigenen Interessen, ideologischen Ausgrenzungen usw. steht der Idee eines Freiraumes aber schlicht die Angst entgegen: Was geschieht, wenn Kontrolle ganz wegfällt? Wird dann einfach alles geklaut oder treffen sich übermorgen die Faschos hier? Wie können wir das alles finanzieren? Diese Ängste sind verständlich, aber das Beharren auf Kontrolle dennoch die falsche Antwort. Denn wer die Logiken dieser Gesellschaft überwinden will, kann sie nicht anwenden. Zumindest nicht nach innen, also dort, wo neue Experimente entstehen sollen mit ihren ganzen Auseinandersetzungen um den immerwährenden Versuch, dass weniger Falsche im Falschen zu organisieren. Es kommt bei der Idee von Freiräumen gerade darauf an, auch die Konflikte und Probleme horizontal anzugehen. Horizontalität ist keine Schönwetteridee, die beim erstbesten Stress eingemottet wird. Dann hat sie nie bestanden. Spannend sind Räume, die tatsächlich garantiert offen sind, also auch für die Menschen, die andere dort nicht haben wollen. Dann kommt es darauf an, den Umgang und den Streit zu organisieren statt zentral oder gar von oben zu entscheiden, was den Konflikt ja nicht löst, sondern nur aus dem Raum herausverlagert – und zudem autoritäre Strukturen wieder einführt, die dann für alles Mögliche genutzt werden können.

Freiräume leben von:

● Unabhängigkeit, d.h. sie sind nicht von externen Geldgebern, Hausrechtsinhabern oder sonstigen Vorständen, Kontrollgremien u.ä. abhängen. Der Raum ist offen. Es gibt keine Verpflichtungen, denen die AkteurInnen unterworfen sind.

● den AkteurInnen, die einzig die im Freiraum Handelnden sind. Sie entscheiden selbst und regeln die Formen ihres Streites, wobei Sieg-Niederlage-orientierte Kämpfe zumindest formal ausgeschlossen sind, weil es ja keine rechtliche Handhabe für Rauswürfe, Ausgrenzungen und Beschränkungen gibt.

● Alles im Freiraum ist offen und gleichberechtigt zugänglich. Es gibt keine verschlossenen Räume, Arbeitsmaterialien, keine Passwörter usw. Optimal wäre eine Zugänglichkeit rund um die Uhr. Je mehr in diese Richtung verwirklicht werden kann, desto besser.

● Ein Freiraum fällt keine Entscheidung, niemand kann für ihn reden. Er ist einfach da, offen für alle. Jede Entscheidung würde ihn einschränken, da sie etwas ausgrenzt, eine Grenze zieht zwischen »gehört dazu« und »gehört nicht dazu«. Auch die Vertretung nach außen oder eine politische Position, der Name unter einem politischen Aufruf u.ä. widerspricht der Idee des Freiraumes, weil es Menschen nicht mehr horizontal anspricht. Wer der Position entspricht, scheint mehr erwünscht, der andere weniger. Allein schon der Eindruck nach außen, dass es so sein könnte, gefährdet den Freiraum als horizontale und offene Struktur. Daher ist wichtig, dieses Fehlen kollektiver Entscheidungen und Kontrolle offensiv zu zeigen.

● Genauso wichtig wie das Fehlen von Entscheidungen ist der komplette Verzicht auf kollektive Identität. Der Freiraum ist ein Raum. Er agiert nicht, er spricht nicht, er ist kein »Wir«. Im Freiraum können sich unendliche viele »Wir«-Identitäten, z.B. politische Gruppen, Familien, Vereine, Cliquen, Bands, Projekte usw. bewegen – immer horizontal nebeneinander und ebenso neben denen, die auf kollektive Identitäten verzichten und als Einzelpersonen oder in ständig wechselnden Kooperationen agieren.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

»Hackthenazis«

Nazikonzert in Sachsen von Antifa verhindert

»Hackthenazis« hieß die Aktionswoche nach dem 8. Mai, in der antifaschistische Hacker in mehrere Nazi-Sites und -Foren eindrangen, um sie nach ihren Vorstellungen zu verändern. Aber es wurden hierbei nicht nur Homepages gekidnapped, sondern auch weitere Verwirrung gestiftet. In Sachsen wurden die gehackten Daten dafür benutzt, ein Nazikonzert zu verhindern und das kam so...

von xhatemakesyoustrongx in indymedia (leicht gekürzt) ● Am 15. Mai wollte der Dresdner Neonazi Karsten Scholz ein Konzert veranstalten mit den Bands Absurd, Propaganda, Sachsonia, Eternal Bleeding und Racial Purity. Auf eher unkonventionelle Weise wurde dies durch die Antifa verhindert.

Sie boten Scholz die Lokalität an und sorgten so dafür, dass Neonazis umsonst durch Sachsen reisten und das Konzert ins Wasser fiel.

Dumm, Dümmer, Nazi-Schülerzeitung!

In letzter Zeit gab es diverse hacks von Naziseiten bei denen teilweise recht umfangreiche Daten öffentlich wurden. Damit muss doch was anzufangen sein, dachten wir uns.

So erlebte auch die geplante bundesweite Nazischülerzeitung »independent« ihre unfreiwillig vorzeitige Veröffentlichung. Einige werden sich fragen, wie es denn um dieses Projekt aktuell bestellt ist. Nun wir haben es weiter verfolgt und können sagen, es steht auch weiterhin unter keinem guten Stern. »Rettet Bernd das Brot« war eine der Forderungen nach dem ersten indymediabericht zum Projekt Schülerzeitung. Hier können wir vermelden »Bernd ist gerettet« Die ARD hat die Macher der Zeitung, u.a. Karsten Scholz, mit einigem Nachdruck auf ihre Rechte verwiesen und diese haben das Layout daraufhin geändert.

Karsten Scholz, ein in der Region Dresden aktiver Neonazi bemüht sich auf verschiedenen Ebenen seinen Kampf zu führen. Er gibt das Fanzine »Rufe ins Reich« heraus, demonstriert hinter dem Transparent »Freie Kräfte Sachsen«, gibt sich als Mitglied des Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland aus, veranstaltet Nazikonzerte und initiierte das Projekt einer unabhängigen Schülerzeitung-»independent«.

Bereits in der auf indymedia veröffentlichten Rundmail von Karsten wurde zur Finanzierung der Zeitung ausgeführt, dass »diese große Sache durch Konzerte« sowie »durch eigene Aufwendungen und (hoffentlich) durch Versände, Läden, Labels und Kameradschaften unserer Szene« erfolgen soll. Was die Verteilung betrifft, da ist Karsten etwas weitergekommen. Verschiedene Naziversände haben ihre Mitarbeit angekündigt. Einzig die Finanzierung der auf 25.000 Exemplare veranschlagten Zeitung steht nach wie vor auf äußerst wackligen Beinen. Erst die Hälfte des Geldes hat er beisammen.

Als vorgezogene Geburtstagsparty wollte Karsten Scholz nun am 15. Mai ein Benefizkonzert für die »independent« veranstalten. Die Bands hatten bereits zugesagt, nur ein Veranstaltungsraum fehlte noch. Na und da sagten wir uns, dem Manne muss unbedingt geholfen werden. Schnell ne Legende verschafft und per email boten wir kurzerhand einen Raum an. Nach ein bisschen Mailverkehr, schickte er seine Telefonnummer und bekam ne anonyme zurück. Von nun an führte Karsten die Verhandlungen vom Anschluss seines Arbeitgebers... Am Telefon erzählte er freimütig ...

Fortsetzung auf Seite 3

MIKROKONTO

Erstmals ein Konto für Schuldner

Mit der sogenannten ZKA-Erklärung verpflichten sich Banken, möglichst jedem die Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist ein Girokonto. In der Praxis jedoch wird diese Selbstverpflichtung der Banken nicht erfüllt. Erstmals bietet jetzt eine Bank ein spezielles Konto für Schuldner an. Die EthikBank brachte im Mai 2005 das MikroKonto auf den Markt.

Redaktion Heidelberg ● Aktuell wird im Bundestag eine Debatte um den Rechtsanspruch auf ein Girokonto für jedermann geführt. In Deutschland gibt es diesen Rechtsanspruch nicht, aber seit rund zehn Jahren eine Selbstverpflichtung der Banken, möglichst jedem die Teilnahme am bargeldlosen Zahlungsverkehr zu ermöglichen.

Die Praxis aber sieht anders aus. Bereits ein negativer Schufa-Eintrag ist für Banken Grund genug, eine Kontoeröffnung abzulehnen oder ein bestehendes Konto zu kündigen. Darin liegt sozialer Sprengstoff, der häufig unterschätzt wird. Während früher vor allem Leute mit falschem Konsumverhalten in die Schuldenfalle kamen, sind mittlerweile fast die Hälfte der Beratungssuchenden in Frankfurt/M. langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger. Schätzungsweise haben in Deutschland eine halbe Million Menschen kein Girokonto. Und damit beginnt ein Teufelskreis: Wer kein Girokonto hat, hat massive Probleme bei der Suche nach einer Arbeit oder beim Bezug von Sozialhilfe.

Die EthikBank hat sich diesem wachsenden gesellschaftlichen Problem angenommen. Das »MikroKonto« ist für solche Schuldner bestimmt, die ihre finanziellen Probleme durch eine Privatinsolvenz oder eine außergerichtliche Schuldenregulierung mit den Gläubigern lösen wollen.

Dieses Konto wird online und ausschließlich im Guthaben geführt. Im Selbstkostenpreis von 7,50 Euro monatlich sind alle Transaktionen enthalten: Überweisungen, Daueraufträge, Bargeldabhebungen, Kontoauszüge. Die Bargeldversorgung ist mit der ServiceCard kostenfrei an den mehr als 17.300 Geldautomaten der Volksbanken und Raiffeisenbanken möglich. Kontoauszüge können wahlweise online oder an einem Auszugsdrucker der Volksbanken und Raiffeisenbanken abgeholt werden. Kreditkarten, Dispokredite oder bargeldloses Einkaufen sind nicht vorgesehen.

»Mit dem MikroKonto geben wir Betroffenen eine zweite Chance, denn ein Leben ohne Girokonto bedeutet heute, vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten zu sein,« so Klaus Euler, Vorstandsvorsitzender der EthikBank.

Die Bank hat sich damit bewusst für eine Zielgruppe entschieden, die von anderen Banken zunehmend an den Rand gedrängt wird. »Natürlich kennen wir die Probleme, die mit der Kontoführung für Schuldner entstehen. Die Kontoführung ist sehr arbeitsaufwendig und damit teuer. Hinzu kommt, dass Menschen mit finanziellen Problemen häufig die Schotten dicht machen und den Kontakt zur Bank verweigern,« so Sylke Schröder, Pressesprecherin der EthikBank. »Trotzdem bieten wir eine Lösung für ein wachsendes gesellschaftliches Problem an, formulieren aber eine klare Erwartung: Wer sich nicht an die Spielregeln hält, hat seine zweite Chance verspielt. In diesem Fall kündigen wir«, so Sylke Schröder. Das MikroKonto wendet sich an Schuldner, die den Vertrauensvorschuss der EthikBank nicht enttäuschen.

Die Kontoeröffnung erfolgt auf dem Postweg. Interessenten können sich die Kontoeröffnungsunterlagen im Internet ausdrucken oder bei der Bank anfordern.

Die EthikBank ist eine Direktbank für ethische und ökologische Geldanlagen, die im Jahr 2002 von der Volksbank Eisenberg gegründet wurde.●

Weitere Informationen im Internet: www.ethikbank.de
Kontakt für Kunden:
Service-Telefon: 036691-862345
Telefax: 036691-58555
e-mail: hallo@ethikbank.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

CLAUS HARMS-BIEL IST TOT

Redaktion Berlin ● Claus war unerschrocken, wortgewandt und belesen. In der Terminologie von Heidegger und Habermas kannte er sich bestens aus. Er war ein politischer Mensch. Manchmal schien er vor Kraft und Vitalität zu bersten. Er liebte große Autos, badischen Rotwein und französisches Essen. Er strahlte Ruhe und Verlässlichkeit aus, konnte aber auch überschwänglich fröhlich sein. Für einige war er ein Vorbild. Dass es auch eine andere Seite in ihm gab, dass er unter einer heimtückischen Krankheit litt, haben nur wenige gewusst.

Claus wurde 1957 in einem kleinen Dorf bei Bremen geboren. Als drittes von vier Kindern wuchs er auf einem großen Bauernhof auf. Auch während seines Volkswirtschaftsstudiums in Hamburg blieb er seinem Heimatdorf verbunden. Dort hatte er eine feste Freundin, engagierte sich in einem evangelikalen Kreis und trat gelegentlich als Prediger auf. In Hamburg dagegen probte er den bohemienartigen Lebensstil der damaligen Linken.

Kurz darauf wechselte er nach Freiburg. In der badischen Metropole setzte er sein Volkswirtschaftsstudium fort, machte sich aber gleichzeitig mit einer Vielzahl weiterer Disziplinen bekannt. Als Dauerbesucher in Philosophiehörsälen lernte er schließlich in einem Aristoteles-Seminar seine Frau Claudia kennen. Mitte der Achtziger Jahre wurde der gemeinsame Sohn Florian geboren.

Nach einer Zeit auf einem Hof im Schwarzwald als Hausmann, leitete Claus eine Ökofirma. Später bot man ihm den Posten des Geschäftsführers einer Waldorfschule an. Nach ein paar Jahren machten ihm aber Mobbing und Intrigen die Arbeit immer schwerer. Ein Krankheitsschub nahm ihm alles, was er hatte, und er fand sich als Sozialhilfeempfänger wieder.

Doch er rappelte sich auf, arbeitete als Taxifahrer und begann sich politisch zu engagieren. Er gründete Attac Freiburg mit und ging auf Tour für die Erlassjahr-Kampagne. Das politische Engagement setzte er auch nach seinem Umzug nach Berlin fort. Erst bei Attac, dann in der Erwerbslosenbewegung. Über die *Initiative Anders Arbeiten* stieß er zu den »Profis der Nation«, die für ein selbst organisiertes Erwerbslosenzentrum stritten. Als sich die »Profis« in »Piqueteros« umbenannten, war er zeitweise deren aktivstes Mitglied: Er war in der Hausgruppe des Sozialforums, schaffte die finanziellen Grundlagen für die Erwerbslosenberatung, und arbeitete in der Beratung mit. Als Referent auf einer Vielzahl von Kongressen und als Dozent klärte Claus über die Auswirkungen der Hartz-Gesetze für Erwerbslose auf.

Dabei war er selbst schon bald nicht mehr erwerbslos. Als Mathematiklehrer mit Zeitvertrag führte er drogenabhängige Jugendliche zum Hauptschulabschluss. Ebenso wie seine SchülerInnen wusste er, wie dünn das Eis war auf dem man einstürzen konnte, und wie tief der Absturz. Vielleicht deshalb schonte er sich nicht, ließ kaum eine Gelegenheit ungenutzt, sich zu engagieren, weitere Projekte zu planen und voran zu bringen. Wir hatten noch so viel vor miteinander..... Am 27. April 2005 ist Claus gestorben. Er fehlt uns.●

Autorin: Dagmar Schediwy, Überarbeitung: Elisabeth Voß

AKTION 2005

Zwischenbilanz

Redaktion Heidelberg ● Es wird Zeit für eine Zwischenbilanz der Aktion zur Erhaltung unseres Zeitungsprojektes. Aus Platzgründen verschieben wir diese Bilanz auf unsere Sommerausgabe. Fest scheint zu stehen, dass noch sehr viele Spenden benötigt werden, um zu verhindern, dass sich in diesem Jahr eine Deckungslücke auftut, die die Existenz des Projekts in Frage stellt. Derzeit fehlen uns noch **4.031,40 EUR zzgl. des Altschuldenabbaus.**

Folgende Spenden gingen auf unser Konto ein:
- Peter Lindemann, Stemwede (3,20 EUR)
- Michael Zeidler, Lübeck (3,20 EUR)
- Infotisch Freiburg (11 EUR)
- Kommune Infotour (23 EUR)
- Jürgen Hahnel, Tübingen (25 EUR)

Herzlichen Dank!

Abo-Kampagne 138+

Ein Abo wurde gekündigt, zwei neue kamen hinzu. Das Ziel der Abokampagne liegt jetzt bei 138+. Da hilft auch weiterhin die verstärkte Werbung durch Euch. Ein gutes Werbemittel sind Schnupper-Abos, denn das Produkt selbst ist immer noch die beste Werbung. Herzlichen Dank an alle, die uns durch Werbung, verschenken von Schnupper-Abos, Spenden und durch ihre Fördermitgliedschaft helfen!

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter
Tel. (0 62 21) 16 24 67.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2005

Das Zeitungsprojekt benötigt 2005 5.331,49 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 138+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

KURT'S SURF CENTER: GRENZENLOSE KONTROLLE

Gezählt, gescannt, gespeichert

Förmliche Grenzkontrollen werden künftig obsolet. Neue Ausweise werden den sogenannten RFID-Chip enthalten. Der sendet von alleine unsere biometrischen Daten, unsere Kreditkartennummern, unsere Bewegungsprofile, unsere Krankheiten, unseren Kontenstand oder was es auch sonst noch an selektionsprofilwürdigen Informationen über uns so alles gibt. Grenzenlose Freiräume also in einer Art globalem elektronischen Knast. Wer im Raster bleibt, ist frei. Wer durchfällt, bleibt auf der Strecke...

Das ist keine Zukunftsmusik. »Rasterfahndungen« (auf englisch bezeichnenderweise »german trawling« genannt) gehören zur Vergangenheit. Denn die Zukunft ist ein globales Raster, in dem gar nicht mehr gefahndet werden muss. Wir werden unfreiwillig alles, was über uns bekannt ist, offenbaren und erhalten ein aus der Distanz erkennbares Etikett.

So wird es zumindest bereits heute im sogenannten US-Visit-System praktiziert und soll es sich auch im europäischen Visa-Informationssystem (VIS) verhalten: jedes Visa hat dann den Chip. Das heißt dann entweder »Sesam öffne Dich« oder »Knüppel aus dem Sack«: ein »Freiraum« als Alptraum. Wir stehen dann nicht mehr auf irgendwelchen Listen, sondern tragen unsere Listung quasi als elektronisch ortbare Hundemarke brav mit uns herum.

»Die unter US-Visit und anderen Programmen von den USA erfassten Daten können potenziell Informationen über die Krankengeschichte, die Sozialhilfegelder, den Einwanderungsstatus, Ausweisanträge, Vorstrafen, von Geheimdiensten erstellte Sicherheitsüberprüfungen, Antworten von Volkszählungsumfragen, Steuerrückzahlungen, die Geschichte der Arbeits- und Wohnverhältnisse, Käufe mit Kreditkarten, Rezepte, Flugreisen, Emails, Email-Korrespondenten, die Internetnutzung, Mobil- und Internettelefon-Nutzung und Auswahl in Büchereien, Buchläden und Video-Ausleihen enthalten. Insider nennen die Datenbank, die von den USA aufgebaut wird, die »Black Box«, weil niemand genau weiß, was sie im Einzelnen enthalten wird. Bekannt ist nur, dass sie so umfassend wie möglich sein wird.« So ein Bericht der ICAMS (International Civil Liberties Monitoring Group s. www.i-cams.org/ICAMS1.pdf).

Ein »Verlust der moralischen Orientierung« und somit ein »Schwarzes Loch des Rechts« wird hierbei beklagt, diene der Vorwand der Terrorbekämpfung doch nurmehr dazu, »Terroristen« zu definieren und dann auch zu ettiketieren. Haben wir erst mal alle »typischen« Erscheinungsmerkmale erfasst, können wir sie allesamt ins globale Gulag stekken. Und »Drückeberger« und »Faulpelze« gleich dazu...

Als ob irgendein ernsthaft Krimineller wirklich so dämlich wäre, so ein Teil mit sich herumzuschleppen, dass Auskunft über sein Ausmaß an »krimineller Energie« gibt – das ist doch alles Humbug. Wer wirklich Terroranschläge plant, wird sich schon den richtigen Chip besorgen können, um nicht aufzufallen.

Was übrig bleibt ist ein gigantisches Projekt zur globalen sozialen Kontrolle, was sich schleichend durchsetzt. Wer es sich leisten kann, wird künftig auch schon aus der Ferne alles »Wissenswerte« über sein Gegenüber lesen können, bei der Kreditverhandlung, dem Einstellungsgespräch, vor dem Steuerbescheid oder wo auch immer.

Solchen Zuständen muss Einhalt geboten werden. So fordert auch ICAMS in einer Erklärung (www.i-cams.org/Declaration_Eng.html), die schon von vielen NGOs unterzeichnet wurde.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

VERDEN: RECHTSRADIKALE SZENE IN NIEDERSACHSEN

Nazis online!

Nicht nur auf der Straße versuchen sich die Neonazis im Landkreis Verden breit zu machen. Auch in dem von ihnen in »Weltnetz« umbenannten Internet sind die Rechtsextremisten aus dem Landkreis Verden aktiv.

Uwe Ciesla, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Für großes Aufsehen sorgte vor einigen Jahren die Aktion des heutigen Vizevorsitzenden der Bundes-Junge Nationaldemokraten (JN) Florian Cordes aus der zwischen Verden und Bremen gelegenen Kleinstadt Achim. Über eine »gefakte« Internetseite unter der Adresse www.antifa-verden.de versuchte er etwa drei Jahre lang Informationen über seine Gegner herauszubekommen.

Für große Aufregung in der Redaktion des regionalen Kulturmagazins Överblick sorgte hingegen eine Mail des inzwischen verstorbenen Heisenhof-Bewohners Jan Hus (Heisenhof siehe CONTRASTE Nr. 248, Seite 4), der sich öffentlich mit guten Kontakte u.a. zum NPD-Anwalt Horst Mahler brüstete. In der Mail teilte der bis dahin äußerst aktive Rechtsextremist mit, die Adresse www.oeverblick.de zu besitzen. Registriert hatte die Adresse jedoch ein Frank Bohling, der bis dahin noch nicht weiter öffentlich als der Neonazi-Szene zugehörig bekannt war. Dieser räumte zwar gegenüber dem Kulturmagazin ein, in Absprache mit seinem damaligen Nachbarn Jan Hus gehandelt zu haben. Er versicherte jedoch, ansonsten nichts mit diesem zu tun zu haben. Abgeben wollte Bohling die Adresse jedoch nicht, angeblich aus Angst vor der Reaktion von Jan Hus. Selbst als ein Anwalt eingeschaltet wurde, lenkte er nicht ein. Ein aufmerksamer Leser gab den Zeitungsmachern nach einem Artikel über den Vorfall den Tipp, dass Bohling mehr mit dem Neonazi zu tun hatte, als er zugab: Offensichtlich war er an der Jan Hus-Seite www.provokator.de beteiligt. Dort findet sich im Forum folgender Eintrag: *»Am 09. September 2001, 23:18 Uhr schrieb Frank Bohling: So, nun ist es soweit, jetzt ich hab das Forum endlich umgemuddelt. Ihr könnt jetzt fleißig weiter schreiben [...] Bis dann, Gruß Frank/«*

NPD-Demonstration in Verden

Die Seite verbreitet die Jan Hus-typische Mischung von Esoterik, Verschwörungstheorie, Rassismus und anderem rechtsextremistischen Gedankengut und bewegt sich stellenweise arg an der Grenze der Legalität. So wird von Jan Hus einige Zeit später im gleichen Forum der Holocaust geleugnet oder zumindest verunglimpft, indem er auf die Frage eines Leser, was er vom Holocaust halte, am 11.3.2003 antwortet: */»Welchen Holocaust meinst du denn? Sprichst du von dem traurigen Ende unserer Versuchstiere oder von dem verabscheuungswürdigen Mord an unseren ungeborenen Kindern?!«/*

Inzwischen ist die Seite abgeschaltet, kann aber weiterhin unter www.archive.org eingesehen werden.

Heikel in diesem Zusammenhang ist, dass Bohling – vermutlich ebenfalls in Absprache mit Jan Hus – zwischenzeitlich auch die Adresse www.dörverden.de registriert hatte. Kurze Zeit später wurde der Dörverdener Heisenhof durch Rechtsradikale gekauft und diente Jan Hus später als Wohnort. Prekärer Weise war Bohling zu dieser Zeit für eine große EDV-Firma tätig und hatte in dieser Funktion sogar Zugriff auf die Computer der Gemeinde Dörverden. Inzwischen hat er eine eigene Firma für Computerdienstleistungen in Verden eröffnet.

Aber auch Jan Hus war weiterhin im »Weltnetz« aktiv: Bis heute ist die Adresse www.heisenhof.de auf seinen Namen registriert. Klickt man die Seite an, erscheint ein Smiley mit herausgestreckter Zunge und der mittlerweile äußerst makabre Spruch »Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom«.

Das Bündnis, das sich für einen nazifreien Heisenhof einsetzt, informiert hingegen unter der Adresse www.heisenhof.info. Hier bekommt man u.a. die Termine für den jeweils nächsten Sonntagsspaziergang.

Mit Sven Wellhausen ist bis heute ein weiterer Heisenhof-Bewohner im Internet aktiv. Wellhausen betreibt deutschlandweit eine Vielzahl rechtsextremistischer Internet-Seiten und hat u.a. die Adresse www.sachsenhain.de registriert. Der Sachsenhain ist eine von den Nazis während der NS-Zeit errichtete heidnische Kultstätte in Verden, deren Gelände zum Ärger der Neonazis inzwischen von der evangelischen Kirche genutzt wird. Auch die Neonazis aus Achim sind inzwischen mit einer eigenen Seite im Internet vertreten.

All diese Beispiele zeigen wie aktiv und organisiert die Rechtsextremisten im Landkreis sind. Umso wichtiger ist es ihnen keinen Raum für ihre menschenfeindliche Propaganda zu lassen und sich an Bündnissen gegen Rechtsextremismus zu beteiligen. Im LadnkreisVerden ist dies z.B. durch die regelmäßigen gut organisierten Sonntagsspaziergänge zum Heisenhof möglich, die jeweils unter der Internet-Adresse www.heisenhof.info angekündigt werden.●

LITERATUR & FILME ZUM THEMA

DVD: »Wir erobern die Städte vom Land aus! Portrait einer neonazistischen Keimzelle zwischen Weser und Elbe«
Der 40minütige Film dokumentiert anhand von Filmaufnahmen die Entwicklung der Neonazistruktur im Landkreis Verden. Gezeigt wird u.a. die NPD-Schuloffensive, Infostände und Demonstrationen sowie der Heisenhof als neues Neonazizentrum in der Region. Es gibt aber auch Interviews mit der Mutter eines stadtbekannten Verdener Neonazis und einem von der Schuloffensive betroffenen Lehrer aus Achim. Die Rahmenhandlung bildet ein Interview mit dem fiktiven Neonazi Sven, der anhand realer Hintergründe das Vorgehenen der Neonazis aus Sicht der Protoganisten zu erklären versucht.
Zu beziehen ist die DVD gegen 5 EUR Schutzgebühr bei www.arug.de.

Buch: »Mythos Kameradschaft – Gruppenintere Gewalt im neonazistischen Spektrum«
Andreas Speit deckt mit seiner neuesten Veröffentlichung die Schattenseite der deutschen Neonazisszene auf: Statt der im radikalen Umfeld der NDP vielbeschworenen Kameradschaft beherrscht Gewalttätigkeit nicht nur nach außen sondern auch innerhalb der sogenannten »Freien Kameradschaften« das Geschehen. Angefangen von massivem psychischen Druck über Misshandlungen und sexueller Nötigung bis hin zu Vergewaltigungen und Mord schildert Speit konkrete Fallbeispiele und läßt Aussteiger zu Wort kommen.
Zu beziehen ist die zweiundsiebzigseitige Broschüre ebenfalls gegen 5 EUR bei www.arug.de.

Buch: »Braune Kameradschaften – Die militanten Neonazis im Schatten der NPD«
Das im letzten Jahr erschienene Buch von Andrea Röpke und Andreas Speit ist derzeit in 2. überarbeiteter Ausgabe erschienen, die u.a. neuere Infos zu Jürgen Rieger und den Heisenhof enthält. Das Buch thematisiert in Form von zehn Aufsätzen verschiedener Autoren die neue Organisationsstruktur der Neonazis. Statt in Parteien sammeln sich militante Rechtsradikale seit einiger Zeit in sogenannten »Freien Kameradschaften«, die den Vorteil haben, dass sie schwer oder gar nicht zu verbieten sind. In einem der Texte wird beschrieben, wie sich diese Organisationsform in Norddeutschland entwickelte. Es wird aber auch über Kameradschaften in Süd- und Ostdeutschland geschrieben; Militanz, Rechtsrock, Mode, die neue Rolle der Frauen in der Szene sowie Verbindungen von Skins, Rockern und dem Rotlichtmilieu werden geschildert. Dem Fazit der Autoren kann man sich nur anschließen: »Die Kameradschaftsszene muss als das erkannt werden, was sie ist: ein militantes Netzwerk von Gesinnungsgenossen, das aus politischen Motiven nicht vor kriminellen Aktionen zurückschreckt.«
Das Buch ist im Ch.Links-Verlag erschienen und im Buchhandel sowie im Internet u.a. bei www.arug.de erhältlich.

Uwe Ciesla

Anzeige

FORTSETZUNG VON SEITE 1

... vom Projekt Schülerzeitung und dass er am Sonntag mit dem NPD-Landtagsabgeordneten Klaus Menzel, seinem Anwalt und den Bands anreisen werde und dass doch bitte wir den Schleusungspunkt machen sollen, er kenne sich in der Gegend nicht so aus. Kein Problem, natürlich übernahmen wir auch das noch. War nur noch der Vertrag zu klären. Der kam per Mail und sollte am Abend selbst erst unterschrieben werden.

Mitten in der sächsischen Pampa

Sonntagabend 18.45 war es dann soweit, Karsten Scholz meldete sich telefonisch, er fand doch tatsächlich den Veranstaltungsort nicht. Besser gesagt: er war da und zwar mitten in der sächsischen Pampa, vor einem stillgelegten Gasthof, in dem nur eine Wimpelkette mit DDR-Fähnchen an Geschäftszeiten erinnerte.

Erheitert wurde ihm nun mitgeteilt, dass es mit dem Konzert am Abend wohl nix wird und er seit Tagen mit der Antifa verhandelt. Wenige Minuten später war die Infonummer für das Konzert tot. Da standen sie nun: der Karsten, die Bands, der Anwalt und der Abgeordnete und schauten sicher dumm aus der Wäsche. Mehr ist ihnen an dem Abend nicht passiert, die Antifa war leider nicht vor Ort. Wir geben es auch zu, niemand wollte das Risiko eingehen. Alle, die wir fragten, schüttelten mit dem Kopf und meinten, so doof kann kein Nazis sein und wir zweifelten selbst manchmal. Aber wir sind alle eines besseren belehrt worden. Das nächste mal stehen wir mit der Keule da, versprochen!

Abschließend sei gesagt auch wenn Karsten seine Kameraden immer wieder auffordert zu den Einladungen »Nichts in Foren schreiben!« und »Niemals in Verteilerlisten setzen!!!« es nützt einfach nichts, wenn er sie selbst an Gott und die Welt verschickt.

Und ein letztes noch an die Nazis, die gestern umsonst durch die sächsische Landschaft gegurkt sind oder die das hier lesen. Wer sich mit Karsten, den Freien Kräften Sachsen, dem Projekt Schülerzeitung usw. abgibt, der kann gewiss sein, die Antifa ist nicht nur nicht weit weg, sie ist direkt dabei und ihr werdet noch manche Überraschung erleben.

In diesem sinne,
Karsten xhatemakesyoustrongx

Und Genossinnen und Genossen, die Daten der hacks nicht nur konsumieren, nutzen!!

Antifa heißt kreativ sein!●
...

Sächsische Schweiz

Zusammenfassung der Naziaktivitäten im April/Mai 2005 in der Sächsischen Schweiz

19.04.2005 – Pirna: 250 Opferdeutsche versammeln sich am zentralen Denkmal für die »Opfer von Krieg und Vertreibung« in Pirna und gedenken gemeinsam mit NPD-Stadtrat Mirko Liebscher der Opfer des Bombenangriffes auf die Elbbrücke am 19.04.1945.
29.04.2005 – Sebnitz: Nazis mobilisieren gegen die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Todesmarsches vom KZ Schwarzheide nach Terezin. Am Gedenktag erscheinen 30 Nazis, darunter Mitglieder der SSS (Skinheads Sächsische Schweiz) und legen am Kriegsdenkmal auf dem alten Friedhof einen Kranz des Kreisverbandes der NPD nieder.
30.04.2005 – Struppen: 10-15 vermummte Nazis greifen drei Jugendliche auf dem Heimweg von einem Festzelt in Struppen an. Die Jugendlichen werden getreten und geschlagen. Bereits vorher wurde eine Gruppe junger Punker beschimpft und bedroht.
30.04.2005 – Pirna: In der Pirnaer Innenstadt wird ein nichtrechter Jugendlicher auf dem Heimweg von einer Party zusammengeschlagen. Der Täter sagt dabei wörtlich zu dem Jugendlichen: »Ich bin ein Nazi...«
04.05.2005 – Pirna: Nazis verkleben Aufkleber »Gegen Linksfaschisten« der »Freien Kräfte Sachsen«. Bei der Aktion werden Karsten Scholz und Thomas Sattelberg gesehen.
05.05.2005 – Pratzschwitz: Eine Feier von nichtrechten Jugendlichen am Kiessee wird mindestens 2 mal von Nazis angegriffen. Die Täter treten und schlagen alle Jugendlichen zusammen. Alle Jugendlichen tragen Verletzungen davon, mehrere Jugendliche mußten in Folge stationär behandelt werden.
05.05.2005 – Pratzschwitz: Nazis greifen am Kiessee in Pratzschwitz einen Vietnamesen an und verletzen ihn schwer. Die Täter können unerkannt entkommen.
06.05.2005 – Pirna: Nazis plakatieren in der Innenstadt von Pirna Aufrufe gegen den am folgenden Tag stattfindenden »Markt der Kulturen« und kleben erneut Anti-Antifa-Aufkleber.
07.05.2005 – Pirna: Zum Abschlußkonzert des »Markt der Kulturen« tauchen 70 Nazis (darunter Lars Hein, Tino Karsch, Martin Schaffrat, »Al Bundy« Karsten Scholz, Toni Beger, Ricco Münzberg, Heiner Nitzsche, Martin Guhr, Adrian Tschöp, Ronny Schröder, Robert Wilkens, Frank Kischuweit, Marc Vetter) als Demonstrationszug auf und bahnen sich einen Weg durch die Konzertbesucherinnen bis vor die Bühne. Angeführt wird die »spontane« Demonstration von Martin Schaffrat und Robert Wilkens. Fünf Nazis betreten die Bühne und zeigen Transparente »Linker Hetze entgegentreten« und »Pirna stellt sich quer gegen den Markt der Kulturen«. Antifaschistischer Protest wird von den Organisatoren des »Marktes der Kulturen« unterbunden. Nachdem die Nazis fast eine halbe Stunde akzeptiert werden (die Musik läuft weiter, es wird weiter getanzt) verlassen diese die Bühne und ziehen Richtung »Blue Angel« ab. Von dort werden die Konzertbesucherinnen später mit Eiern beworfen, die Karsten Scholz mitgebracht hat.
07.05.2005 – Krietzschwitz: Am »4. Krietzscher Wonnemond«, der diesmal im Mittelgasthof Struppen stattfand, nehmen 160 Besucherinnen teil. Die Mehrheit dabei waren Nazis aus der Region Sächsische Schweiz und Umland. Den Auftritt der Bands »Eminenz«, »Devil Lee Rot«, »Mathyr«, »Deceiver« und »Pirgatory« rundet ein Verkaufsstand des NSBM (NationalSocialistBlackMetal)-Labels EISREGEN ab.
08.05.2005 – Pirna: Nazis überfallen einen Jugendlichen und schlagen ihm dabei mehrere Zähne aus.

von Lisa Schubert

E-Mail: pirna@afa13.antifa.net
Homepage:: http://afa13.antifa.net

EuroMayDay2005 – HAMBURG

»Ein Sonntag für globale Rechte«

**Unter diesem Motto feierten 3 bis 4.000 Menschen die erste Hamburger EuroMayDay-Parade.
Bei strahlendem Sonnenschein ging die Parade an Orten prekarisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse vorbei, u.a. bei Lidl und einem Flüchtlingsschiff. Sambabands, Theatergruppen, verschiedene Themenwagen, U-Site und Silly Walks Soundsystems, Microphone Mafia, etc., machten die Parade zu einer bunten Party.
In anderen europäischen Städten Mailand, Barcelona, Sevilla, Wien, Paris, Kopenhagen, Stockholm, Helsinki, Liege, etc. beteiligten sich zehntausende Menschen an EuroMayDay-Paraden, an vielen weiteren Orten London, Amsterdam, Jyväskylä/ Finnland, Leon/Spanien fanden MayDay Aktionen statt.**

Transparent an der Lidl-Filiale am Nobistor

euromayday webredaktion ● Die Arbeit hat sich gewandelt, so auch der Tag der Arbeit. EuroMayDay, das ist europaweite Mobilisierung und Vernetzung rund um prekarisierte Arbeits- und Lebensverhältnisse. EuroMayday, das ist Karneval für globale Rechte als eine Alternative zu Bratwürstchen, Blaskapellen und Funktionärsreden. Europaweit beteiligten sich Hunderttausende am EuroMayday, allein in Mailand waren es 100.000. Ein Ableger der EuroMayday Parade fand in diesem Jahr erstmals auch in Hamburg statt. Die Hamburger MayDay-Parade war eingebettet in ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm, das über den gesamten Monat April unterschiedliche Aspekte prekarisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse thematisierte.

»Das ist die kreativste Demo auf der ich jemals war«, sagte ein Teilnehmer während der Hamburger MayDay-Parade. 3-4 mal so viele Menschen wie erwartet sammelten sich ab 12 Uhr bei strahlendem Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen auf der Michelwiese. Dort fanden ein Theaterstück des Flüchtlingsrats und ein »Bolzenschneiderballet« statt, und nach kurzen Reden zu 1-Euro-Jobs und zum EuroMayDay zog die Parade zu den Landungsbrücken (wo sie von tausenden TouristInnen bestaunt wurde), dann durch St. Pauli und über die Reeperbahn, am Fischmarkt vorbei zum Flüchtlingsschiff, und schließlich zum Platz der Republik in Altona.

Die Parade war eine Mischung aus Party und politischer Themensetzung rund um Prekarisierung. Einerseits war es ein bunter musikalischer Umzug, mit fetten Sounds, Samba, Kostümen, Theater. Andererseits besuchte dieser Umzug aber auch eine größere Anzahl prekarisierter Orte. Redebeiträge gab es zu 1-Euro-Jobs, Studierendenprotesten und Studiengebühren, Aneignung, Sexarbeit, Arbeitsbedingungen bei Lidl und in Hotels der Accor Kette (Ibis), sowie mehrere Beiträge zur Lebenssituation von Flüchtlingen. An mehreren Stellen entlang der Route wurden Transparente aufgehängt, u.a. eins vom Dach der Lidl-Filiale am Nobistor, das die Arbeitsbedingungen bei Lidl thematisierte.

Angeführt wurde die Parade von Flüchtlingsinitiativen, die lautstark gegen Abschiebelager und gegen Illegalisierung protestierten. Es folgten ein »Hochzeitswagen«, der Scheinehen propagierte, ein Wagen (»Her mit dem schönen Leben«) der räumungsbedrohten Hamburger Bauwagenplätze, und ein Theaterwagen der Studierenden. Von der Landkommune, die mit zwei Maultieren angereist war, bis zur Technoparty, die den Abschluss der Parade bildete, war ein denkbar breites Spektrum an Teilnehmenden dabei.

Die Polizei hielt sich größtenteils im Hintergrund und behinderte die Parade kaum. In einer Stadt, in der Polizeispalier (»Wanderkessel«) und Polizeiangriffe auf Demonstrationen mittlerweile zum Alltag gehören, war dies eine erfreuliche Ausnahme. Nur zum Ende der Parade wollte das grüne Team scheinbar noch mal Präsenz zeigen, parkte geschickt die für die Paradenwagen vereinbarten Abstellplätze zu und zog eine konfus wirkende Polizeikette auf. Die ParadenteilnehmerInnen ließen sich hiervon nicht irritieren und feierten auf dem Platz der Republik eine Abschlussparty. Ein umjubelter Auftritt der Hiphopper von der Microphone Mafia beendete den ersten Hamburger Euromayday.●

Info: www.nadir.org/null89.shtml

15 JAHRE »KULTUR- UND WERKHOF NAUWIESER«

Selbstverwaltung groß geschrieben

Am Sonntag, den 24. Juli 2005, feiern in Saarbrücken zwölf Vereine und Betriebe mit den Anwohnerinnen und Anwohnern aus dem Nauwieser Viertel sowie einer Vielzahl von Gästen aus dem ganzen Saarland das 15-jährige Bestehen des »Kultur- und Werkhofes Nauwieser 19«. Im Sommer 1990 fand die offizielle Einweihung des im Saarland einmaligen Selbstverwaltungsprojektes statt.

Blick in den Innenhof des Werkhofes

Winfried Blum, SAAR-PRESS ● Über drei Jahre gemeinsame Arbeit waren vorausgegangen: von der Entwicklung der Idee über den aufwändigen Umbau der Gebäude bis zum Einzug. 15 Jahre später kann der Verein »Nauwieser 19 e.V.«, in dem sich die Gruppen zusammengeschlossen haben, auf eine beeindruckende Geschichte zurückblikken. Fundament und Geheimnis des gemeinsamen Erfolges lagen dabei stets in der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung der beteiligten Projekte und Betriebe.

Der Startschuss fiel bereits 1987, als das »Netzwerk Selbsthilfe Saar« eine Reihe von alternativen Projekten auf ein leer stehendes Haus in der Nauwieserstraße 19 in Saarbrücken aufmerksam machte. Zu dem Interesse vieler Gruppen stellte sich bald auch Unterstützung ein: Mitglieder und Privatpersonen brachten zinslose oder zinsgünstige Darlehen ein, Stadt, Land und Arbeitsamt förderten das beispielhafte Projekt durch die Bereitstellung von Arbeitskräften für die umfangreichen Umbauarbeiten sowie durch Zuschüsse. Die Einrichtungen und Betriebe selbst leisteten bei der Renovierung der Gebäude ungezählte Arbeitsstunden, um die Kosten so gering wie möglich zu halten. Das Ergebnis: der von den Mieter/innen gegründete Verein »Kultur- und Werkhof Nauwieser 19 e.V.« wurde Eigentümer von Gebäuden im Wert von heute etwa einer Million Euro.

Eine Besonderheit des Verbundes wird bei einem Rundgang durch den Werkhof deutlich: hier sind neben sozialen und kulturellen Initiativen auch Unternehmen vertreten. Kleine Betriebe wie das »café kostbar«, der Fahrradladen, das Goldschmiede-Atelier von Kornelia Landau und Fred Perrot, der Blattlaus-Laden für ökologische Produkte, die Schreinerei Michael Ott und die Möbelrestauratorin Kristin Klemm arbeiten in regem Austausch mit der AIDS-Hilfe Saar, dem Frauennotruf Saarland, dem Saarländischen Filmbüro, dem »Kino 8 1/2«, dem Malatelier Tina Stein und dem Netzwerk Selbsthilfe Saar zusammen. Selbstverwaltung wird auch heute noch großgeschrieben: alle Projekte arbeiten im Verein »Nauwieser 19« mit, grundsätzliche Entscheidungen werden gemeinsam im 14-tägigen Vereinsplenum getroffen.

Und das funktioniert? »Es funktioniert sogar bestens,« betont Antje Blacha vom Netzwerk Selbsthilfe Saar. »Die Zusammensetzung der Projekte ist über Jahre stabil, die finanzielle Situation des Werkhofes entwickelt sich gut.« So gut, dass der Verein »Nauwieser 19« auch immer wieder eigene inhaltliche Akzente setzen kann. So wurde in den letzten Jahren eine Photovoltaik-Anlage auf dem Vordergebäude installiert; hier wird jetzt umweltfreundlicher Solarstrom erzeugt. Neuerdings vergibt der Verein einen Förderpreis für soziale und kulturelle Projekte. Den ersten Preis des Jahres 2004 – dotiert mit 1.000 Euro – erhielt die Hurenselbsthilfe Saarbrücken für ihre Migrantinnenarbeit. In diesem Jahr wird der Preis beim Jubiläumsfest im Juli vergeben.

Ein neues Stichwort ist »Barrierefreiheit«. Der Verein diskutiert derzeit, wie die Gebäude des Werkhofes behindertengerecht umgebaut werden können. Ein Vorhaben, das bei einem Altbau wie dem Werkhof auf einige Schwierigkeiten stößt. Trotzdem wollen die Verantwortlichen es angehen: behindertengerechte Toiletten, ein Aufzug, eine barrierefreie Webseite sind im Gespräch. Selbstverwaltung und Mitbestimmung stellen für alle Beteiligten eine besondere Herausforderung dar. »Ein Zusammenschluss von 12 unterschiedlichen Nutzerinnen und Nutzern verwaltet sich nicht 'von selbst', da steckt viel Arbeit, viel Zeit, viel Engagement drin,« macht Antje Blacha klar. »Aber: es lohnt sich!«●

Weitere Informationen zum »Kultur- und Werkhof Nauwieser 19« erteilt gerne: Netzwerk Selbsthilfe Saar, Nauwieserstraße 19, D-66111 Saarbrücken, Tel. (06 81) 37 15 02, Fax 37 60 12, E-Mail: netzwerk@t-online.de oder im Internet unter www.nauwieser19.de.

GESCHICHTE VON VERFOLGUNG UND WIDERSTAND

Hans-Litten-Archiv gegründet

Zur Arbeit der Roten Hilfe gehört auch die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte. Das beschlossen die Mitglieder der strömungsübergreifenden linken Schutz- und Solidaritätsorganisation vergangenes Jahr auf ihrer Bundesdelegiertenversammlung. Zur Umsetzung dieses Beschlusses wurde im Februar 2005 in Göttingen das Hans-Litten-Archiv – Verein zur Errichtung und Förderung eines Archivs der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der sozialen Bewegungen (Rote-Hilfe-Archiv) gegründet.

Ludwig König ● Die Grundlage wird das Göttinger Rote-Hilfe-Archiv sein, das der neue Verein als Leihgabe erhalten hat. Hier sind bereits Dokumente über den Widerstand gegen die Verfolgung der radikalen Linken, der sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung durch Polizei und Justiz seit der Wiedergründung der Roten Hilfe Mitte der 70er Jahre gelagert. Gesammelt werden Materialien der Roten Hilfe und anderer linker Antirepressionsgruppen sowie Dokumente zur Geschichte der politischen Justiz und der Verfolgung vom Ende des 1. Weltkrieges über die NS-Zeit, der Verfolgung von Kommunisten unter Adenauer und der Berufsverbote der 70er Jahre bis zur Gegenwart.

Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der Verfolgungsgeschichte während des NS-Regimes liegen. So wird der Forschungsschwerpunkt der nächsten Zeit die Aufarbeitung des antifaschistischen Widerstands durch die Rote Hilfe sein.

Tausende Rote Helfer hatten – zum Teil als »trojanisches Pferd« innerhalb nationalsozialistischer Massenorganisationen – Hilfsgelder für politische Gefangene gesammelt, Flüchtlinge ins Ausland gebracht und in Flugschriften über die Gräueltaten des NS-Regimes informiert. Die Rote Hilfe schloss dabei auch Bündnisse mit Sozialdemokraten, Linkssozialisten und Christen.

Zum Vorsitzenden des Hans-Litten-Archivs wurde der Münchner Historiker Dr. Nikolaus Brauns gewählt, dessen 2003 erschienenes Buch »Schafft Rote Hilfe!« die erste Gesamtdarstellung zur Geschichte der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene und ihre Familien von 1919 bis 1938 ist. Stellvertretende Vorsitzende wurden Rolf Meier aus Berlin und Volker Nadolni aus Kiel. Nach seiner Eintragung ins Vereinsregister soll das Hans-Litten-Archiv als gemeinnütziger Verein tätig sein.

Der Namensgeber des Archivs, Hans Litten, war einer der bekanntesten Rechtsanwälte der Roten Hilfe in der Weimarer Republik. Aus gutbürgerlichem Hause stammend, lehnte der 1903 in Halle geborene Litten nach Abschluss seines Jurastudiums 1928 die Angebote renommierter Kanzleien ab, um im Namen der Roten Hilfe politisch verfolgte Proletarier zu verteidigen. Bekannt wurde Litten als »Mann, der Hitler in die Enge trieb«, weil es ihm 1931 gelang, den Naziführer beim Prozess um einen SA-Überfall auf den Berliner Tanzpalast Eden als Zeugen vorzuladen. Im Verhör wies Litten nach, dass der SA-Ter-

Fortsetzung nächste Seite

ROBERT-JUNGK-BIBLIOTHEK FÜR ZUKUNFTSFRAGEN

»Die Welt ist keine Ware«

Schutz lokaler Strukturen der Kleinbauern als einzig wirksame Politik gegen den Hunger. Der französische Bauerngewerkschafter José Bové plädierte in einem Vortrag in Salzburg für den Erhalt bäuerlicher Vielfalt und eine radikale Umstellung der Agrarpolitik auf Qualitätsförderung. Die Versprechen der Gentechnik hält er für eine »Hundert-Prozent-Lüge«.

Von Hans Holzinger ● »200.000 Bauernhöfe verschwinden jährlich in der EU. Das heißt alle drei Minuten wirft ein Bauer das Handtuch.« Eine Entwicklung, so der französische Bauerngewerkschafter José Bové jüngst bei seinem Vortrag in Salzburg, die nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die KonsumentInnen problematisch sei. Agrarprodukte werden immer standardisierter (»Es gibt in der EU nur mehr drei Hühnchenarten«), ihre Qualität nimmt ab, das Gesundheitsrisiko zu (»Beispiel BSE«), die Artenvielfalt geht verloren, die ökologischen Zerstörungen, etwa Nitratablagerungen im Grundwasser, treffen letztlich auch den Menschen.

(Medial) bekannt ist Bové vor allem als Agrarrebell, der den Bau einer McDonalds-Filiale in seiner französischen Heimat »behinderte« und dafür ins Gefängnis musste oder für seine Aktionen gegen Gentechnik-Versuchsfelder. Gefürchtet ist er aber wohl – das machte auch sein Auftritt in Salzburg deutlich – vielmehr wegen seiner Sachkenntnis, seinen klaren und differenzierten Argumenten und seinem für einen »Rebellen« untypischen sanften Erscheinen. Sein Buch »Die Welt ist keine Ware« wurde auch ins Deutsche übersetzt (Rotpunkt-Verlag, 2001).

Wiederherstellung der Ernährungssouveränität

Bové führt mit anderen einen Gemeinschaftsbauernhof in der Bretagne, er wurde schon vor vielen Jahren aktiv in einer französischen Bauernbewegung und arbeitet derzeit vor allem im globalen Netzwerk »Via Campesina«, in dem bereits über 200 Millionen Bauern zusammengeschlossen sind. Das Ziel: Wiederherstellung der regionalen Ernährungssouveränität, Erhalt der bäuerlichen Kultur, Sich-Wehren gegen die industrialisierte Landwirtschaft sowie gegen Preisdumping am Weltmarkt.

Franz Keil (Bio-Heuregion), José Bové (2. v.l.), Heinz Stockinger (Übersetzung), Elisabeth Moser (aai) Foto: JBZ/Holzinger

So plädierte der Bauerngewerkschafter in seinem Referat vor allem für eine Herausnahme des Agrarbereichs aus den WTO-Regeln, die grenzenlosen Wettbewerb fordern und damit eine Zerstörung der lokalen landwirtschaftlichen Strukturen »fördern«. Und er trat ein für eine radikale Änderung der Subventionspraxis in den USA sowie in der EU. »80 Prozent der Subventionen der EU gehen an 20 Prozent der Erzeuger. Gegenwärtig erhält ein Hektar Mais, der für Silofutter verwendet wird, zehn Mal mehr Subventionen als ein Hektar Grasland«, rechnete Bové vor. Dies sei ökologisch kontraproduktiv und verschärfe die Überproduktion. Beihilfen müssten konsequent an der Lebensmittelqualität und nicht am produzierten Volumen ausgerichtet werden. »Sie müssen die Überproduktion überwinden und die Existenz der Bauern in der Region sichern.«

Dass die Gentechnik die Ernährungssicherheit der Zukunft garantieren werde, ist für Bové eine »100-Prozent-Lüge«. 60 Prozent der über 800 Millionen Hungernden auf der Welt sind Bauern, die durch das Agrardumping der reichen Agrarstaaten in ihrer Existenz bedroht werden und die sich durch Gentechnik verändertes Saatgut ohnedies nie leisten könnten. Das Ziel von GVO (gentechnikveränderte Organismen) sei, die Kontrolle über den Saatgut- und Düngermittelmarkt noch stärker auf einige wenige Konzerne zu konzentrieren. Und das Nebeneinander (»Kohabitation«) von Feldern mit und ohne gentechnisch veränderten Pflanzen (erstere machen derzeit ohnedies nur 1 Prozent der Weltlandwirtschaftsfläche aus) sei unmöglich und daher ein massiver Schlag gegen die biologische Landwirtschaft. Bové sprach daher von einem Einstieg in ein »totalitäres Landwirtschaftssystem«.

Als Hirngespinst bezeichnete Bové schließlich auch die Versprechen der Globalisierung für die Landwirtschaft. »90 Prozent der derzeit erzeugten Produkte werden noch immer dort konsumiert, wo sie produziert werden. Zwei Drittel davon sogar innerhalb eines Radius von 60 Kilometer«, so der Bauerngewerkschafter. Landwirtschaft sei daher regional verankert und müsse es auch bleiben. 60 Prozent der Weltbevölkerung sind Bauern. Freilich nicht in unserer Vorstellung von Landwirtschaft. So verfügen – dies weitere beeindruckende Zahlen – weltweit nur etwa 28 Millionen Bauern über einen Traktor, 250 Millionen besitzen Zugtiere und über eine Milliarde Bauern arbeitet mit einfachen Handwerkzeugen. »Maßnahmen, die diesen Menschen ihre Existenzgrundlage erhalten und sie vor Billigimporten der industrialisierten Landwirtschaft schützen, ist die wirklich effiziente Politik gegen den Hunger«. Eine Politik, so fügte der global agierende Gewerkschafter für lokales Wirtschaften hinzu, die auch uns in den reichen Ländern wieder Lebensmittel mit Qualität bescheren würde.●

DIE RUNDREISE

José Bové war auf Einladung des Agrarbündnisses Österreich in mehreren österreichischen Städten. Am 21. April referierte er in Salzburg/Elixhausen. Der ursprünglich geplante Auftritt in der Höheren Bundeslehranstalt für Landwirtschaft Ursprung wurde von Landwirtschaftsminister Josef Pröll kurzfristig untersagt. Das Gespräch mit den SchülerInnen konnte nicht stattfinden. Die von ihnen formulierten Fragen wurden bei der Veranstaltung am Ersatzort, dem Elixhausener Gasthof »Zur Nachbarschaft« verlesen.

DER AUTOR

Mag. Hans Holzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg.

EINE ANTWORT AN ROBERT KURZ

Dürfen »Gesellschaftsveränderer« sich im Kapitalismus wohlfühlen?

Robert Kurz hat jüngst in seiner Kolumne im »Neuen Deutschland« wiederum seine »aufs Ganze der gesellschaftlichen Reproduktion gehende Arbeitskritik« anempfohlen. Für ihn sind »Umsonstläden« und »andere selbst-beschäftigungstherapeutische Wohlfühlprojekte« überhaupt nicht »arbeitskritisch«. Sie laufen für ihn »bloß auf selbstverwaltete Armut hinaus, die sich radikale Gesellschaftskritik in die Tasche lügt. Ohne eine ernsthafte soziale Widerstandsbewegung gehen alle schelmischen Faulheitsfantasien ins Leere und werden konservativ besetzbar. Mitten im Kapitalismus gibt es nur unglückliche Arbeitslosigkeit« (Neues Deutschland, 22.04.2005).

Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Diese Bemerkungen möchte ich gerne beantworten. Anstatt sie knapp zu beschimpfen, sollte Robert Kurz Umsonstläden erst einmal (am besten praktisch...) zur Kenntnis nehmen.

Die meisten Umsonstläden verstehen sich als eine praktische Warenkritik. Jeder, der an den jeweiligen Orten nützliche Dinge bei sich übrig hat, die »zu schade zum Wegwerfen« sind, kann sie dort hinbringen. Alle, die etwas von den dort lagernden Dingen benötigen, können sie in begrenzter Menge für den persönlichen Gebrauch abholen. Geben und Nehmen sind locker, gebrauchswert-orientiert miteinander verknüpft. Etliche NutzerInnen verstehen das auch so – und freuen sich darüber, das die Dinge in Umsonstläden nicht als Wertgegenstände, sondern weitgehend als nützliche Dinge behandelt werden.

Robert Kurz selbst unterscheidet mit seinem Begriff von Arbeit und mit seiner »Arbeitskritik« weiterhin nicht zwischen Arbeit als notwendiger, praktischer Vermittlung zwischen den Menschen und der sie umgebenden Natur und dem jeweiligen besonderen geschichtlichen Charakter von Arbeit als **Lohn**arbeit, die nur als Verwertungsmittel von Kapital bestehen kann. Arbeit in dieser Gesellschaft hat den doppelten Charakter von Verwertungsmittel für das Kapital, auch als »Geldverdiene-Mittel« für die so Arbeitenden und weiterhin von nützlicher Tätigkeit. Zu »Lohnarbeit« wird heute ungenauer oft »Erwerbsarbeit« gesagt. Damit ist immerhin der Zwang zum Geldverdienen, um leben zu können angesprochen, nicht jedoch die besondere Lohnform, die Arbeit in der vorherrschenden Wirtschaftsweise angenommen hat. Da Arbeitskraft so weitgehend zur Ware geworden ist, haben sich auch die allermeisten anderen gesellschaftlichen Verhältnisse, Dinge und Dienstleistungen in Waren verwandelt oder bewegen sich darauf zu.

Die »kapitalistische Form des Reichtums selbst muss kritisiert werden«, meint Robert Kurz meines Erachtens nicht zu Unrecht... Da sich heute fast alles in Waren verwandelt hat, wird es immer »subversiver« (also, »umwälzender«; ein Ausdruck von ihm selbst), die Dinge, die überall Träger von Wert und dem Arbeits- und Geldverdiene-Zwang sind, sich einfach mal so gegenseitig zu geben ...

Menschen behandeln inzwischen in über 20 Umsonstläden bisherige Waren als nützliche Dinge. Wir in den Umsonstläden Aktiven haben angefangen, uns gegenseitig zu helfen. Auch können wir uns zunehmend über den Umsonstladen mit Menschen verbinden, die diesen als Nutzerinnen gut finden. Das ist natürlich noch keine neue Wirtschaftsweise, aber ein praktischer Anfang für eine »wertkritische Bewegung« – ohne dass die Wertkritik nur mit Worten konsequenzenlos vor sich hergetragen wird. »Umsonst« in den Umsonstläden kann nicht

Fortsetzung auf Seite 6

WIE GRÜNDE ICH EINEN UMSONSTLADEN?

Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Inzwischen gibt es an über 20 Orten Umsonstläden und noch ein paar Initiativen. Weitere könnten in verschiedenen Ländern und Städten hinzukommen. Deshalb ist hier mal zusammengefasst, wie man so einen entwickeln kann.

Die Dinge sind häufig »Zu schade zum Wegwerfen«. Dieses Stichwort kann eine Mehrheit der Menschen dieser Gesellschaft verstehen. In vielen Haushalten gibt es nützliche Dinge, die herumliegen. Sie könnten verschenkt werden, um für andere Menschen wieder nützlich zu werden. Wir begreifen das als ein Anfang einer gegenseitigen Hilfe: Die Menschen bringen die überzähligen Dinge und bekommen unabhängig von dem, was sie geben, das was sie brauchen. Geben und Nehmen sind lose miteinander verknüpft. Die einen brauchen zeitweise mehr, die anderen haben gerade mehr über, aber alle können etwas beitragen.

In den meisten Umsonstläden hat es sich als nützlich erwiesen, eine Mengenbegrenzung für das Abholen der Dinge zu haben: drei Teile pro Besuch, damit für alle etwas da ist. Die allermeisten nehmen tatsächlich das was sie brauchen, obwohl sich sonst in der Gesellschaft fast alles um den Warenwert dreht. Aber es gibt auch einige Menschen, die raffen soviel zusammen wie sie tragen können oder suchen sich speziell die »Wertgegenstände« heraus. Dazu bringen sie manchmal noch ihre Verwandten mit. Deshalb haben wir von Anfang an diese 3-Teile-Regel eingeführt und achten so gut es geht darauf, dass die Leute die Dinge für ihren persönlichen Gebrauch holen. Wenn jemand dringend etwas braucht, bekommt er es bei uns auch. Wenn jemand aus den verschiedensten Gründen immer wieder kommt, lernen wir uns allmählich auch besser kennen...

Wer möchte, kann bei uns, außer im Umsonstladen selbst aktiv mitzuhelfen, auch eine Tätigkeit für die anderen Aktiven anbieten. Das ist dann für die anderen Aktiven umsonst und für die Nutzer kostet es einen Beitrag zur Deckung unserer Unkosten, der deutlich unter den jeweiligen Marktpreisen liegt. Auf diese Weise ist bei uns das Kleinmöbellager, die Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt, die Gartengruppe, das Nähkästchen und »Ein-Personen-Projekte« der gegenseitigen Hilfe entstanden.

1998 haben wir zu viert bewusst einen ganz kleinen Raum angemietet, um nur wenig Kosten zu haben. Später konnten wir uns vergrößern. Wir wollten und wollen unabhängig sein von Staatsgeldern und Sponsoren. Die Raummiete bringen wir seit über sechs Jahren aus eigener Kraft durch Kleinspenden der NutzerInnen und die Monatsbeiträge der Aktiven auf. Inzwischen tragen die neuen Projekte zur Deckung der Unkosten bei.

Wichtig für den Anfang eines Umsonstladens ist auch, mit kleinen Öffnungszeiten zu beginnen (vielleicht zwei mal zwei Stunden). Erweitern kann man später immer noch. Es ist auch einige Aufräumarbeit nötig. Daran beteiligen manche Umsonstläden allerdings auch verantwortungsbewusste NutzerInnen.

Durch Hinweise wie »Wir sind kein Kaufhaus – bitte wühlen Sie nicht in den Regalen!« , manchmal auch durch Aktionen und Ausstellungen während den Öffnungszeiten, versuchen wir Nutzer zum Mitdenken zu bewegen.

Die Gegenstände im Umsonstladen geben wir den Nutzern bewusst umsonst aus. Wir wollen praktisch zeigen, dass nützliche Dinge nicht unbedingt als Wertgegenstände behandelt werden müssen. Aber unsere lebendige Tätigkeit können wir nicht ständig Menschen geben, die in überhaupt keinem Verhältnis zu uns sein wollen. Nur freie, gegenseitige Hilfen, die von den Beteiligten bewusst gewollt sind und praktiziert werden, können eine neues, selbstbestimmtes Wirtschaften und einen Austausch zu gegenseitigem Nutzen begründen. Dabei ist Selbstbestimmung für uns kein Ideal, sondern eine praktische Kritik aller Mängel auf die wir als Gruppe stoßen. Wir versuchen uns gegenseitig zu fördern, damit die Einzelnen allmählich bedeutend mehr Einfluss auf die Gemeinschaft haben, als wir bisher aus der Geschichte kennen. Die demokratische Entwicklung sämtlicher Lebensbereiche und der gesamten Gesellschaft steckt noch in ihren keimhaften Anfängen. Der Umsonstladen begreift sich nicht als »Dinge-Verteil-Station«, schon gar nicht als »Sozialstation«, sondern als ein Versuch einer gegenseitigen langfristigen Aktivierung.●

FORTSETZUNG VON SEITE 4

ror trotz aller Legalitätsschwüre einer planmäßigen Taktik Hitlers zur Destabilisierung des Weimarer Staates entsprang. Nach Morddrohungen in der faschistischen Presse stellte die Rote Hilfe Litten Arbeiter als Leibwächter zur Verfügung.

Als ihm Genossen nach der faschistischen Machtübernahme zur Flucht rieten, erklärte Litten: »Die Millionen Arbeiter können nicht heraus, also muss ich auch hier bleiben.« Doch Hitler hatte den Mann, der ihn einst vor Gericht bloßstellte, nicht vergessen. Am Tag nach dem Reichstagsbrand wurde er in Schutzhaft genommen. Es folgte ein fünfjähriges Martyrium in verschiedenen Zuchthäusern und Konzentrationslagern, bis Litten in der Nacht zum 5. Februar 1938 im KZ Dachau von den SS-Schergen in den Selbstmord getrieben wurde.

Eine in der DDR nach Hans Litten benannte Straße in Berlin-Mitte, an der das Berliner Landgericht liegt, trägt auch heute noch den Namen des mutigen Juristen, der sich als revolutionärer Marxist und »links von der KPD stehend« bezeichnete. Die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen VDJ verleiht alle zwei Jahre einen Hans-Litten-Preis an Anwältinnen oder Anwälte für deren dauerhafte, mutige und aufopferungsvolle Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie.●

Hans-Litten-Archiv, c/o Rote Hilfe, Postfach 3255, D-37022 Göttingen

FILM: ILLEGAL IN EUROPA

Invisible – im Schatten Europas

Wellen schlagen heftig an den Strand, ein Mann schaut auf die Meerenge von Gibraltar: »Ich bin nur noch 25 km weg, aber ich kann nicht dort rüber, das macht mich wirklich krank. Da drüben ist Europa«. Oumar hat es aus Guinea-Bissau bis nach Ceuta geschafft. Ceuta ist eine spanische Exklave an der marrokanischen Küste – Territorium der Europäischen Union.

von gaston kirsche ● Aber wer hier im Flüchtlingslager kaserniert lebt, kann nicht einfach 30 Euro bezahlen und mit der täglichen Fähre nach Spanien übersetzen. Oumar spricht in die Kamera: »Ich sehe die Reisenden jeden Tag, doch ich bin immer noch hier. Wenn hier eine Wüste wäre, dann wäre ich schon angekommen, wenn es ein Fluss wäre, dann würde ich schwimmen, aber hier ist das Mittelmeer und ich kann nicht rüber.«

Der Film »Invisible« läuft bereits seit mehreren Minuten, Sequenzen aus dem Alltag verschiedener Menschen gegeneinander geschnitten waren zu sehen. Dann beginnt der eigentliche Film an eben jener marrokanischen Küstenlinie, an der sich Afrika und die Europäische Union zum Greifen nah gegenüberliegen. Das Meer ist hier an einigen Stellen nur 14 Kilometer breit.

Oumar klaubt am Strand zwei alte Plastikkanister auf und bindet sie mit etwas Band zusammen: »Ich bin mit diesen Kanistern gekommen. Ich bin ein Afrikaner, ich muss mir was einfallen lassen. Das Problem ist das Meer, es ist zwischen uns und Europa«. Er fiel der spanischen Grenzpolizei auf, die ihn aufgriff und ins Flüchtlinglager brachte. Schnitt, die Kamera fährt eine Grenzbefestigung entlang. Alle paar Meter ein Flutlichtmast, zwei mehrere Meter hohe Zäune, obendrauf Natostacheldraht, dazwischen ein Gang für Patrouillen. Ein Sachbearbeiter erklärt Oumar, dass sein Antrag auf Asyl abgelehnt wurde.

Der Dokumentarfilmregisseur Andreas Voigt verzichtet auf jeden eigenen Kommentar, lässt die ausgewählten Bilder und Interviewpassagen für sich sprechen. Ein Jahr lang hat er fünf Sans Papiers, Papierlose in fünf Ländern der EU in ihrem Alltag begleitet, sie dabei gefilmt und interviewt. »Ich wollte von Menschen erzählen, die mitten unter uns leben – ohne Papiere, illegal. Es gibt keine genauen Angaben für Europa. Aber allein in Deutschland schätzt man die Zahl der Illegalen auf mehr als 1 Million. Sie könnten Nachbarn sein, Menschen denen ich täglich auf der Strasse begegne. Wie ist ihr Alltag, was sind ihre Hoffnungen, ihre Träume? Davon wollte ich erzählen. Und davon, wie verschieden die Gründe sind, die Menschen dazu bewegen, ihr Zuhause zu verlassen, ihre Heimat,« erklärt Andreas Voigt begleitend zu seinem Film.

Für Voigt hat die Kategorie Heimat Bedeutung, die Kritik antirassistischer Organisationen an der Illegalisierung von Menschen aber offensichtlich nicht. So sind die martialischen Grenzanlagen an Spaniens Südküste die Bebilderung zu Oumars Schwierigkeiten, nach Europa zu kommen. Der Zuschauer erfährt aber nicht, dass diese Grenzanlagen von der EU finanziert – werden und in den letzten Jahren massiv ausgebaut wurden während gleichzeitig die Mittel für die spanische Seenotrettung eingefroren worden sind und jedes Jahr mehrere Hundert Flüchtlinge in der Meerenge ertrinken, von denen viele gerettet werden könnten, wie die sowohl in Spanien als auch in Marroko aktive Organisation »Dos Orillas«, Zwei Ufer, immer wieder betont.

Perince aus Nigeria wird im Abschiebegefängnis von Tilburg, Niederlande, gezeigt. In der kleinen Zelle und wie er kontrolliert wird. In entwürdigender Weise muss er sich vor einem Uniformierten ausziehen. Die Bilder, die davon in Invisible zu sehen sind, haben auch etwas voyeuristisches. Zu nüchtern wird hier gezeigt, wie ein Mensch erniedrigt wird. Dann ist der lange Gang mit vielen Zellen zu sehen. Es ist ein großes Gefängnis.

Perince verabschiedet sich vom Filmteam, aber später begegnen sie sich wieder. Er hat sich seiner Abschiebung widersetzt, ist wieder im Gefängnis. Diesmal in der speziellen Abteilung für diejenigen, die sich einer Abschiebung widersetzen. Er hat ein großes Pflaster auf der Stirn: »Nachdem ich mich geweigert habe, mitzufliegen, haben sie mich in einen Raum gebracht, wo sie meinen Kopf gegen die Wand geschlagen haben, daher das Pflaster.«

Voigt interessiert sich für das Überleben der Papierlosen, aber wie Menschen illegalisiert werden, kommt nur vor, wenn ein gefilmter Papierloser unmittelbar mit der Staatsgewalt in Kontakt kommt: »Nicht Trauer und Angst stehen im Mittelpunkt, sondern die Kraft dieser Menschen, ihr Sich-Durchsetzen-Wollen und -müssen«, erklärt Voigt zu seinem Film. Die fünf Einwanderer aus Nigeria, Tschetschenien, Ecuador, Guinea Buissau und

Szene aus dem Film »Invisible«

Algerien sind – bis auf Perince in der Abschiebehaft – in alltäglichen Situationen zu sehen, wie sie ihr unsichtbares Leben organisieren: In kleinen, beengten Zimmern, in der Flüchtlingsunterkunft oder in einer Wohnung, beim heimlichen Arbeiten in einer Imbissküche, beim Arbeiten auf einem Straßenstrich oder beim Eröffnen eines eigenen Schnellrestaurants. Alle haben keine Papiere – bis auf Malika aus Tschetschenien und ihre Familie, die ein Schnellrestaurant in Warschau aufmachen und optimistisch in die Zukunft schauen.

Die Traurigkeit ins Gesicht geschrieben steht dagegen Zakari, der in Deutschland ohne Papiere lebt: »Ich bin jetzt seit 10 Jahren hier. Ohne Papiere, ohne zu Hause, ohne Frau, ohne Kinder, ohne Arbeit. Sie haben mich gefragt, ob sie einen Film über mich drehen können. Ich habe 'Ja' gesagt. Über das Leben von einem ohne Papiere. Das Leben eines Vagabunden. Warum ich mitmache? Ich will, dass alle erfahren, wie ich lebe, wie ich die zehn Jahre hier verbracht habe ... mit meiner Angst, mit allem.« Zakari ist fast nur allein zu sehen, leise erzählt er von sich. Er wird gezeigt, wie er mit einer Handycam sein enges, vollgestelltes Zimmer abfilmt, dazu einen Text für seine Mutter spricht, der er die Videokassette nach Algerien schicken will. Ein Foto von ihr kommt ins Bild, er vermisst sie. Einsam ist Zakari auch bei einem Job, versteckt in einer Imbissküche: »Einfach mal für zwei Euro ein Bier trinken gehen, das geht gar nicht. Aber wenn ich mal eine Woche Arbeit habe, dann kann ich mal 10, 15 Euro einfach so ausgeben, dann feiere ich zuhause ein kleines Fest nur für mich.« Ein verstecktes, einsames Leben. Im Hintergrund flimmert zuhause ein Fernseher, er beugt sich über ein Papier und liest etwas stockend ein Urteil vor: »Die bei einer Rückkehr nach Algerien mögliche Todesstrafe wegen Desertion ist nicht als Asylgrund anzuerkennen...« Ein Urteil vom 30. März 1998. »Das ist mein Urteil«, erklärt Zakari in die Kamera.

In Deutschland hat es, anders als in Spanien, Frankreich oder anderen EU-Ländern, noch nie eine Amnestie und Aufenthaltsrechte für Papierlose gegeben. Die Härte, mit der Menschen ohne gültige Papiere entrechtet werden, spricht aus einer in der FR im Mai 2004 dokumentierten Presseerklärung des Bundesinnenministeriums: »Illegale entziehen sich der deutschen Rechtsordnung. Das kann genauso wenig geduldet werden wie Rechtsüberschreitungen deutscher Staatsbürger. Es wäre ein durch nichts zu rechtfertigendes Privileg, eine Art Sonderaufenthaltsrecht für Illegale einzuführen. Dass diese 'Sans Papiers' manchmal auch ihre Kinder in diese illegale Existenz miteinbeziehen, ist ein zusätzlicher inhumaner Rechtsbruch.« Zakari wurde einige Zeit nach den Dreharbeiten zu »Invisible« von deutscher Polizei festgenommen. Und Abgeschoben.●

»Invisible – Illegal in Europa«. Regie: Andreas Voigt. Deutschland 2004, 89 Min. Ab 5. Mai im Kino.

FORTSETZUNG VON SEITE 5

heißen, dass die einen nur holen und die anderen nur bringen. Auch wenn einige deutlich mehr brauchen als andere und einige etliche Dinge und Fähigkeit über haben: Fast jedeR kann etwas beitragen – auf freiwilliger Grundlage.

Umsonstläden sind für die allermeisten der dort Aktiven keine »Sozialstationen« und erst Recht keine Orte »selbstverwalteter Armut« (Robert Kurz). Sie sind ein **Angebot** zur Aktivierung und gegenseitigen Unterstützung. Da die Umsonstläden allerdings von etlichen NutzerInnen faktisch doch als »Sozialstation« benutzt werden, weil sie nun einmal dieses Bewusstsein mitbringen, stellen einige von uns Aktiven ständig im laufenden Betrieb ein paar »Missverständnisse« klar. Auch nutzen ein paar unserer Aktiven die Uladen-Öffnungszeiten zu warenkritischen Aktionen und Ausstellungen. Darüber hinaus können wir eben das Bewusstsein eines Großteils der »Normalbevölkerung« nicht beeinflussen. Es gibt aber inzwischen hunderte von NutzerInnen, die sehr wohl wissen, was sie da tun ...

Von staatlichen Geldern haben wir uns von Anfang an ferngehalten. Die meisten Umsonstläden finanzieren sich aus eigener Kraft von den Spenden der NutzerInnen und den Beiträgen der Aktiven, die bewusst auch einen Nutzen davon haben sollen. Wir Aktiven leisten kein »Ehrenamt«, sondern setzen auf eine gegenseitige Hilfe, von der der Umsonstladen nur ein möglicher Anfang ist. Freie Software, Fahrrad-Selbsthilfe, Kleinmöbellager, Gartengruppen, freie Bildungsgruppen und viele andere Projekte der praktischen Warenkritik gehören auch dazu. Schritt für Schritt haben ein paar Umsonstläden angefangen, eine Warengruppe nach der anderen der Verwertung praktisch zu entziehen. Wer bei uns in Hamburg in einem der Teilprojekte ist, hat die Möglichkeit, alle in der Gemeinschaft angebotenen Dinge und Tätigkeiten ohne Geld zu bekommen. Dadurch wird es allmählich attraktiver dazu zu gehören. Die Nutzer geben eine Spende oder eine Aufwandspende deutlich unter Marktpreisen. Allerdings haben wir auch mit einer Menge Schwierigkeiten zu kämpfen, die Menschen, die nicht an der Warengesellschaft praktisch rütteln, gar nicht kennen. Gerne bin ich bereit, darüber Auskunft zu geben, damit wir alle zusammen eine praktische Kritik der Erwerbsarbeit entwickeln können.

Robert Kurz spricht die Notwendigkeit einer »ernsthaften sozialen Widerstandsbewegung« an. Dem kann ich nur zustimmen. Aber wir sollten zusammen untersuchen, warum diese Widerstandsbewegung in den letzten Jahrzehnten länderübergreifend so »schwächelt«. Momentan reicht die Kraft jedenfalls noch bei weitem nicht aus, um die Sozialabbautendenz zu stoppen. Bisher ganz wenige Umsonstladen-Aktive versuchen bisher, sich mit dem vorhandenen Widerstand in und außerhalb der Gewerkschaften zu verbinden. Dort sehe ich allerdings noch das Problem, dass etliche der dort erfreulicherweise noch Widerstand leistenden Menschen ihren eigenen materiellen »Abstieg« noch weitgehend verdrängen. Sie hätten die Möglichkeit, mit ihrem Bewusstsein und mit ihrer Erfahrung ebenfalls Ansätze praktischer gegenseitiger Hilfe zu bilden, um ihren Alltag angenehmer zu gestalten. Gerade »Gesellschaftsveränderer« brauchen »Wohlfühlprojekte«!●

2. HAMBURGER DOKUMENTARFILMWOCHE

Teilnehmende Beobachtung – mit dem Camcorder mittendrin

Dokumentarfilme satt – bis 27. April lief die 2. Hamburger Dokumentarfilmwoche im Kino 3001. An der Organisation haben sich Filmschaffende aus der Stadt beteiligt. Nach den Vorführungen waren die Regisseure im Saal und es wurde lebhaft diskutiert. Im Programm-Flyer war von »Camcorder-Revolution im 3001« die Rede – ein passender Slogan. Camcorder, einfache Videokameras, die leicht bedienbar sind und leicht überall mitgenommen werden können. Gegenüber einem Camcorder ist die Distanz der für eine Dokumentation Gefilmten geringer, zumal das Filmteam einfach personell kleiner ist und nicht mit Unmengen an Geräten herum fuhrwerkt.

So sind einigen der Videos ihre Unmittelbarkeit, ihr Teil sehr persönlicher Zugang anzumerken. Dem Eröffnungsfilm »Fluten«, in dem er seine schwer depressive Mutter porträtiert, in der Psychiatrie zeigt, ohne ihnen die Würde zu nehmen.

Auch »En Busca de Dignidad« zeigt sehr unmittelbar Bilder vom Alltag einiger MenschenrechtsaktivistInnen der pbi (»peace brigades international«) in Guatemala. Viel zu sehen ist vom Büro der pbi dort, einige dort Aktive aus den USA oder Europa sprechen über ihre Tätigkeit, die darin besteht, bedrohte politische exponierte GuatemaltekInnen zu begleiten und dadurch zu beschützen. »Wir wissen noch nicht einmal, wie viele Gräber mit unbekannten Toten es hier gibt«, so Feliciana Macarno, von der Witwenvereinigung CONVIGUA, die Massengräber aus der Zeit der Militärdiktatur aufspürt und deshalb bedroht wird vom Militär. Die Leute von den pbi versuchen durch ihre Präsenz Gewalt gegen solche Aktivitäten zu verhindern. Oder sie begleiten Arbeiterinnen, die sich in den Maquilas, den Weltmarktfabriken, zusammentun wollen: »In den Maquilas hier in Guatemala werden die Leute sehr schlecht behandelt. Sie haben Angst davor, eine Gewerkschaft zu gründen«, erklärt María Rosa Lopéz vor dem Camcorder. Es wird deutlich, dass sie Vertrauen zu den pbi hat und auch zum Filmteam – Miriam Seemann, Regisseurin des Films, arbeitet selbst beim pbi. Daher rührt die Stärke, aber auch die Schwäche des sehenswerten Filmes: kaum analytisch, aber immer mittendrin. Zum Teil ist an den verwackelten Bildern zu erkennen, dass der Kameramann gerade den pbi-Leuten zu einem Einsatz folgt.

Solch übertrieben suggerierte Authenzität hat »Abgehakt« nicht nötig. Der Film zeigt Obdachlose, die in der Hamburger City »Platte machen«. Er ist entstanden im Rahmen einer mehrmonatigen Feldforschung von zwei Ethnologiestudenten. Gleich zu Beginn wird deutlich, dass es ein Vertrauensverhältnis gibt zwischen Filmern und Gefilmten. Am Hinterausgang von Karstadt schält sich Kuddel aus seinem Schlafsack, die Filmer werden begrüßt, gefragt, wie ihr letzter Tag war. Seine Clique wird in ihrem Alltag an der Mönckebergstraße begleitet. Einige erzählen viel in die Kamera über ihr Leben auf der Straße. Beim Essen hören sie Radio Hamburg, lesen Bild. Spaß haben sie beim gemeinsamen Singen des Schlagers Mendocino. So wie soziale Beziehungen beim Leben auf der Straße unverzichtbar, aber auch schwierig sind – jeder hat so viele Probleme und Enttäuschungen, redet am liebsten selbst und hört ungern zu – so offen sind sie gegenüber der Kamera: »Ihr müsst mal so um 5 Uhr morgens hier durch die Fußgängerzone gehen, da seht ihr die richtigen Obdachlosen. Wir sind ja noch einigermaßen organisiert, aber die liegen da, bei Brinkmann im Eingang, nur mit einer Zeitung zugedeckt.«

Auch »Kenedi se vracra kuci« zeigt eine bittere Realität: Am Flughafen von Belgrad, 2002. Jeden Tag trifft Kenedi Leute, die wie er aus Deutschland abgeschoben wurden. Oft haben sie den Schock noch nicht überwunden, dass sie mitten in der Nacht von zuhause abgeholt und nach Jugoslawien abgeschoben wurden, in ein Land, dass es so nicht mehr gibt. Geflohen sind sie, als Jugoslawien von Nationalisten kriegerisch zerlegt wurde, und insbesondere für die Minderheit der Roma kein Platz mehr vorgesehen war. Wie Kenedi sind viele der Abgeschobenen Roma, besonders aus dem Kosovo. Dorthin können sie nicht zurück, ihre Häuser sind zerstört, sie selbst unerwünscht. Für die in Deutschland aufgewachsenen Kinder ist es doppelt schwer. Der schwäbische Akzent ist noch sehr hörbar bei den ersten Worten Jugoslawisch, aber nun müssen diese jungen Schwaben in Baracken leben und können nicht zur Schule, weil sie das Schulgeld nicht bezahlen können. Die Kehrseite der abgeschotteten Festung Europa, in diesem Film von Zelimir Zelnik wurde sie sichtbar.●

ENTSCHEIDUNGSVERFAHREN

Freiräume

Warum überhaupt entscheiden???

Plenum ... Orga-Gruppe ... Konsens ... Rat ...

Seit Jahren wird an der Frage, wie am besten Entscheidungen zu fällen sind, herumgedoktert. Entscheidungsverfahren sind zäh, nervig, Dominanzen treten auf. Immer wieder gibt es neue Vorschläge, aber richtig der Durchbruch gelingt nicht. Manche blähen ihre Lösungen zu neuen Dogmen auf und legen die Scheuklappen dicht vor die Augen, um nicht zu bemerken, wie gut jedes neue Rezept doch wieder zur Absicherung von Hierarchien dienen kann. Konsensverfahren sind das bekannteste Beispiel dafür – hochgelobt, aber eben auch genau dort verwendet, wo dahinter krasse informelle Hierarchien und faktenschaffende Führungsgruppen verborgen werden. Daran ist nicht der Konsens schuld, sondern bei allen durchaus guten oder nur gutgemeinten Verbesserungen im Detail wird eines übersehen: Das System »Entscheidungsfindung« hat nicht nur Fehler, es ist vor allem der Fehler! Daher gehört zur Auseinandersetzung mit der Idee von Freiräumen auch die Frage, ob Entscheidungsfindung für den gesamten Raum nicht schon der Idee prinzipiell entgegensteht – und daher überwunden werden sollte!

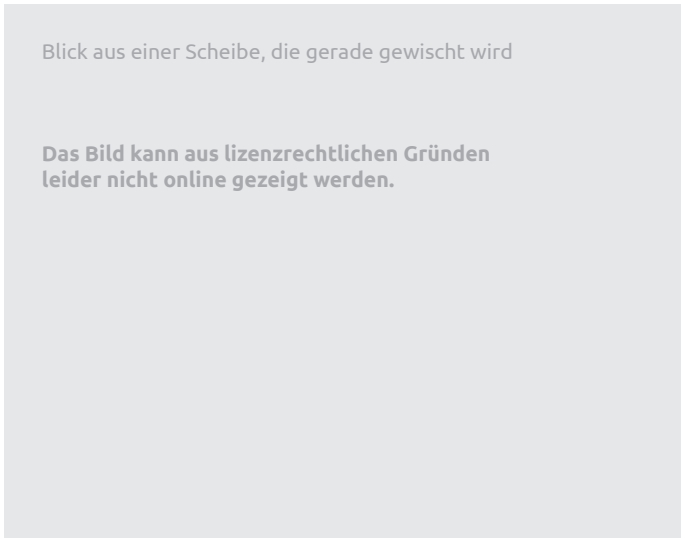
Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Entscheidung bedeutet, dass Regeln, Normen, kollektive Wahrnehmung, ein »Wir« (gegenüber dem anderen Äußeren) und/oder ein gleichgeschaltetes Verhalten punktuell oder umfassend geschaffen werden. Unüberprüft bleibt dabei meist, ob eine solche kollektive Entscheidung überhaupt nötig ist oder ob nicht künstlich die Kollektivität erst über die Entscheidung oder das Entscheidungsverfahren geschaffen wird. »Wir müssen gemeinsam ...« oder »das sollte jetzt aber für alle gelten« sind auffällig in diese Richtung weisende, typische Formulierungen für kollektive Entscheidungsprozesse. Verstecktere Formen wie »können jetzt alle damit leben« oder »hat noch jemand damit ein Problem« (z.B. in Konsensabstimmungen) bedeuten letztlich aber dasselbe: Es wird eine Notwendigkeit zur Einheit behauptet, für die ein Beweis regelmäßig gar nicht erfolgt. Es ist wie von Natur aus gegeben, dass Gruppen, Camps, Verbände u.ä. gemeinsam entscheiden – basisdemokratisch, in Delegiertenräten usw.

Es ist aber fraglich, ob es überhaupt Entscheidung außerhalb solcher Zusammenschlüsse von Menschen geben muss, die entweder eine intensive und Autonomie einschränkende Zusammenlebens»einheit« darstellen (z.B. WG, Beziehung oder Familie, wobei der Zwangscharakter oft grundsätzlich zu kritisieren ist) oder konkrete Einzelfälle und -projekte betrifft. So sind Entscheidungen in der Regel nötig bei Gruppen, die z.B. gemeinsam ein Projekt oder eine Aktion durchführen, zusammen irgendwo hinfahren und sich über den Weg einigen müssen oder in ähnlichen Fällen, die aber immer zeitlich und in der Sache begrenzt sind, d.h. auch nur dafür gelten. Zudem werden sich auch innerhalb solcher klar umrissenen Bereiche immer wieder Teile finden lassen, für die eine kollektive Entscheidung überflüssig ist. Wer z.B. als Projektgruppe eine Zeitung herausgibt, wird sich auf Erscheinungstag, Format usw. einigen. Was aber auf welcher Seite steht und wie die Themen jeweils zusammengestellt werden, braucht aber schon nicht mehr gemeinsam beschlossen werden – jedenfalls nicht deshalb begründet, weil mensch eine Zeitung zusammen macht. Innerhalb jedes Rahmens sind wieder autonomiegeprägte Teile des Ganzen möglich.

Gegenmodell: Freie Menschen in freien Zusammenschlüssen und freien Vereinbarungen

Nach diesem Prinzip gibt es keine zentrale Entscheidungsfindung mehr, sondern Menschen bzw. die sich jeweils findenden Gruppen organisieren sich. Wichtigstes Element ist die Selbstorganisierung und Autonomie. Kollektivität als identitätsstiftende Denklogik oder Entscheidungsform verschwindet. Es entsteht ein vielfältiges Mit- und Nebeneinander vieler Teile in Autonomie. Diese treten nach eigenen Überlegungen miteinander in Kontakt, vereinbaren Informationsaustausch und Kooperation nach eigener Überzeugung.

Das wird dazu führen, dass für die unterschiedlichen zu entscheidenden Fragen verschiedene Lösungen gefunden werden. Das ist nicht schlecht, sondern gut. Zu Problemen kommt es nur, wenn diese konkurrierend bzw. gegeneinander laufen oder keine Kommunikation stattfindet. Um solches zu verhindern, bedarf es eines Organisierungsprozesses. Dieser wird horizontal sein, da wiederum nur die Teile des Ganzen gleichberechtigt die Kommunikation aufbauen – einschließlich dauerhafter Kommunikationsstrukturen, vom Pinbrett über Medien bis zu Mailinglisten. Will heißen: Wenn mehrere Gruppen zu einem Thema agieren (z.B. »Wie halten wir die Nazis draußen?«, »Was machen wir, wenn die Bullen kommen?« oder »Wie verhindern wir sexistische Übergriffe?«), dann können sie sich einladen, um ihre Lösungen zu vergleichen und zu schauen, wie sie sich so absprechen, dass die verschiedenen Ideen ihre jeweiligen Möglichkeiten ausleben können, ohne sich gegenseitig zu behindern. Sie müssen es aber nicht – genau das schafft die hohe Akzeptanz dieses Weges, weil jede Gruppe und jede Person weiß, dass sie nicht gezwungen werden kann. Hegemonieschlachten zwischen verschiedenen Gruppen, Führungspersonen, Strömungen und den vielen identitären Kollektiven auch in politischer Bewegung können dadurch in erheblichem Umfang abgebaut werden.



Freiräume ohne zentrale Entscheidungen

Für alle Formen von Freiräumen, seien es Häuser, Plätze, Teile solcher, Plattformen auf Camps und Kongressen sowie viele weitere bietet der Verzicht auf zentrale Entscheidungsformen eine spannende Möglichkeit, Offenheit auch tatsächlich zu leben und zu organisieren. Dazu muss ein entsprechender Rahmen gesetzt werden, denn die nettgemeinte Zusicherung der Machthaber (HausrechtsinhaberInnen, VeranstalterInnen u.ä.), auf ihre Macht zu verzichten, schafft meist kaum Vertrauen in die Horizontalität und ist in der Vergangenheit in der von Machtkämpfen und Dominanzen durchzogenen politischen und alternativen Bewegung auch meist nur eine Schönwetterankündigung gewesen. Gibt es Probleme, wurden oft doch die formalen Karten gezogen.

Es ist in Deutschland und auch in den meisten anderen sich Rechtsstaaten schimpfenden Regimes nicht möglich, per se einen entscheidungs- und machtfreien Raum zu sichern. Das durchgreifende Eigentumsrecht, auf dem auch die Hausrechtslogik basiert, gibt immer irgendwelchen Personen privilegierte Entscheidungsmöglichkeiten. Werden diese an Gremien abgegeben – vom Vorstand bis zum Plenum –, wird das eigentliche Problem nicht aufgehoben. Das liegt in der Neigung zu zentralen Entscheidungen, bei denen durchsetzungsschwächere Gruppen oder Personen immer benachteiligt sind – egal ob es an geringerer rhetorischer oder formaler Macht, an weniger Bekanntheitsgrad oder was auch immer liegt. Möglich ist aber auch im rechtsstaatlichen Rahmen, die durch das Eigentums- oder andere Recht garantierte Privilegiertheit Einzelner verbindlich aufzuheben.

Das geschieht z.B. dadurch, dass VeranstalterInnen von Camps, Kongressen u.ä. den OrganisatorInnen von Teilen des Ganzen verbindlich zusichern, sich in ihre Bereiche nicht einzumischen. Das kann per Zusicherung z.B. im Aufruf zu einem solchen Camp oder auch vertraglich geschehen, wie es z.B. die Idee der *Stiftung FreiRäume* ist. Dort sollen solche Autonomieverträge sogar auf Dauer für Gebäude oder Plätze Geltung bekommen. Die Kooperation zwischen den autonomen Teilen des Ganzen verläuft horizontal zwischen den Teilen. Eine Metaebene, z.B. durch das Wirken der Menschen, die eine Veranstaltung organisieren oder ein Hausprojekt aufbauen, kann in Form aktiv geschaffener Kommunikationsstrukturen und Transparenz, Infrastruktur und materielle Ressourcen bestehen, auf die alle einen gleichberechtigten Zugriff haben.

Konsequenter ist, auch hier auf eine dafür geschaffene koordinierende Ebene zu verzichten und alles der Selbstorganisierung zu überlassen, d.h. zumindest dort, wo Menschen direkt miteinander kommunizieren können, ihnen zu überlassen, ob sie Initiativen zur Förderung der Handlungsmöglichkeiten, Kommunikation oder Kooperation entfalten. Auf Camps, in längerfristig genutzten Räumen usw. sollte das regelmäßig möglich sein spätestens ab dem Moment, in dem die Vorbereitungsphase endet und der eigentliche Aktionszeitraum oder die Nutzung des Raumes beginnt.

Horizontale Organisierung aktiv schaffen

Das Ganze ist immer ein buntes Mit- und Nebeneinander handlungsfähiger Teile. Solche entstehen aber nicht von selbst. Daher ist wünschenswert, wenn in jedem Freiraum Menschen ihre Kraft und Zeit statt in zentrale Entscheidungsfindungen in die Steigerung von Selbstorganisierung und Transparenz stecken. Das kann umfassen:

- Mehr Trainings zu Handlungsmöglichkeiten, damit nicht immer viele die Herde der wenigen sind, sondern viele Teilgruppen handeln können auf ihre Weise (also z.B. Trainings zu Umgang mit Bullen, Kommunikation, zu Widerstand im Alltag, zu direkter Intervention bei Diskriminierungen ...).
- Aktive Unterstützung der handelnden Gruppen (gegenseitig, durch Austausch von Tipps & Tricks, Zugang zu allen Ressourcen usw.).
- Aktives Schaffen von Transparenz, damit alle mitbekommen, welche Gruppe sich was zu welchem Thema überlegt haben und so direkte Kontaktaufnahme möglich ist.
- Aufbau einer von allen nutzbaren Infrastruktur für alle Aktivitäten, d.h. technische Geräte, Wissen, Archive, Mobilität, Verbrauchsmaterialien und vieles mehr.
- ... to be continued ...●

BEISPIEL: DIRECT-ACTION-PLATTFORM

Der folgende Text dokumentiert den Informationsflyer zur Direct-Action-Plattform auf dem Grenzcamp in Köln 2003. Dort stand die Plattform als für alle gleichermaßen nutzbare, innerhalb des Camps aber autonome Plattform die gesamte Zeit über. Sie war Treffpunkt für Workshops, aber auch Ausgangspunkt für spontane Aktionen in der Umgebung.

Direct Action Plattform ... was ist das?

Direct Action Plattform soll ein Treffpunkt sein für Workshops, angeregte Diskussionen und Austausch und um kreativen Widerstand, direkte Aktionen, (Anti-)Repression und Bewegung »von unten«. Und natürlich Ausgangspunkt für freche Aktionen und eine vielfältige Widerstandskultur hier und anderswo. Vom Workshop zum Umgang mit Polizei, Transpi-Malen über Klettertrainings, Strategiedebatten bis zur Planung von Aktionen ... alles ist möglich! Zur DA-Plattform gehören Materialien, Infrastruktur (DA-Laptop, Drucker usw.), Büchertisch, Ausstellungen und mehr – also recht gute Voraussetzungen für direkte Aktionen.

Mit »Plattform« ist der Versuch gemeint, einen möglichst offenen und gleichberechtigten Rahmen zu schaffen, in dem Menschen ihre eigenen Ideen selbstbestimmt verwirklichen können. Wesentlich dafür ist der gleichberechtigter Zugang zu allen Ressourcen ... alle Materialien (von Sprühdose über Transpistoff bis zu Presseverteilern und PCs usw.) können von allen jederzeit genutzt werden. Aber auch in den Bereichen, wo Dominanzen weiter bestehen, sei es z.B. durch Wissensunterschiede, Rollen- und Redeverhalten oder Normen, wollen wir versuchen, Hierarchien abzubauen.

Es gibt hier keine Kontrolle oder zentrale Instanz (»Plenum«) – die konkret Handelnden entscheiden für sich bzw. ihre Gruppe, was sie tun wollen ... macht was ihr wollt! Alle können hier jederzeit Trainings oder Workshops anbieten, Aktionen planen, Verabredungen treffen usw. Die Plattform soll dabei kein Dienstleistungsbetrieb sein – sie lebt von dem, was die Beteiligten in sie einbringen. Daher fänden wir es cool, wenn sich alle »NutzerInnen« der Plattform auch verantwortlich fühlen für die Aufrechterhaltung selbiger. Umso mehr Menschen Materialien ranschleppen, Ideen einbringen usw. desto bunter das Ganze!

Was gehört genau zur Plattform?

Folgende Teile sind bereits eingerichtet bzw. vorbereitet:

1. Büchertisch mit Broschüren, Readern, T-Shirts und Büchern zu »Widerstand und Vision«
2. Ausstellungen zu kreativem Widerstand und direkter Aktion
3. Material-Ecke für Aktionen (Transpistoff, Farben, Verkleidungen, Megaphon und alles, was du und andere Menschen noch so einbringen!)
4. DA-Laptop mit Layout-Programmen, Fax- und Emailverteilern usw.
5. Info-Wände zur Transparenz (Was läuft gerade?) und zur Offenlegung von Interessen (»Ich will das anbieten«, »Ich suche ...«)

Das ist nur der Ausgangspunkt, nicht das Ende – die Plattform kann von uns allen ständig weiter entwickelt werden. Denn denkbar ist noch viel, viel mehr ... Plattformen sind offen für Erweiterungen, d.h. wenn Menschen spontan neue Bereiche aufbauen wollen, können sie das einfach tun! Wer Lust hat, im DA-Raum z.B. einen Kostümschrank oder eine Musik-Ecke einzurichten – just do it!

Zudem werden immer Leute da sein, die Fragen beantworten oder Workshops zu Kreativ-Widerstand und Organisierung »von unten« anbieten können. Diese sollen weniger fest angesetzt, sondern aus spontanen Interessen heraus entstehen. Leute, die zu bestimmten Themen Workshops anbieten möchten, können z.B. auf die Infowände zurückgreifen ... ansonsten hoffen wir auf die Selbstorganisierung der Menschen!

Workshops im Direct-Action-Zelt

Das Zelt soll nicht nur Raum sein für Ausstellungen, konkretes Tun und direkte Gespräche, sondern auch für Workshops aller Art. Die werden aber nicht vorher festgelegt, sondern nach den Bedürfnissen der Menschen auf dem Camp.

Denkbare Themen können sein:

- Verstecktes Theater
- Fakes, Kommunikationsguerilla
- Ein »Tipps«-Workshop ... also reden über alles, was interessiert: Wie kann ich Stinkeflüssigkeit herstellen? Wie vermeide ich Fingerabdrücke usw. usf.
- Plakate verändern ...

Was wann läuft, hängen wir am Zelt und auch an der allgemeinen Termininfowand aus. Da das DA-Zelt ein kooperativer Teil des ganzen Camps sein soll, wollen wir nichts konkurrierend oder »gegen« das Gesamtcamp setzen, sondern möglichst immer alles abstimmen. Selbstverständlich kann das Zelt auch als Ort für passende Workshops von Leuten aus dem Camp genutzt werden!

Fortsetzung auf Seite 8

OFFENE PLATTFORMEN

Freiräume

Das organisatorische Rückgrat großer Treffen

Wo immer etwas größer wird, entsteht das Problem der Koordinierung, des Überblicks, der Informationsflüsse bis hin zum seltsamen Zwang, jetzt auch Gemeinsames entscheiden zu müssen. Camps, Kongresse, Konferenzen, Aktionen, aber auch die politischen Zusammenhänge einer Stadt oder Region sind solche Größenordnungen. Normalerweise entwickelt sich eine Mischung aus Nebeneinander (manchmal auch Gegeneinander) und zentralen Organisationsstrukturen.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Bei Camps, Kongressen oder Aktionen sind das meist Plena, in einigen Fällen auch SprecherInnenräte (z.B. Jugendumweltkongress, X-1000malquer) oder formale Führungsgremien (wie die Vorstände in den NGOs, z.T. als Koordinations- oder Steuerungsgruppen verschleiert).

Die immer wieder negativen Erfahrungen mit Dominanzen und zentraler Steuerung sowie das Erleben der strategischen Unterlegenheit basisdemokratischer gegenüber zentralistischen Organisierungsmodellen führt zu ständigen Debatten über die Struktur großer Treffen, Aktionen oder gruppenübergreifender Prozesse. Dabei wiederholen sich oft dieselben Fehler:

● Es wird nach einem Modell gesucht, dass für alle die beste Lösung bringen soll.

● Alle Anforderungen und Probleme sollen durch eine Methode bearbeitet werden.

● Immer bleibt im Kern ein zentrales Gremium und eine kontrollierende Struktur übrig, wenn sie auch in ihrer Form ständig wechselt (Plenum, SprecherInnenrat, Vorstand, Koordinationskreis, Orga-Gruppe usw.)

● Werden Teilfragen ausgelagert, so wird auch dafür wieder ein neues Gremium geschaffen, das zentral zuständig ist.

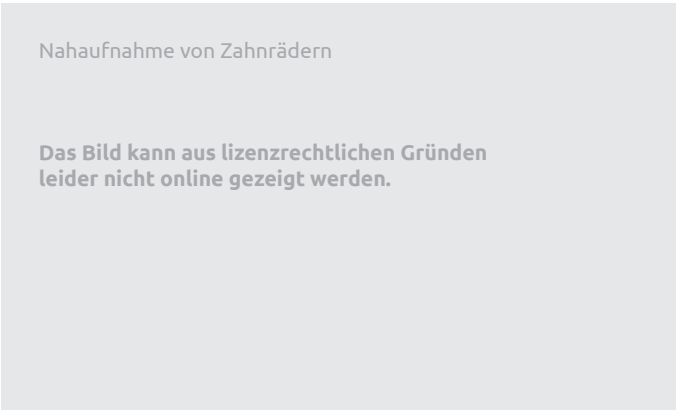
Das Gegenmodell zu solchen Lösungsmodellen muss sehr grundsätzlich mit der Vorstellung brechen, überhaupt ein allumfassendes Organisierungsschema zu finden. Das ist nämlich bereits eine Vorgabe, die dominant wirkt, weil sie die Einigung im Sinne einer Vereinheitlichung durchsetzt. Hierarchiemindernd aber kann nur eine Organisierung sein, die verschiedene (!) Handlungsmöglichkeiten schafft, die gerade Unterschiedlichkeit fördert – und zwar im Sinne echter Möglichkeiten, nicht nur der theoretischen Chance. Ein grundlegendes Modell dieser Art sind die »offenen Plattformen«. Darunter ist zu verstehen, dass Organisierungen nicht mehr von Gremien ausgehen, sondern von allen AkteurInnen gleichermaßen entwickelt werden können.

● Die Gleichberechtigung entsteht durch den für alle möglichen Zugriff auf alle (!) Ressourcen, seien es Adressenlisten (z.B. Presseverteiler), Infrastruktur (Geräte, Technik usw.), Räume, Wissen, Termine usw.

● Die Vielfalt entsteht durch die informelle und technische Möglichkeit, verschiedene Organisierungsansätze auch nebeneinander zu verwirklichen. Das bedeutet: Es geht nicht mehr um die Frage »der« richtigen Organisierung, sondern um eine Vielfalt verschiedener. Die Menschen verwirklichen jeweils »ihre richtige« Struktur zusammen mit denen, die ähnliche oder gleiche Vorstellungen haben.

● Statt eines Nebeneinanders ist das Ziel, dass zwischen diesen autonomen Teilbereichen vielfältige Kooperationen entstehen, seien es gemeinsame Aktionen, gemeinsame Nutzung von Infrastruktur oder anderes mehr. Wichtig ist dabei einerseits, dass keine übergeordnete Ebene diese Kooperationen organisiert bis erzwingt, andererseits aber auch, dass Kooperation gegenüber konkurrierendem Verhalten der einzelnen Teile (exklusive Nutzung von Infrastruktur, Material, Geld, Wissen, Verteiler usw.) als die sinnvollere Form erscheint. Das ist vor allem dann gegeben, wenn alle diese nutzbare Infrastruktur grundsätzlich allen gleichberechtigt zugänglich ist. Wo keine bevorzugten Zugriffsrechte existieren und damit auch außer dem blanken Faustrecht und ähnlichen Ausgrenzungsmethoden keine Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten bestehen, ist die Chance am größten, dass sich die Teilgruppen kooperativ verhalten, also sich über die Nutzung verständigen, die Infrastruktur weiterentwickeln usw. Der Nutzen für andere und die Verwirklichung der Interessen der eigenen Gruppe fallen dann weitgehend zusammen (siehe auch die Theorie der Herrschaftsfreiheit im Projekt »Freie Menschen in Freien Vereinbarungen«, z.B. unter www.herrschaftsfrei.de.vu oder www.opentheory.org/herrschaftsfrei).

Praktisch sind es vor allem zwei Punkte, die eine »offene Plattform« auszeichnen. Erstens der gleichberechtigte Zugang aller zu allen Ressourcen, d.h. Verteilern, Geräten, Räumen usw. Zweitens die Autonomie in der Logik eines gleichberechtigten Neben- und Miteinanders mit anderen Teilen z.B. eines Camps, Kongresses, in einer Stadt oder bei einer Aktion. »Offene Plattformen« ist daher ein spezifisches Organisierungsmodell und kann neben anderen bestehen – muss allerdings durchsetzen, dass es keine äußeren Zwänge auf die interne Organisierung gibt (z.B. darf nicht von außen erzwungen werden, welche Infrastruktur entsteht, dass es Verantwortliche geben muss usw.). Es ist denkbar, dass innerhalb eines Camps, Kongresses, einer Aktion usw. neben »offenen Plattformen« auch noch demokratische, basisdemokratische oder sonstwie ge- und verregelte Teile existieren. Das ist möglich und auch akzeptabel, wenn zwischen diesen Teilen keine Hierarchie herrscht. Die »offene Plattform« muss also eine sichere Autonomie haben und nicht von anderen Teilen, die z.B. Hausrecht haben, abhängen.



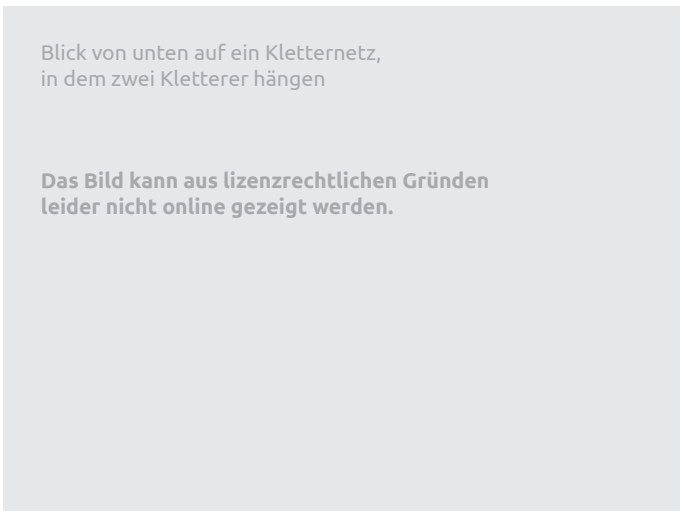
Wie offene Organisierungsplattformen aussehen können, wird noch sehr stark zu entwickeln sein. Es gibt aber bereits einzelne Beispiele aus der Praxis, die zeigen können, in welche Richtung es geht. Viele der bisherigen Beispiele litten unter äußeren Zwängen. »Offene Plattformen« werden zur Zeit in politischen Bewegungen als Fremdkörper wahrgenommen. Es sind Zonen, wo die normalen Dominanzen nicht mehr wirken. Daher versuchen formaldemokratische Gremien oder informelle Eliten, solche »Zonen« wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Beispiele aus den vergangenen Jahren:

Beispiel: Die »Offene Presseplattform« bei den Anti-NATO-Aktionen in München 2002

Dieses erste Experiment lief in München bei den Protesten gegen die NATO-Tagung 1.-3.2.2002. Dort hatten alle die gleiche Infrastruktur und die Adressenliste der JournalistInnen nutzen können. Es gab offene und direkte Begegnungen der daran interessierten AkteurInnen mit der Presse und keine SprecherInnen oder ähnliches. Das Modell funktionierte trotz eingeschränkter technischer Möglichkeiten überraschend gut. Die »Offene Presseplattform« war der einzige spürbare selbstorganisierte Zugang zu den bürgerlichen Medien bzw. Presseorganen, die außerhalb der Bewegungen stehen. Von Seiten der Eliten und formalen Leitungsgremien der Anti-NATO-Bündnisse wurde die Idee nicht unterstützt. Bei nachfolgenden Aktionen, wo ein erneuter Anlauf unternommen wurde, wurde sie sogar ausgegrenzt (Atomforum im Mai 2002 in Stuttgart) oder per Hausrecht (!) verboten (Anti-Castor-Aktionen im Nov. 2002 in Lüneburg und Anti-NATO-Aktionen in München 2003). Die Idee der »Offenen Presseplattform« wird im Kasten genauer beschrieben.

Zeitungen und Internetseiten als offene Plattformen, also ohne Zentralredaktion, Zensur usw.

Zeitungen und andere Medien sind meist von intransparenten Eliten geprägt. Sie kontrollieren, was hineinkommt. Dabei gehen sie unterschiedlich stark sortierend vor, die meisten Medien veröffentlichen nur, was aus ihren Seilschaften, ihrem Verband usw. kommt oder ihre Meinung wiedergibt. »Offene Plattformen« gibt es in Deutschland kaum. Einige sind aber teilweise so organisiert. Das bekannteste Beispiel ist Indymedia, wo einerseits alle gleichberechtigt etwas hineingeben können, andererseits aber in intransparenten Runden und nach nicht inhaltlichen Kriterien entschieden wird, was auf den Titel kommt oder gar im Giftschrank landet. Das wäre anders vorstellbar und auch so veränderbar, dass die NutzerInnen stärker »regeln«, was wie intensiv wahrgenommen wird. Vollständig »offene Plattform« sind etliche Projekte aus der Oekonux-Debatte wie »Open-Theory« (www.opentheory.org) und »Co-Forum« (www.coforum.de). Auch Zeitungen, Radiosender usw. können als offene Plattformen organisiert sein. Einige Freie Radios bieten autonome Sendeplätze, was diesem Prinzip entspricht.



Offene Aktionsplattformen

Bei größeren Aktionen können verschiedene Bereiche als »offene Plattformen« organisiert werden. Dazu gehören die bereits oben genannten Teile, aber auch Aktionsplattformen. Das wären Räume u.ä., in denen Aktionsmaterialien und -möglichkeiten für alle zugänglich lagern und genutzt werden können (je nach Aktion Handwerkzeug, Transpis, Farbe usw.). Zur Zeit sind riesige Aktionsmaterialbestände fein säuberlich nur bestimmten Herrschaftsstrukturen zugänglich. Ein krasses Beispiel ist der Castor-Protest, wo Greenpeace, X-1000malquer und die BI Lüchow-Dannenberg riesige Schätze an Material horten und weitgehend exklusiv für sich einsetzen – genauso wie die Pressekontakte (auf der Medienwiese stehen neben den Wagen der Medien und von Bullen bzw. BGS dann noch die der großen Organisationen, von denen aus dann der Eindruck vermittelt wird, sie würden für die Bewegung sprechen). Der Versuch, beim Castor-Protest Nov. 2002 eine offene Direct-Action-Plattform in Lüneburg zu errichten, wurde von den Eliten des Castor-Widerstandes verboten (!), die dann errichtete Widerstandsbaustelle war von der Idee hier wenigstens ein Stück weit in die Richtung »offene Plattform« – in der Praxis allerdings wurde alles durch Plena und Elitentreffen geregelt.

Politische FreiRäume

Projektwerkstätten und ähnliche Räume sind dann »offene Plattformen«, wenn alle Infrastruktur ohne Einschränkung allen zur Verfügung steht. Dann gibt es keine Besitzrechte mehr und keine Räume einzelner Gruppen. Keine Schlösser und keine Passwörter. Alles, was vorhanden ist dient als Plattform für alle mit ihren Ideen. Das bekannteste Beispiel ist die Projektwerkstatt in Saasen, wo Archive, Bibliotheken, Computerräume, Direct-Action-Werkstätten usw. immer allen offen stehen. Das Haus entwickelt sich ständig weiter durch die dort Agierenden. Es gibt keine formalen Gremien, die sich kümmern, sondern die Möglichkeiten ergeben sich aus dem, was Menschen an Infrastruktur aufbauen. Ständig kommen Ideen und damit neue Möglichkeiten hinzu – leider gibt es auch immer Gruppen und Personen, die durch Klau oder Zerstörung die »offene Plattform« wieder einschränken (Klau bedeutet in diesem Fall dann Reprivatisierung!). Mehr unter www.projektwerkstatt. de/saasen.

Camps, Kongresse ...

Das Prinzip der offenen Plattformen lässt sich gut auf alle größeren Veranstaltungen übertragen. Diese werden höchstens noch als organisatorischer Rahmen (Verpflegung, Infrastruktur, Übernachtungsplätze usw.), hinsichtlich der Koordinierung und des Infoaustausches während der Veranstaltung sowie für die Öffentlichkeitsarbeit (Werbung im Vorfeld usw.) in einer allgemeinen Organisationsgruppe/-struktur durchgeplant. Ansonsten bilden sich voneinander unabhängige, aber miteinander kooperierende eigenständige Teile.

Beispiel Zeltlager: Es gibt verschiedene Bereiche mit Zelten, darunter auch die ohnehin bereits oft verwirklichten Frauen-Zeltbereiche, eigenständige Campteile für Kids usw. In allen Teilen gibt es Platz für eigene Zelte, Gemeinschafts-Schlafzelte und mindestens ein Zelt/Raum für öffentliche Aktivitäten/Angebote. Die Menschen in jeder »autonomen area« legen selbst fest, wie sie miteinander leben und entscheiden wollen (Ruhezeiten, eigene Verpflegung oder Mitmachen an Gesamtstruktur, Plena oder nicht usw.). Zudem verwirklicht sie in eigener Regie mindestens einen offenen Bereich – im öffentlichen Zelt/Raum. Das kann ein Cafe, eine Vokü, ein Workshopszelt, eine Direct-Action- oder Kunstplattform oder was anderes sein. Gut wäre, wenn in der Gesamtstruktur noch weitere Räume/Zelte vorhanden wären, falls irgendwo mehr Projekte verwirklicht werden. Diese öffentlichen Räume sollten auch tatsächlich für alle auf dem Camp/Kongress zugänglich sein. Ihre Summe ist der Kongress! Kooperationen aller Art werden zwischen den »autonomen Areas« direkt vereinbart. Statt Plena prägt eine vielfältige Menge freier Vereinbarungen »autonomer areas« das Geschehen.

Optimal wäre, wenn auch die »areas« selbst den Infoaustausch und Koordinierung zu ihrer Sache machen würden, also z.B. eine »area« (oder einige zusammen) einen Austauschpunkt (z.B. verbunden mit einem Cafe ... siehe Open Space: Info-Marktplatz) schafft, Infoplena der Interessierten u.ä. von »areas« vorbereitet werden, eine Campzeitung irgendwo entsteht usw.

Soweit gemeinsame Aktivitäten nötig bleiben (Kloputzen & Co.) können sie rotierend Tag für Tag einzelnen »areas« auferlegt werden, die selbst klären, wie sie das jeweils erledigen.●

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Plattformen schaffen ... überall!

Wir würden solche Plattformen gerne auch auf anderen Kongressen, Camps oder zu bestimmten »Events« aufbauen. Ziel ist, die Handlungsfähigkeit von Menschen und Basisgruppen zu stärken und kreativen Widerstand zu verbreiten – als Gegengift zu langweiligen Latschdemos, Elite-Strukturen und Selbstisolierung unabhängiger Gruppen. Falls du bzw. ihr Bock habt, genaueres zur Idee zu erfahren, so etwas mit zu entwickeln, dabei zu sein oder bestimmte Bereiche aufzubauen, lasst es uns wissen ... denn D-Land braucht deutliche Schübe in puncto kreativem Widerstand & hierarchiefreier Organisierung!

Ansonsten: Schnuppert mal rein & nutzt die Plattform für eure Ideen!

Kontakt zu Beteiligten an der DA-Plattform:
1. Vor dem Camp und überhaupt immer: ...
2. Auf dem Camp eben am Zelt sowie per Handy: ...●

OFFENHEIT

Freiräume

Die Raumfrage

Woher nehmen? Wer dauerhafte Freiräume aufbauen will, stößt oft an eine Frage: Häuser und Grundstücke kosten in diesem Land, wo alles der Eigentumslogik unterworfen ist, Geld. Oft viel Geld. Das ist zwar unterschiedlich je nach Zahl der leerstehenden Gebäude in einer Region, aber an vielen attraktiven Stellen fehlt es an Häusern und Räumen, die für solche Ideen nutzbar gemacht werden können. Im folgenden sollen einige Möglichkeiten für Räume und Plätze benannt werden – aufsteigend von den aus formaler Sicht »üblichen« Formen bis zu Besetzung und Kauf.

Einzelne Räume

Interessante Freiräume können bereits in einzelnen Räumen entstehen – und die finden sich manchmal dort, wo Interesse an solchen Ideen besteht oder die Auslastung in den letzten Jahren zurückgegangen ist, z.B. in einem Jugendzentrum, Gemeindehaus (eventuell auch bei Kirchen?), in anderen öffentlichen Gebäuden, leeren Schulräumen/-trakten, Umwelt- oder Initiativenzentren, BürgerInnenhäusern, ehemaligen Back- und Gefrierhäusern, ehemaligen oder nur noch teilweise ausgelasteten Fabriken usw. Auch in vielen Privathäusern sind Keller oder Dach frei. Viele solcher Lösungen können ein Einstieg in mehr sein.

Direct-Action-Raum auf dem JUKKS 2004/2005

Wenn erst mal die Arbeit richtig läuft, können noch weitere Räume oder eine andere Lösung gefunden werden. Geachtet werden sollte aber, die Offenheit des Raumes zu garantieren, um nicht schon in der Anfangsphase an Zwistigkeiten mit Eigentümern oder sonstigen HausrechtsinhaberInnen zu scheitern: Die Räume müssen offen für alle sein, in ihnen wird Stück für Stück Arbeitsmaterial gesammelt, das allen zugute kommt. Treffpunkte nur für bestimmte Klientel oder Gruppen sind auch gut, aber kein Freiraum, sondern schnöder Vereinstreff. Auch wenn es sich anders nennt und gibt.

Mitnutzung von Räumen anderer

Es gibt Einrichtungen und Organisationen, die Räume mit ähnlichen Merkmalen schon aufgebaut haben, so dass hier eventuell eine Mitnutzung und -gestaltung vorhandener Einrichtungen in Frage kommt. Beispiele sind: Bibliotheken, einige autonome, Kultur- oder Ökozentren, wo nicht kleine Clans alles kontrollieren, Büros alternativer Medien, Umsonstläden, Musikwerkstätten, soziale Einrichtungen wie Jugendwerkstätten oder Experimente wie das Unperfekthaus in Essen. Kontakte zum »Gastgeber« entstehen dort oft sehr einfach. Meist gibt es zudem schon ein »Laufpublikum«, das gleich mit angesprochen werden kann. Nachteilig kann die Abhängigkeit vom »Gastgeber« sein, die eventuell durch einen langfristigen Nutzungsvertrag zu reduzieren ist. Sind die Räume nicht separat zugänglich, kann es Schwierigkeiten geben, außerhalb der sonstigen Öffnungszeiten die Freiräume zu nutzen.

Initiativenzentren

In Initiativenzentren, Bildungsstätten, Freizeiteinrichtungen, kirchlichen Gebäuden, Gemeinschaftsbüros usw. ist oft noch Platz in ein bis zwei Räumen. Arbeitsräume, Bücherei usw. sind vielleicht ohnehin da und können mitbenutzt werden. Meist sitzen in solchen Einrichtungen noch andere Verbände oder Gruppen, mit denen Gemeinschaftsprojekte laufen können. Oft ist auch das »Betriebsklima« gut, Ausstattungen anderer können mitgenutzt werden.

Ein Haustürschlüssel wird ins Schloss gesteckt

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Allerdings sind viele dieser Zentren räumlich sehr eng, da Initiativen keine großen Geldmittel haben. Es kann auch hier Ärger geben mit bürokratisch veranlagten FunktionärInnen anderer Gruppen – gerade wenn (was ja gewollt ist) in den Freiräumen ein vielfältiges Kommen und Gehen ohne Kontrolle stattfindet.

Firmengebäude

Viele Firmen in älteren Gebäuden (d.h. auch gerade innerhalb von Städten) können oder wollen große Teile nicht mehr nutzen. Das bietet Möglichkeiten, kostengünstig, kostenfrei oder gegen Spendenbescheinigung Räume umzugestalten für neue Ideen. Ein Ausbau in Eigenarbeit ist in der Regel nötig. Besonders günstig sind solche Firmen, mit denen neben der Raumnutzung noch weitere Gemeinsamkeiten entstehen können also z.B. bei Firmen im ökologischen Bereich, Druckereien, ökologische Handwerksfirmen, Zentren mehrerer Kleinfirmen, Entwickler oder Technologiezentren sowie auch Technikfirmen oder andere, die direkt bei der Ausstattung der Projektwerkstatt bzw. der Projektarbeit helfen können. Die Gefahr der Abhängigkeit kann durch einen langfristigen Nutzungsvertrag entschärft werden.

Immer nötig: Abhängigkeit vermeiden!

Wer Freiräume dort schaffen will, wo Hausrecht weiterhin besteht und jederzeit angewendet werden könnte, sollte diese Rahmenbedingungen gründlich prüfen und so regeln, dass die Autonomie und Offenheit des Freiraumes

Fortsetzung auf Seite 10

PROJEKTWERKSTÄTTEN

Blick zurück ... und nach vorn?

Die Idee der Projektwerkstätten hat bereits Geschichte. Sie entstanden ab 1990 aus der damals ziemlich großen Jugendumweltbewegung. Die hatte sich ab 1985 in den Umweltverbänden entwickelt und vor allem die Jugendverbände geprägt. Als 1989 bundesweit die Jugendumweltarbeit durch die neu entwickelten Ziele und Arbeitsformen wie der Absage an Hierarchien und Verbandsmeierei, eine neue Radikalität in Inhalten und Aktionsformen sowie der grundlegenden Idee der Projektfreiheit prägend wurde, zogen die verkrusteten und staatsnahen Vorstände der Umweltverbände die Notbremse und schmissen die projektorientierten Jugendumwelt-Aktiven raus.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Die organisierten sich fortan außerhalb der Verbände neu – vor allem in der neuen Idee der Projektwerkstätten. Der folgende Text stammt aus der damaligen Zeit und zeigt die Grundideen Anfang der 90er Jahre ca. 50 bestehenden Projektwerkstätten, von denen viele ihre anfängliche Schwerpunktsetzung auf Ökologiethemen hin zu einer offenen Plattform für alle Themen und Gruppen veränderten.

Eine Bürgerinitiative gründet sich. Die Sache läuft gut, es werden schnell 20 Leute. Das Thema ist ein bisschen heikel, Konflikte mit den Stadtoberen sind zu erwarten. Warum findet sich nicht so schnell ein Raum? Die öffentlichen BürgerInnenhäuser sind angeblich ausgelastet, auch in Kirchenhäusern soll kein Raum mehr frei sein. Viel Zeit und Kraft geht verloren. Wie schön wäre es, wenn jetzt ... ? Szenenwechsel. Eine örtliche Gruppe eines Naturschutzverbandes hört von einem Straßenneubau. Wie kann mensch sich dagegen wehren? Was steht in den Gesetzen? Eine gut ausgestattete Umweltbibliothek wäre jetzt goldrichtig. Aber die nächste ist in der 74 Kilometer entfernten Großstadt ... Und noch mal: Eine plötzliche Entwicklung an einem dritten Ort. Fotos sollen entwickelt und ein Flugblatt layoutet werden. Aber wo? Bei Günther und Antje steht ein Fotolabor rum, aber die sind gerade in Urlaub. Schade ...

Aktionsplattformen

Es kostet Kraft und Zeit, für jedes Projekt wieder neue Arbeitsmöglichkeiten aufzubauen (oder wegen fehlender zu scheitern). Die Alternative ist einfach und klar: Am besten sofort, auch ohne drängendes Problem im Rücken, und am besten gemeinsam mit anderen Gruppen ein offenes und unabhängiges Zentrum aufbauen, in dem für alle Arbeitsmöglichkeiten bereitstehende Räume für Treffen, eine Bibliothek, Arbeitsgeräte wie Kopierer, Fax, Computer, Layoutarchive, Werkzeug, Farben, Fotolabor usw. Seit Jahrzehnten schon wurden Umweltzentren, Naturschutz-Infozentren oder ähnliches geschaffen, um auf Dauer eine Einrichtung zum Arbeiten und für die Öffentlichkeitsarbeit zu haben. Etliche Fehler haben sich dort aber wiederholt, so dass aus dem Anfangsschwung nur selten etwas Dauerhaftes wurde.

Seit 1990 ist in verschiedenen Orten systematisch der Aufbau von »Aktionsplattformen«, wie sie sich nennen, betrieben worden. Ca. 40 solcher offener Räume sind entstanden. Die Räume und Häuser mit ganz verschiedenen Namen verstehen sich als Projektwerkstätten. Das Wort ist Programm: Werkstätten, in denen an Projekten gearbeitet werden kann. Sie können überall entstehen, genauso wie weitere Umwelt oder Naturschutzzentren. Wichtig ist, dass einige Grundsätze beachtet werden, sonst werden Projektwerkstätten, Ökozentren usw. schnell zu Vereinsheimen, Geschäftsstellen oder Naturmuseen ohne Nutzen für die konkrete Arbeit.

Vielfalt ist möglich!

Sehr verschiedene Namen und Formen von Aktionsplattformen sind möglich. Sie reichen von einzelnen Räumen bis zu ganzen Häusern, von alleinstehenden Einrichtungen bis zu Räumlichkeiten, die Teil eines größeren Projektes, z.B. einer Kommune, eines Kulturzentrums, eines Initiativenzentrums, einer Bildungsstätte u.ä. sind. Vier verschiedene Typen, die so oder ähnlich schon bestehen, sollen kurz beschrieben werden. Kaum eine Einrichtung erfüllt schon heute die Grundsätze, eine Verbesserung der Arbeitsstruktur ist daher überall nötig.

Die Grundsätze

Projektwerkstätten (oder Umweltzentren o.ä., die die gleichen Ziele verfolgen) sind Räume, manchmal ganz Häuser. Arbeits- oder Aktionsplattform könnte mensch ebenso gut zu ihnen sagen. Hinter ihnen stecken Ideen, die in jedem Ort von Nutzen sein könnten. Nachfolgend werden die wichtigsten Eckpfeiler einer Projektwerkstatt dargelegt. In der Praxis gibt es nicht *die* Projektwerkstatt. Je nach Platz und Einrichtungen variiert das Angebot der verschiedenen Werkstätten.

● **Infrastruktur für die konkrete Arbeit:** Bücher, Arbeitsgeräte und vieles mehr, was in verschiedenen Gruppen vorhanden ist, werden in der Projektwerkstatt zusammengefügt. Gemeinsam kümmern sich alle um die weitere Verbesserung der Infrastruktur. So entsteht eine Plattform, die für alle Gruppen große Vorteile bildet. Von den Geräten bis zu Presseverteilern, Adressensammlungen, ReferentInnenkarteien reicht die Palette der Materialien, die von allen genutzt werden können.

● **Projektfreiheit:** Ein wichtiger Grundsatz von Projektwerkstätten ist die Selbstbestimmung aller Gruppen. Arbeitsform und -inhalte werden selbst festgelegt. Die Koordination wird auf das Mindeste begrenzt (z.B. auf Pläne, wer wann welchen Raum nutzt, um Doppelbelegungen zu vermeiden). Durch die Projektfreiheit wird die Bürokratie erfolgreich bekämpft. Außerdem entsteht eine höhere Flexibilität, denn Projektgruppen können auf aktuelle Vorgänge viel schneller reagieren als schwerfällige Apparate (z.B. Vorstände). Das Ziel bei der Gründung von Projektwerkstätten war bisher immer, die Projektfreiheit uneingeschränkt zu entwickeln. Keine Gruppe wird kontrolliert. Meinungsunterschiede werden ebenso direkt angesprochen wie Kooperationsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Projektgruppen. Gremien zur Kontrolle oder Koordination entfallen.

● **Abbau von Hierarchie:** ChefInnen, Vorstände, Dienstvorgesetzte usw. sind in Projektwerkstätten verpönt. Die einzelnen Menschen bzw. die Projektgruppen agieren selbständig. Was alle angeht, wird im Werkstattskollektiv besprochen, möglichst im Konsens. Was aber nicht alle angeht, darüber entscheiden nur die, die daran beteiligt sind (in der Regel die Projektgruppen). Zuständigkeiten werden aufgeteilt (z.B. Betreuung der Bibliothek oder einzelner Werkstätten), dann aber den daran arbeitenden Personen die Freiheit gelassen, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Mit dem Streben um den Abbau von Hierarchien wird der Wunsch verbunden, auch die sonst typischen Rangfolgen zwischen Männern und Frauen, Studierten und Nichtstudierten, Deutschen und Nichtdeutschen, Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern abzubauen. Wo etwas nicht zusammenpasst, entstehen zwei (oder mehr) Gruppen, die wieder gleichberechtigt nebeneinander stehen.

● **Unabhängigkeit:** Niemand weiß, welche Projektideen und politischen Initiativen einmal entstehen werden. Es wäre schade, wenn ein wichtiges Projekt daran scheitert, dass dann z.B. der/die HauseigentümerIn (Stadt, Kirche, anderer Verein etc.) der Projektwerkstatt den Rauswurf androht, bzw. umgekehrt, und wenn wegen eines Projekts die Zusammenarbeit in der Projektwerkstatt zerbricht. Unabhängigkeit wird schon dadurch gestärkt, dass möglichst alle Einmischungen von außen gemeinsam abgewehrt werden, selbst wenn die betroffene Gruppe nicht die eigene Meinung vertritt. Diskussionsforen werden in der Projektwerkstatt geschaffen, jedenfalls nicht mit Außenstehenden gegen andere in der Projektwerkstatt gekungelt. Genauso wichtig ist aber, die Plattform möglichst unabhängig zu gestalten. Das Haus oder die Räume sollten langfristig nutzbar und möglichst unkündbar sein. Möglich ist das durch die vertragliche Absicherung oder Kauf eines Gebäudes. »Ohne Chef und Staat« heißt folglich zusammengefasst das Motto der Projektwerkstatt. Nicht unbedingt »gegen«, aber eben so, dass es auch ohne geht. Wer heute für wirksame Umweltschutzmaßnahmen eintritt, gerät fast zwangsläufig in den Konflikt mit PolitikerInnen, Wirtschaft und zunehmend größeren Teilen der Bevölkerung. Da gilt es vorzusorgen, damit keine Erpressung, z.B. durch Entziehung von Geldquellen oder Räumlichkeiten, möglich ist. ●

Hinweis: Der Text stammt aus der »Aktionsmappe Umwelt«, einer umfangreichen Arbeitshilfe für die praktische politische Arbeit vor Ort, vor allem für Umweltgruppen, -zentren usw. A4- Ordner, 15 EUR bei www.aktionsversand.de.vu.

VORGESTELLT: STIFTUNG FREIRÄUME

Freiräume

Öffentliche Räume sichern!

Der Republik quadratmeterweise die Wirkungsmöglichkeiten von Eigentums- und Verwertungslogik, Haus- und Ordnungsrecht zu entziehen, ist eine Strategie politischer Widerständigkeit verbunden mit der Organisierung von mehr eigenen Handlungsmöglichkeiten. Jeder Ort, jede Region braucht als eine Form politischer Aktion offene und unkontrollierte Freiräume – frei von Papi Staat, frei von Finanzzwängen, frei von internen Hierarchien, Mackerigkeit und Kontrollgelüsten. Um das zu erreichen, gibt es viele Ansätze und Möglichkeiten, nur wenige aber werden ausprobiert.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Ein recht neuer Versuch sei vorgestellt: Mit subversiven Ideen der Sicherung von Eigentumsliquidierung will die *Stiftung Frei-Räume* versuchen, Eigentumsrechte zu liquidieren. Kein Rechtsträger und keine natürliche Person soll durch das Eigentum über besondere Einflussmöglichkeiten verfügen. Das Eigentum ist zu neutralisieren. Dieses kann nicht eine Stiftung allein schaffen – solches wäre Augenwischerei, denn die Stiftung ist selbst eine handelnde Person mit konkreten Personen an der Spitze. Die Neutralisierung des Eigentums entsteht durch den Vertragsabschluss zwischen der Stiftung (entweder als Eigentümerin oder als Mitgesellschafterin in der Hauseigentümer-GmbH) und den NutzerInnen oder Personen/Gruppen im Projekt (z.B. ein Verein). Dort, im Autonomie- oder Gesellschaftervertrag, wird das Projekt beschrieben, die konkrete Form der Entscheidungsstrukturen und der öffentliche Raum innerhalb des Projektes festgeschrieben. Der Vertrag ist einseitig unkündbar. Die Stiftung überträgt der in diesem Vertrag genannten Entscheidungsstruktur die Besitzrechte auf die NutzerInnen – damit ist ein offener Raum geschaffen und vormals Privates frei zugänglich.

Die Ideen der Stiftung sind offen, dürfen übernommen, diskutiert und verändert, weiterentwickelt und ausprobiert werden. Neben eigenen Projekten und konkreten Kooperationen soll es auch einen Austausch mit ähnlichen Projekten, Stiftungen usw. geben.

Die Stiftung will zudem mitwirken bei der Vernetzung und Organisierung gegenseitiger Unterstützung zwischen politischen Frei-Räumen – Häuser, Zimmer, Wagen, Plätze, Camps, Veranstaltungen, Plattformen und vieles mehr.

Offene Räume schaffen und sichern

Aus der Selbstdarstellung der Stiftung auf www.stiftung-freiraeume.de.vu: »Als prägendes Merkmal der Idee von Freiraum verstehen wir die Idee des offenen Raumes, d.h. einem Bruch mit der die gesamte Gesellschaft prägenden Normalität einer »Nicht-Horizontalität«. Die Menschen sind dort nicht gleichberechtigt und die Räume von Aktion und Interaktion durchzogen von Dominanzen, Verregelungen und Vorbehalten. Das Experiment des offenen Raumes verzichtet auf die Verregelung des Teilnehmens am offenen Raum und der Nutzung von Handlungsmöglichkeiten (Know-How, Infrastruktur usw.).

Aus dieser Orientierung, d.h. dem Verzicht auf Entscheidungsstrukturen, die die Nutzung der offenen Räume beschränken und konkrete Personen oder Gruppen ausgrenzen können als Kollektivakt, entstehen spezifische Fragen, Probleme usw. Diese zu erörtern, Lösungen und Ideen zu finden für das Experiment horizontaler Organisierung und angestrebter Herrschaftsfreiheit, soll ein Gegenstand des Austausches über die Mailingliste und – hoffentlich – auch noch andere Formen der Vernetzung sein (gegenseitige Besuche, Unterstützung, Seminare, Treffen usw.). Ein weiterer Punkt soll die gegenseitige Hilfe sein. Manch ein Projekt hat von etwas sehr viel, ein anderes wenig. In einem Projekt fehlt handwerkliches oder anderes Know-How, woanders wohnt/agiert jemand, der es hat. In einem Projekt ist mal sehr viel Kraft nötig – vielleicht helfen welche aus einer anderen Stadt oder einem anderen Projekt??? Das und anderes könnte ein Netzwerk FreiRäume bringen. Was tatsächlich passiert, ist Sache der Beteiligten.«

Beispiel für ein Projekt der Stiftung FreiRäume

Als erstes Gebäude soll die Projektwerkstatt in Saasen in den Besitz der Stiftung übergehen. Die dafür notwendigen Verträge sind erarbeitet, zur Zeit fehlt nur noch die Übertragung des Eigentums. Kernstück ist der sog. »Autonomievertrag«, der zwischen Stiftung, bisherigem Trägerverein der Projektwerkstatt und den NutzerInnengruppen, die das wünschen, abgeschlossen wurde. Die folgenden Auszüge stammen aus diesem Autonomievertrag.

Autonomievertrag – Auszüge aus § 1 bis 3

... Die Fläche und die Gebäude sollen als offener Raum für die selbstorganisierte, unabhängige und hierarchiefreie, kulturelle und politische Arbeit dienen. Die Stiftung

Foto: Chr. Ditsch/Version

stellt die Fläche und die Gebäude/Bauten/Wagen den NutzerInnen und NutzerInnengruppen, die diesen Vertrag unterzeichnen, sowie allen weiteren Gruppen und Menschen, die sich nach diesen Ideen im Haus betätigen wollen, zu den in diesem Vertrag festgelegten Bedingungen zur Verfügung. ...

Folgende öffentliche Nutzung wird durch diesen Vertrag festgelegt und garantiert:

1. Das beschriebene Grundstück ist offen für alle Menschen und Gruppen, die hier nach ihren Ideen tätig sein wollen.

2. In den Gebäuden befindet sich eine offen nutzbare Infrastruktur für kulturelle und politische Aktivitäten. Diese kann von der konkreten Ausstattung nach dem Willen der Beteiligten im Wandel begriffen sein, jedoch darf sie nie der offenen Nutzung entzogen werden. Als Entzug gilt das Betretungsverbot, der Erlaubnisvorbehalt gegenüber Einzelnen und Gruppen, die Privatisierung, die faktische Schließung oder die Kommerzialisierung bzw. andere Formen, Betreten und Nutzung nur bei Gegenleistung zu ermöglichen. Davon unberührt ist die Regelung der Erstattung von Kosten, die durch die Nutzung des Hauses und seiner Einrichtungen tatsächlich entstehen (Strom, Wasser, Gebühren).

3. Teil des öffentlichen Raumes sind Räume, die den Aufenthalt von Gastgruppen und Gästen erst möglich machen (Übernachtungsplätze, Küche, Sanitäranlagen, Gruppenräume). Diese werden durch die NutzerInnen und NutzerInnengruppen gemeinsam erhalten und weiterentwickelt.

4. Ausnahme sind der erste Stock und der Dachraum im Wohnhaus (vorderes Haus an der Straße). Diese Räume können von den sich für mehrere Tage oder unbestimmte in der Projektwerkstatt aufhaltenden und die Projektwerkstatt gemeinsam aufrechterhaltenden Personen gemeinsam und unabhängig gestaltet werden. Dazu gehört auch die Entscheidung über die Offenheit der Räume. Offene Einrichtungen und Ausstattung der Projektwerkstatt dürfen allerdings nicht durch Verlegung in nicht offene Räume der offenen Nutzung entzogen werden, sondern müssen auch dort zugänglich bleiben. ...

Die NutzerInnen und NutzerInnengruppen leben und agieren auf der beschriebenen Fläche sowie in den beschriebenen Gebäuden/Wagen der Stiftung im Rahmen dieses Vertrages in voller Autonomie und in voller Eigenverantwortung. Ausnahme ist die in § 2 genannte Garantierung der öffentlichen Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Flächen, Gebäuden oder Materialien. Die Nutzbarkeit und Offenheit der »Projektwerkstatt« darf weder durch eine Einschränkung der Zugänglichkeit noch durch die private Aneignung der Materialien eingeschränkt werden. Die Stiftung kann für alles, was auf der Fläche geschieht bzw. von dieser ausgeht oder mit der Ausstattung durchgeführt wird, nicht haftbar oder sonstwie verantwortlich gemacht werden. Haftende sind immer die unterzeichnenden NutzerInnen, NutzerInnengruppen oder von diesen beauftragte Personen oder Gruppen, wobei die Regelung der Übertragung von Autonomierechten und Verantwortung Sache der NutzerInnen und NutzerInnengruppen ist. ...

Die UnterzeichnerInnen dieses Vertrages sind sich einig, dass die »Projektwerkstatt Saasen« als offenes Projekt nicht mit bestimmten politischen Positionen oder Meinungen aller Art nach außen treten kann. Gleichzeitig sind alle in der »Projektwerkstatt« aktiven Personen und Gruppen frei, in ihrem Namen oder ohne Namen nach ihrer Auffassung nach außen zu treten. ...

Die NutzerInnen und NutzerInnengruppen verpflichten sich, nichthierarchische Entscheidungsstrukturen zumindest bei allen Dingen, die diesen Vertragsgegenstand betreffen, zu schaffen. Der Abbau von Dominanz, die Selbstbestimmung und Autonomie der Menschen und ihrer Zusammenschlüsse ist erklärtes Ziel der mit diesem Vertrag beschriebenen Dinge.●

Kontakt: Stiftung FreiRäume
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen
oder c/o Umsonstladen, Brunnenstr. 183, D-10119 Berlin
Tel. 06401/90328-3, Fax -5,
www.stiftung-freiraeume.de.vu

Ein Fallschirmspringer auf einem Snowboard, mitten im Flug

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 9

gesichert ist. Die Idee des Freiraumes basiert ja gerade darauf, dass Menschen sich auch darauf verlassen, dass die Räume unbeschränkt zugänglich sind und das z.B. von ihnen in den Raum bereitgestellte oder organisierte Material auch für sie nutzbar bleibt. Hausrecht kann das ständig gefährden. Das sinnvollste Mittel dagegen ist der Autonomievertrag, der als Vertrag, Erklärung oder ähnliches verfasst und von vielen Beteiligten unterzeichnet sein muss einschließlich des Hausrechtsinhabers mit dem Inhalt, dass das Hausrecht nicht angewendet wird, um Menschen den Zugang zu den Räumen und zur Nutzung der Einrichtung zu beschränken.

Eigenes Haus

Ein eigenes Haus bleibt für viele der Traum. Darin können alle Werkstätten eingerichtet werden, es bleibt Platz für Gruppentreffen, Übernachtungen usw. Zudem könnte auch eine Wohngemeinschaft untergebracht werden, die ansprechbar ist. So ist die Werkstatt fast ständig offen. Theoretisch wäre dann alles machbar, was räumlich geht und finanziert werden kann. Die Abhängigkeit von außen ist sehr gering und beschränkt sich auf die Macht der Behörden. Sehr wohl ist aber auch ein Freiraum als eigenes Haus immer in der Gefahr geschlossen zu werden. Denn in vielen Fällen sind es die früheren GründerInnen von offenen Projekten sowie neu Hinzugekommene, die sich irgendwann nach Ruhe sehnen, unerwünschte Personen herausdrängen wollen u.ä. Dann ist auch hier wichtig, dass ein Autonomievertrag den offenen Status gegen die innere Hausrechtsausübung garantiert. Nachteil ist zudem, dass Hauskauf und -renovierung, laufende Kosten und Ausstattung teuer sein können. Zuschüsse sind heute kaum noch zu bekommen. Einige erfolgreiche Finanzierungsmodelle zeigen aber, dass diese Hürde genommen werden kann, z.B. das Mietshäusersyndikat (www.syndikat.org).

Häuser besetzen

Kein Geldproblem gibt es dort, wo Häuser besetzt werden. Politisch betrachtet, ist die Aneignung ungenutzter Gebäude ohnehin optimal. Allerdings reagiert Papi Staat, z.T. in Kumpanei mit Verwertungsinteressen, meist weniger begeistert. Eine militärisch anmutende Logik der Auseinandersetzung mit dem an Ressourcen immer überlegenen Staat ist wenig aussichtsreich. Wer Freiräume schaffen will durch das Aneignen von Häusern, kann zudem ohnehin selbige nicht zu Festungen ausbauen, weil dann nicht nur Polizei, sondern auch mögliche NutzerInnen ausgesperrt bleiben. Eine Kontrolle und Einteilung in »gute und böse« BesucherInnen würde der Idee von Freiraum diametral entgegenstehen (leider sind fast alle politischen Zentren trotzdem von dieser Logik durchzogen, weil auch hier Führungsgruppen ihre Interessen durchsetzen wollen). Sinnvoller erscheint, Häuserbesetzungen sehr offensiv als offene Räume zu organisieren und sofort zumindest Teile von Haus und Grundstück auch öffentlich zugänglich zu machen, nutzbare Einrichtungen zu schaffen, um in kurzer Zeit zu einem sozialen Treffpunkt zu werden, auf den ein Angriff der Staatsmacht einen politischen Konflikt schafft, der entweder diesen Raum sichert oder die Debatte um andere Räume vorantreibt.

Wagenplätze

Alles Gesagte trifft nicht nur auf Gebäude, sondern auch auf Plätze mit Bauwägen u.ä. zu. Immer können auch Wägen zu offenen Räumen umgestaltet werden – die Orientierung auf rein privatsphärenorientiertes Nebeneinander von Nischigkeit auf Bauwagenplätzen ist kein Naturgesetz.

Öffentliche Plätze & Co.

Als politische Aktionsform können offene Räume auch zeitweise dort eingerichtet werden, wo sonst Ordnungsrecht und Verwertungslogik herrschen. Plätze in Innenstädten können besetzt oder über Demonstrationsrecht für eine begrenzte Zeit als »Gegenwelten« organisiert werden – z.B. mit Zelten, Bauwägen u.ä. Ein Beispiel dafür war das Utopie-Camp im Sommer 2003 in Gießen, wenn auch stark eingeschränkt durch massive Bullengewalt und zwei Demonstrationsverbote (www.projektwerkstatt.de/gav/texte/uto_zelt01.html).

Zeitweise offene Plattformen auf Camps, Kongressen ...

Gleiches gilt für alle Kongresse, Camps usw. Üblicherweise werden auch hier – trotz politisch anderslautender Parolen – interne Hausrechtsverhältnisse geschaffen. Es gibt zentrale Cliquen bis Plena, die entscheiden, wer da sein darf, was gemacht werden darf und wer gehen muss. Traum wäre, diese Logiken von zentraler Entscheidungsfindung ganz zu ersetzen. Bis dahin steht offen (durchaus auch in Absprache mit vielen VeranstalterInnen möglich) autonome Freiräume zu organisieren, in denen Ausgrenzung grundsätzlich ausgeschlossen und ein unbeschränkter Zugang für alle garantiert ist. Ideen dazu wurden in der CONTRASTE-Ausgabe März 2005 vorgestellt. Zudem finden sie sich unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/grossetreffen.html).

Politisches & Lebensprojekt

Nur selten findet sich die endgültige Lösung sofort. Nachdem erste Erfahrungen da sind, kann aus einem kleinen Projekt auch mehr werden. Die weitestgehende und von der Vielfalt der Möglichkeiten beste Lösung ist ein eigenes Haus oder Gelände, in dem auch noch Leute wohnen, die die Idee mittragen. Da Hauptamtliche weder zur Idee der gleichberechtigten und offenen Arbeit passen noch finanzierbar sind, hilft es, ein Haus auch tatsächlich offen zu halten, wenn fast ständig Leute da sind – z.B. durch die Kombination mit einem Wohnbereich. Allerdings – das kann nicht oft genau gesagt werden – muss die Autonomie und Offenheit des Freiraumes klar gesichert werden. Es sind fast immer die »eigenen Leute«, die am Ende die Offenheit durch Etablierung, Privatisierung, Hausrecht, politische Grabenkriege mit Ausgrenzungen usw. wieder zerstören.●

Jörg Bergstedt, Redaktion Umweltschutz von Unten

HEUSCHRECKENPARADIES DEUTSCHLAND

Politrentner als Heuschrecken

Um dem Vorwurf, antisemitisch zu sein, gleich von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen, befasse ich mich zu Beginn mit einer Investoren-Heuschrecke, die keinen »jüdischen Namen« trägt – mit der US-amerikanischen Carlyle Group (1): ein Grashüpfer in feinstem New-England-Zwirn. Geleitet wird das Unternehmen seit 2003 von Louis V. Gerstner (zuvor von Frank Carlucci, US-Verteidigungsminister unter Ronald Reagan). Besonders pikant: Als Chefberater fungierte bis 2003 George Bush senior. Sein Außenminister James Baker ist bis heute mit von der Partie. Das Europageschäft der Carlyle Group leitete bis vor wenigen Jahren der britische Ex-Premier John Major, der heute immer noch beratend für das Unternehmen tätig ist.

von Andrea Noll, ZNet ● Der Carlyle-Club pensionierter (konservativer) Politstars ist vielseitig und verfügt auch über eine Rüstungssparte. 2002 – ein Jahr vor der US-Invasion im Irak also – schloss die US-Regierung mit Carlyle Rüstungsaufträge über 1,4 Milliarden Dollar ab (für weitere Informationen siehe Michael Moores »Fahrenheit 9/11«). »Der Konzern stieg zum zwölftgrößten Rüstungspartner der Bushregierung auf. Die Anti-Korruptionsorganisation »Judicial Watch« kritisiert die Geschäftsbeziehungen von Vater und Sohn. Der Vorwurf lautet: Vater Bushs Geschäfte mit Saudi-Arabien könnten die Nahostpolitik seines Sohnes beeinflussen.« (1) Natürlich ist die Carlyle-Gruppe auch einer der größten Profiteure des Irakkriegs – bzw. der Irakbesatzung (die Carlyle-Gruppe lieferte nicht nur die Mittel zur Zerstörung sondern auch die zum Wiederaufbau). Sie pflegt gute Geschäftsbeziehungen zum Bin-Laden-Clan, der eines der weltweit größten Bauunternehmen besitzt. In den USA wird in Zusammenhang mit Carlyle nur von der »BushLaden Group« gesprochen.

Carlyle ist als Investor einer dieser Heuschrecken, die, laut Müntefering, seit geraumer Zeit über Deutschland herfallen. Ein Beispiel für die Umtriebe der Carlyle Group hierzulande schildert der ehemalige Chef des Ludwigsburger Automobilzulieferers Beru, Ulrich Ruetz, dem »Spiegel«. »Ende 1999 standen die Emissäre der US-Gruppe Carlyle... plötzlich in seinem (Ruetz') Büro – und präsentierten sich als die neuen Herren im Haus. Ohne je mit dem Management gesprochen zu haben, hatten die Nachfahren des Firmengründers zuvor in einer Nacht-und-Nebel-Aktion Carlyle eine Sperrminorität verkauft.« (2) Schon bald bekamen Ruetz und seine Aufsichtsräte die harte Hand der neuen Eigentümer zu spüren. »Um Beru für die Zukunft die nötige Größe zu verschaffen, versuchte das Management zweimal, mit einem anderen Unternehmen zusammenzugehen, beide Male legte sich Carlyle quer... Die langfristige Perspektive der Beru-Chefs, die die Unabhängigkeit des Unternehmens sichern wollten, passte nicht ins kurzfristige Konzept, glaubt Ruetz. Im März 2003 gab er auf und verabschiedete sich zwei Jahre vor Vertragsende entnervt in den Ruhestand. Sein Nachfolger steuerte Beru Ende vergangenen Jahres zielstrebig in die Arme des amerikanischen Unternehmens BorgWarner. Carlyle habe einem Unternehmen seine Zukunftschancen geraubt, Investoren und sich tüchtig bereichert...« (2). Die Carlyle Group besitzt – neben Goldman Sachs, J.P. Morgan Partner und Blackstone – den größten Private-Equity-Fonds weltweit.

Was sind Private-Equity-Firmen?

Um den »Spiegel« zu zitieren: »Private-Equity-Firmen mit ihren institutionellen und privaten Investoren beteiligen sich am Eigenkapital von Unternehmen, oft übernehmen sie diese ganz. Ziel ist es, die Anteile nach einigen Jahren mit deutlichem Gewinn zu verkaufen. Die Übernahmen werden zum großen Teil kreditfinanziert – und diese Kredite aus Mitteln des übernommenen Unternehmens getilgt«. (2) Ein Akt der Piraterie, der das stärkste Unternehmen schwindsüchtig macht. Die »übernommenen« Firmen werden normalerweise zerschlagen, personalverschlankt und gewinnbringend weiterverkauft. Oft werden gesunde Firmen – aus Gründen der Marktbereinigung – ganz aus dem Rennen genommen, ausgeschlachtet (Maschinen, Immobilien, Grundstücke) und liquidiert. Mit den Filetstücken geht die Investorengruppe mitunter selbst an die Börse. Erinnert ein bisschen an die »Treuhand«, den Abbau Ost, stimmt's?

Der Münte-Bluff

SPD-Fraktionschef Müntefering ist ein Mann, der sich in seiner Rolle offensichtlich so unbehaglich fühlt, dass »er aussieht wie seine eigene Migräne«, wie eine Zeitung richtig bemerkte. Müntes Heuschreckenvergleich wirkt deshalb so schizoid, weil es seine eigene Regierung war, die die Heuschrecken aus dem Sack ließ. Die vielgescholtenen Heckenfonds (Hedgefonds) waren, zumindest als Anlagefonds, in Deutschland bis 2004 verboten – aber seit 1. Januar 2004 gilt das sogenannte »Investmentmodernisierungsgesetz«, das der Fondsbranche in Deutschland die Auflage von Single- bzw. Dach-Hedgefonds erlaubt. Der Hedgefonds ist, was Aggressivität angeht, der Piranha unter den kapitalistischen Raubfischen. Die Destruktivität von Heckenfonds lässt sich durchaus mit der eines Schwarms Heuschrecken vergleichen. Wo Hedgefonds wüten, hinterlassen sie meist Kahlfraß. Bei uns ist derzeit vorwiegend von den sogenannten Private-Equity-Fonds die Rede. Der »Spiegel«: »Deutschland ist aus Sicht der globalen Investoren ein Paradies: Die Unternehmen des Landes gelten im internationalen Vergleich als unterbewertet, und sie sind leicht zu übernehmen, seit sich die alte Deutschland AG aufgelöst hat.« (2) Unsere Regierung hat Einladungskarten an die Heuschrecken verschickt – kommt alle zur Party, Eintritt und Getränke frei: »die Bundesregierung (senkte) den Steuersatz für Veräußerungsgewinne auf null: Ein Milliardengeschenk mit fatalen Folgen: Banken und Versicherungen trennten sich von einem großen Teil ihrer Aktienpakete« (2).

»Wer Korn inhält, dem fluchen die Leut, aber Segen kommt über den, der es verkaft« (... stand auf dem Plakat zu Peter Kriegs Dokumentarfilm »Septemberweizen« (3)).

In der derzeitigen Heuschreckendebatte ist fast ausschließlich von den oben erwähnten Private-Equity-Fonds die Rede. Dabei spekulieren Heckenfonds auf so ziemlich alles – Casino-Kapitalismus pur, der vor nichts Halt macht und internationale Wirtschaftskrisen heraufbeschwört. Anders als herkömmliche Fonds spekulieren Hedgefonds nicht nur auf steigende Kurse sondern auch auf fallende. Hedgefonds sind im Grunde Wettfonds, sie wetten auf alles, was man sich vorstellen kann: Aktien, Anleihen, Rohstoffe, Devisen. Über die Getreide-Spekulation während des Kalten Kriegs drehte Peter Krieg Ende der 70ger Jahre seine berühmte Doku »Septemberweizen«, in der er die Verflechtung zwischen Politik und Spekulantentum aufzeigt. (3). Hedgefonds wetten, und Wetten kann man manipulieren – das zeigt der Fall Hoyzer. Internationale Börsen-Spekulanten manipulieren, indem sie zum Beispiel Devisen aufkaufen, um anschließend auf steigende Kurse zu wetten bzw. auf fallende (sie werfen die zuvor aufgekauften Devisen wie wertloses Stroh auf den Markt und provozieren so einen heftigen Kursverfall).

Letztere Vorgehensweise – der Großangriff internationaler Spekulanten auf den thailändischen Baht – löste 1997 die sogenannte »Asienkrise« aus – eine der verheerendsten internationalen Wirtschaftskrisen, die es je gab, gleichzeitig eine der erfolgreichsten Währungsspekulationen aller Zeiten. US-Geldmanager verdienten Milliarden, während Thailand, Südkorea, Indonesien und beinahe auch Malaysia und Japan in den Abgrund trudelten. In Indonesien brachen bürgerkriegsähnliche Zustände aus. Not und Wut trieben die Menschen auf die Straße, Geschäfte und Kaufhäuser wurden geplündert. Ein Gutes hatte das Ganze: Nach 32 Jahren an der Macht stürzte der indonesische Diktator Suharto. Die Krise breitete sich mit beängstigender Geschwindigkeit über den Erdball aus. Nach Asien geriet 1998 Russland in den Sog, schließlich Lateinamerika. Wenig hätte gefehlt, und die USA und Europa wären mit in den Strudel geraten.

Die Frage ist, wer kauft solch hochspekulative Aktien und gibt den Spekulanten ihre Macht? Zocker, Spinner, Börsenjunkies? In Wirklichkeit sind es Leute wie du und ich – Hausfrauen, Familienväter, Rentner, DurchschnittsbürgerInnen aller Art, die nicht ahnen, dass ihre Pensionskasse oder ihr Lebensversicherer ihre Ersparnisse teilweise oder ganz (je nach nationaler Gesetzeslage) in hochriskanten Hedgefonds anlegt – Anlagen mit wenig oder ohne Risikoabsicherung: noch ein Grund, die Heckenfonds zu verbieten. Noch vor zwei Jahrzehnten galt das internationale Spekulantentum als kriminell – als eine Art Mafia. Daher ist es ausgesprochen lächerlich, wenn deutsche Politiker bzw. Gutmenschen sich heute hinstellen und über die verletzten Gefühle geschmähter »Investoren« barmen.

Kurz vor Ende des 2. Weltkriegs wurden in Bretton Woods (USA) die Grundpfeiler der Finanzordnung für die Zeit nach dem Krieg festgelegt. Dazu wurden zwei Institutionen geschaffen, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank. Erst seit 1982 ist der IWF für die internationale Entwicklungspolitik zuständig. Seine ursprüngliche Aufgabe war es, Hüter des globalen Währungssystems zu sein und feste, an die Leitwährung US-Dollar geknüpfte Wechselkurse zu gewährleisten. Goldreserven nahmen jedem internationalen Spekulanten von vornherein den Wind aus den Segeln. Ironischerweise scheiterte das System fester internationaler Wechselkurse am Vietnamkrieg. Um diesen finanzieren zu können, hob Präsident Nixon 1973 das Prinzip der Golddeckung auf. Die Wechselkurse wurden flexibilisiert, der Dollarkurs stürzte ab. Damit war das System fester Wechselkurse gescheitert. Seit Ende des Festkurssystems gehören internationale Währungskrisen, vor allem in Schwellenländern, wie selbstverständlich mit dazu. Millionen Menschen weltweit haben seit 1973 durch das internationale Spekulantentum ihre Existenz verloren, viele Hunderttausende starben an den Folgen von Hunger und Arbeitslosigkeit.

Von der Heuschreckenplage zu Grashüpfer Willy

Die Taktik der SPD ist leicht durchschaubar. Vor einer Wahl wird kräftig im roten Mustopf gerührt. Nach der Wahl ist man wieder der verlässliche »Genosse der Bosse«. Aber die Deutschen durchschauen diese Strategie inzwischen. Im Grunde jammert SPD-Fraktionschef Müntefering über die Geister, die er selbst rief. Wir erinnern uns an die »biblische Plage«. Der ägyptische Pharao weigert sich, die Israeliten ziehen zu lassen, daraufhin setzt ihn Gott, unter anderem mit einer Heuschreckenplage, unter Druck, bis er nachgibt. Die entscheidende Parallele zwischen der alttestamentarischen Heuschreckenplage und dem Münte-Vergleich: Anders als in der Natur kamen die Heuschrecken nicht aus heiterem Himmel, sondern wurden auf die Menschheit losgelassen. Die SPD scheint vom grünen Juniorpartner zu lernen – so tun, als ginge einen die eigene Regierungspolitik nichts an. Aber ein Franz Müntefering ist nun mal kein Christian Ströbele – der einem mit naivem Augenaufschlag glauben machen kann, er habe mit dieser Sch... Politik rein gar nichts zu schaffen. Nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen jedenfalls wird sich die Schrecke im Heu wieder in ein harmloses Heupferdchen verwandeln und Münte im Tonstudio ein Lied über Willy, den freundlichen Grashüpfer (im Schnappi-Stil) aufnehmen – darauf wette ich in einem entsprechenden Hedgefonds.

Kaum ein Tier löst bei uns so ambivalente Gefühle aus, wie die kleine Heuschrecke. In Asien und Teilen Afrikas als wichtiger Eiweißlieferant geschätzt, bei uns putziger Grashüpfer und Bilderbuchmaskottchen, mutiert das Heupferdchen, wenn es schwärmt, zu einem der gefürchtetsten Schädlinge weltweit, der binnen kurzem ganze Landstriche verwüsten kann. Heuschreckenschwärme gibt es in vielen Teilen der Erde – auch in den USA. In Europa allerdings waren sie bislang weitgehend unbekannt. Das änderte sich 2004. Bedingt durch den Klimawandel erreichte ein besonders gefräßiger Schwarm – nachdem er Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens kahlgefressen hatte -, die Kanaren (das erste Mal seit 1950) und Portugal, also europäisches Festland und verursachte verheerende Schäden. Ein Schwarm der Wanderheuschrecke hat pro Quadratkilometer rund 50 Millionen Tiere. Eine zwei Gramm schwere Heuschrecke frisst pro Tag pflanzliche Nahrung in der Größenordung ihres eigenen Gewichts. Kein Mittel scheint gegen die Millionenplage zu helfen. Experten warnen, schafft man es nicht, die Brutgebiete der Heuschrecken zu säubern, bevor die Tiere schlüpfen, wird kaum etwas einen neuen Schwarm aufhalten. Ähnlich verhält es sich mit den Heckenschützen der Hedgefonds. Schiebt man dieser Plage, die noch vor wenigen Jahren in den meisten Ländern als kriminell verfolgt wurde, keinen Riegel vor – etwa durch eine Spekulationssteuer, wie sie Attac und andere Organisationen seit

Fortsetzung auf Seite 12

Mehrere männliche Gesichter in einer Reihe

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Nahaufnahme der Rechenperlen eines Abakus

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

SOZIAL FORUM IN DEUTSCHLAND 2005

SozialForum in Deutschland 2005 vom 12. bis 24. Juli in Erfurt. Kontakt: c/o Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, D-60329 Frankfurt/Main, Tel. (0 69) 24 24 99 55, Fax -51, E-Mail: info@sozialforum2005.de, Web: www.sozialforum2005.de

FORTSETZUNG VON SEITE 11

Jahren fordern, ist kein Unternehmen und keine Volkswirtschaft mehr sicher.

Die Reaktionen auf den Münte-Vergleich haben auch ihre heitere Seite. So konterte FDP-Chef Guido Westerwelle auf Münteferings Investorenschelte im »Focus« eine Spur überengagiert (4): »Das Problem sind nicht die angeblichen Heuschrecken-Unternehmer, sondern die Bsirskes und die Engelen-Kefers. Die Gewerkschaftsfunktionäre sind die wahre Plage in Deutschland, denn deren Politik kostet Hundertausenden die Arbeitsplätze... Herr Ackermann von der Deutschen Bank soll das neue Feindbild der deutschen Linken werden. Dabei wäre es viel angemessener, wenn Rot-Grün Herrn Bsirke von Ver.di attackieren würde...« Auf die »Focus«-Frage: »Was werden Sie gegen die Gewerkschaften unternehmen?« antwortet Westerwelle: »Wir werden nach dem Wahlsieg 2006 die Gewerkschaftsfunktionäre entmachten.« Einen Tag später verstand der Vorsitzende der Spaßpartei die Welt nicht mehr: Die IG Bergbau-Chemie hatte ihn aufgrund des Interviews von einer Veranstaltung ausgeladen – anscheinend verstehen Gewerkschafter seinen Humor nicht. Schlimmer als Westerwelles Äußerungen wiegt der gegen Müntefering vorgebrachte Antisemitismus-Vorwurf. Er beweist, dass der »Holocaust« in Deutschland inzwischen als wohlfeile Waffe gegen so ziemlich alles eingesetzt wird.

Auschwitzkeule gegen Heuschreckenbeschwörer

Auch Michael Wolffsohn, Professor für Neuere Geschichte an der Bundeswehrhochschule München, ein Kriegs- und Folterrechtfertiger, brachte seinen Beitrag zur Heuschrecken-Diskussion ein. Am Dienstag, den 2. Mai schrieb er in einem Beitrag für die Rheinische Post, Müntefering benutze »Worte aus dem Wörterbuch des Unmenschen«, (5). 60 Jahre nach Kriegsende würden »wieder Menschen mit Tieren gleichgesetzt, die – das schwingt unausgesprochen mit – als »Plage« vernichtet, »ausgerottet« werden müssen.« Heute sei von »Plagen« oder »Heuschrecken« die Rede, damals von »Ratten« oder »Judenschweinen«. Wenn zum »Boykott« von Firmen aufgerufen werde, erinnere ihn dies an den 1. April 1933: »Kauft nicht beim Juden«. Und Wolffsohn weiter, in der SPD kursiere eine Liste von »vermeintlich hyperkapitalistischen Unternehmen« von denen mindestens zwei »jüdisch« seien beziehungsweise jüdische Namen trügen (6). Sagen Sie selbst, kann man den »Holocaust« mehr verharmlosen?

Auf N24 diskutierte in derselben Woche Literaturkritiker Helmuth Karasek mit Gregor Gysi. Karasek kritisiert die Heuschrecken-Liste mit der Behauptung, solche Listen seien immer »Proskriptionslisten«. »Und man kann noch eine schlimmere Assoziation haben: Kauft nicht beim Juden«. Hey, Gregor Gysi ist Jude. Auf n-tv schwang derweil FDP-Brüderle die Antisemitismuskeule. Angesichts der Tatsache, dass einige dieser Investoren – zum Beispiel Goldman Sachs – jüdische Namen trügen (wer's bisher nicht kapiert hatte, war nun, dank Brüderle, im Bilde), sei der Heuschreckenvergleich doch unangebracht. Auch Brüderle saß Gregor Gysi gegenüber – ohne auf dessen Gefühle sonderlich Rücksicht zu nehmen.

»Kurz die Hose, lang der Rock,
Krumm die Nase und der Stock,
Augen schwarz und Seele grau,
Hut nach hinten, Miene schlau –
So ist Schmulchen Schievelbeiner.
(Schöner ist doch unsereiner!)«
(aus: Wilhelm Busch »Plisch und Plumm«, 1882)

Dieses Portrait des Juden Schievelbeiner, in jedem gängigen Busch-Werkband enthalten, ist ein Beispiel für die unzulängliche Tilgung hochgradig antisemitischer Passagen aus der deutschen Literatur. Vorurteilsschürende, diskriminierende Stereotypen dieser Art gehören schlicht verboten. 1990, zwei Monate nach dem Ende der DDR, brachte der »Spiegel« eine Titelgeschichte über Gregor Gysi, die mich als junge Autorin tief erschütterte. Ich empfand den Artikel als hochgradig antisemitisch. So weit ich mich erinnern kann, gab es kaum Proteste. Ein Grund mag sein, dass Gysi im Westen völlig unbekannt war – da glaubt man alles, was der »Spiegel« schreibt. Plötzlich prangte das Konterfei eines kleinen jüdischen Mannes mit Schiebermütze und Brille vom montäglichen »Spiegel«, darunter in großen, auffällig gelben Lettern: »Der Drahtzieher«. Nehme ich mir heute den zehn Seiten starken Artikel über die angeblich ach so üblen Machenschaften der SED/PDS im allgemeinen und des »SED-Chefs Gysi« im Besonderen wieder vor, drängt sich mir unweigerlich das Charakterbild des Urschwaben Wolfgang Schäuble auf – aber sicher nicht das des kommunikativen, (nur allzu) harmoniebedürftigen, ehrlichen Gysi, der schon wegen ein paar Flugmeilen zurücktritt. Folgende Zitate sind jenem »Spiegel«-Artikel (7) entnommen. Gleich zu Beginn zitiert der »Spiegel« Volkes Stimme: »Lügen haben kurze Beine, Gysi zeig uns doch mal deine«. »Der Bannerträger (Gysi) ... gilt beim Ost-Volk als Trickser, dem die biedere Schiebermütze als Tarnkappe dient.«, »Gysi, der vornehmlich intellektuelle Kälte ausstrahlt und auf die ostdeutschen Arbeitermassen eher abschreckend wirkt«. »Der forensisch begabte Anwalt Gysi.... ist der Vollstrecker. Er hat mehr Macht, als er sich selbst bei seiner Wahl hat träumen lassen, und er ist inzwischen gewillt, sie zu nutzen. Er zieht die Drähte...«. »Gregor Gysi ist in seinem Element: Der Advokat hat die Verteidigung und Sicherung eines gigantischen Vermögens übernommen, das eigentlich dem Volk, juristisch aber immer noch der SED, gehört – ein komplizierter Fall«. Besonders entlarvend ist folgender Satz: »Seit Gysis SED Mitte Dezember in einem Anfall von Ehrlichkeit einen internen Revisionsbericht durchsickern ließ...« – in einem Anfall von Ehrlichkeit! »Mit der Einbestellung von 250.000 Partei-Statisten zur Propagandashow gegen rechte Schmierereien am Sowjet-Ehrenmal in Treptow hatte er (Gysi) im besten Demagogen-Stil vor der vermeintlichen Gefahr von rechts gewarnt«. Herr Wolffsohn, hier finden Sie das Vokabular des Unmenschen wieder – wenngleich nicht in so plumpen Tiervergleichen.

Maßnahmen gegen die Heckenschützen der Spekulationsfonds

Die internationalen Heckenfonds sind der besonders perfide Ausdruck einer pervertierten Weltwirtschafts-Unordnung, in die dringend regulierend eingegriffen werden muss. Die Regierungen der westlichen Welt – vor allem die US-Regierung – sind längst Teil der Plage, wie das Beispiel Carlyle-Gruppe verdeutlicht. Auch in Deutschland wird kräftig in Hedgefonds investiert. Aber auch internationale Institutionen wie IWF und Weltbank, ursprünglich geschaffen, die Plage im Zaum zu halten, sind längst Teil des Problems, weil Teil des globalen Neoliberalismus, der Auswüchsen wie Hedgefonds Vorschub leistet. Eine schmerzhafte Tobin-Steuer auf sämtliche Spekulationsgewinne (plus Abschaffung der globalen Steueroasen!) sowie die Schaffung eines neuen Bretton-Woods-Systems wären – international gesehen – dringend erforderlich. Was Münteferings Deutschland angeht, wie wäre es mit einem neuen Investionsgesetz, das Hedgefonds als Anlageform wieder verbietet – wäre doch ein Anfang, oder? Heuschreckenschwärme bekämpft man, indem man ihre Brutgebiete säubert, sagen die Experten. Unter Rot-Grün ist Deutschland zur Brutstätte geworden – Migräne, Herr Müntefering?●

Anmerkungen
(1) www.zdf.de/ZDFde/inhalt/8/0,1872,2040328,00html
(2) »Die Zeche zahlt der Wirt« – »Der Spiegel« vom 2. Mai 2005
(3) »Septemberweizen«, Dokumentarfilm von Peter Krieg aus dem Jahr 1979/80; in jeder besseren Kreisbildstelle erhältlich
(4) »Wahre Plage und Verräter«, Focus-Interview mit Guido Westerwelle, Focus 18/2005
(5) Das »Wörterbuch des Unmenschen«, das sich mit der Sprache der deutschen Nazidiktatur auseinandersetzt, ist 1962 erschienen (Autoren Sternberg, Storz, Süskind)
(6) Zitiert aus dem Neuen Deutschland vom 4. Mai 2005: »SPD wütend über Nazi-Vergleich«
(7) »Der Spiegel« vom 15. Januar 1990: »SED-Chef Gysi, Der Drahtzieher« (»Erst Mitleid, dann zuschlagen«)

ZNet Kommentar 06.05.2005

Eine unbekleidete Schaufensterpuppe in einem transparentem Plastiksack mit der Aufschrift „SALE"

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KOMMENTAR: »GUTE« UND »BÖSE« KAPITALISTEN?

Heiligenscheine für Scheinheilige

Diese Messer waren noch nie stumpf, auch wenn sie heute wieder heftig gewetzt werden. Da wird angesichts der sozialen Misere eine bestimmte Fraktion des Kapitals gesondert angegangen. Dass sich hierfür das Finanzkapital sehr gut eignet, weiß Müntefering und wussten SPD'ler seit eh und je. Schon 1905 hatte ihr Parteilehrer (der spätere Reichsfinanzminister) Hilferding ein Buch darüber geschrieben... Und dies sogar schon vor Zeiten der Hyperinflation der Weimarer Zeit sowie der Weltwirtschaftskrise, in denen es vielen schlecht und nur wenigen vortrefflich ging: eben dem Finanzkapital.

von Kurt Regenauer aus Dresden ● Nun gibt es ja durchaus Gründe, etwa wie im obenstehenden Artikel, die Raffgier und Zerstörungswut von Hedgefonds anzuprangern und noch mehr Gründe, darzulegen, wer sie ins Boot geholt hatte. Dies erst recht, wenn diejenigen, die jetzt »Haltet den Dieb!« rufen, eigentlich in ihrer vergangenen Politik als dessen Kumpanen gewirkt hatten.

Freilich, dieses Land ist längst ein Paradies für »Heuschrecken« geworden. Das Investmentmodernisierungsgesetz sowie der Wegfall der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen sind ein Skandal. Wenn jetzt endlich einmal der »Knüppel aus dem Sack« geholt wird, trifft es schon die Richtigen.

Andererseits putzen hier nicht nur die Scheinheiligen ihre Heiligenscheine, um Wahlkampf zu machen. Wenn Selektionslisten erstellt werden, dann ist das schon mehr. Es wird versucht, massiv den Eindruck vorzugaukeln, es gebe das »böse oder raffende« und das »gute deutsche schaffende« Kapital. Das ist nicht nur **falsch**, sondern auch gefährlich.

Wenn sich Börsenaufsichtsratsboss Breuer heutzutage darüber bitter beklagt, dass ihm drei Hedgefonds in die Suppe spucken, verschweigt er diskret, dass er mit solcherlei »Heuschrecken« schon immer um die Wette aß. Vor ein paar Monaten waren seine Löffel nur nicht lang genug, um seinerseits die Londoner Börse zu schlucken. Außerdem war er als ehemaliger Chef der Deutschen Bank jahrelang Cheflobbyist für eine derartige Ausrichtung unserer Wirtschaft und kennt das Gangstertum hinter der Fassade des ehrbaren Kaufmanns nicht erst seit der Ausplünderung der neuen Bundesländer mithilfe der Treuhand.

Auch der Bund selber fütterte schon eifrig seine jetzt denunzierten Heuschrecken. Noch November 2000 verkaufte Eichel die Bundesdruckerei für 1 Milliarde Euro an den jetzt ins Gerede gekommenen Fonds Apax und auch vorher bereits war Apax gern gesehener Kunde für das lukrative Tankstellengeschäft der Autobahnen (»Tank und Rast«: 1,2 Milliarde Mark). Und sogar noch 2004 ging der Immobilienkoloss Gagfah für satte 2,1 Milliarden Euro an den Fonds Fortress, um der Exbesitzerin der 110.000 Wohnungen (der BFA) zu helfen, Rentenlöcher zu stopfen. Heute stehen all diese Fonds auf Müntes Liste. Ihnen wird Casino-Kapitalismus vorgeworfen.

Jedoch: Der ach so »freie Markt« **ist** das Casino des Kapitals. Das musste z.B. die 200-köpfige Belegschaft von Denison-Hydraulik in Hilden bei Düsseldorf im Februar am eigenen Leibe erfahren. Der hochprofitable und absolut wettbewerbsfähige Betrieb wurde kurzerhand von der Konkurrenz aus Amerika (Parker Hannifin) aufgekauft und soll jetzt plattgemacht werden. Bei 240 Mio. US $ wurden die drei Eigner des Konzerns mit Produktionsstätten in Deutschland, Finnland und Italien einfach schwach und holten die Amis an Bord. Nun wird bei solch hohen Summen sicherlich im Hintergrund von Fondsgesellschaften an Aktienkursen gefummelt: die Akteure bei diesem Raubzug im Zeitalter des »Haifischkapitalismus« bleiben jedoch die Haie, eben die »ehrbaren Kaufleute«.

Zwischen guten und bösen Haien zu unterscheiden ist jedoch – zumal in Deutschland – auch **gefährlich** und nicht nur falsch. Selektionslisten sind Wasser auf den Mühlen von solchen, die den aus dem Sack geholten Knüppel zur antisemitischen Keule machen wollen. Die wissen, das »raffende« Kapital hat in der deutschen Seele ein bestimmtes Gesicht und warten natürlich auf die nächste Reichsprogromnacht und Schlimmeres. Es ist einfach eine verlogene und unglaubliche »Kauft nicht bei...«-Rhetorik, die auf diese Weise wieder salonfähig wird. Dabei fehlt dem gemeinen Volke ohnehin die Kohle, überhaupt was zu kaufen und die braunen Rattenfänger stehen ohnehin schon in den Startlöchern.

Es ist natürlich richtig, gegenläufige Kapitalinteressen zu differenzieren und zu analysieren. Wichtig ist dann aber auch, sich ausgewogen und differenziert zu äußern. Das ist in Zeiten schwierig, in denen wir anfangen, uns selber als »prekarisiert« zu bezeichnen (wie auf dem Euromayday). Am Ende sind dann die Opfer »prekär« und nicht etwa die Lebensumstände, die solche Kapitalinteressen uns aufzwingen.

Die Hildener Belegschaft jedenfalls täte gut daran, nicht nur auf den Wahlkampf, »ihren« Münte zu schauen und (wie im »denisonreport« www.denison-lebt.de) so was wie ein »Firmenschutzgesetz« für deutsche Firmen zu fordern. Und auch der von der SPD vom Zaun gebrochene neuerliche Wahlkampf im Bund darf nicht darüber hinwegtäuschen: Eigentlich gehören solche Betriebe einfach besetzt, um selbstorganisiert fortgeführt zu werden...●

Neue Initiative LobbyControl startet

Redaktion Heidelberg ● Mit einem Weblog unter www.lobbycontrol.de/blog/ ging Mitte Mai 2005 LobbyControl online. LobbyControl ist eine zivilgesellschaftliche Initiative, die über Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit und über gesellschaftliche Machtstrukturen informieren will. Ausgangspunkt ist die Analyse, dass Unternehmen, Wirtschaftsverbände und neoliberale Denkfabriken und Eliten immer stärkeren Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit nehmen.

Ab und zu werfen einzelne Affären – wie die Nebeneinkünfte von Abgeordneten – Schlaglichter in die Grauzonen politischer Einflussnahme. Aber es gibt zu wenig kontinuierliche und systematische Aufklärung. Hier setzt LobbyControl an. Die Webseite berichtet über Denkfabriken und wirtschaftsnahe Kampagnen, die Tricks der PR-Agenturen, über Netzwerke und Lobbygruppen. Ein Fokus wird in den nächsten Monaten die Debatte um Lobbying und Transparenz auf europäischer Ebene sein. Die europäische Kommission hat dazu eine European Transparency Initiative ausgerufen, die in Deutschland noch wenig Beachtung gefunden hat.

Das Weblog ist nur der erste Schritt. In den nächsten Monaten soll LobbyControl zu einer sogenannten »Watchdog«-Organisation ausgebaut werden, die Missstände aktiv bekämpft und eine offene und transparente Demokratie fördert. LobbyControl will Impulse liefern für mehr Transparenz und eine demokratische Kontrolle der Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit.

LobbyControl erhält eine Anschubfinanzierung durch die *Bewegungsstiftung* (www.bewegungsstiftung.de). Mittelfristig wird sich die Organisation vor allem über Spenden und Fördermitglieder finanzieren. Ausgangspunkt der Initiative ist der Kongress »Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten die Politik beeinflussen«, der letztes Jahr in Frankfurt stattfand. Informationen zu dem Kongress finden Sie unter www.gesteuerte-demokratie.de.●

Weitere Informationen:
www.lobbycontrol.de/blog/

NEUGRÜNDUNGEN

Selbsthilfegenossenschaften

– Neue Wege in Zeiten des Arbeitsmangels

Über materielle Unterversorgung kann sich die Republik heute nicht mehr beklagen. Allerdings sind Arbeitsplätze mittlerweile zur Mangelware geworden und ein Durchbruch in der Beschäftigungspolitik lässt auf sich warten. Selbsthilfegenossenschaften werden verstärkt von engagierten Männern und Frauen gewählt, um über Eigeninitiative aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen. Am 22. Juni 2005 findet zu den aktuellen Entwicklungen in München-Pasing ein Vortrags- und Diskussionsforum statt.

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften ● Ob Bayern, Sachsen oder Nordrhein-Westfalen, genossenschaftliche Unternehmen sind allgegenwärtig. Im Bank- oder Wohnungswesen, Presse- oder IT-Bereich, in der Landwirtschaft sowie im Handel mischen sie mit, etabliert und erfolgreich. Doch kaum einer erinnert sich daran, dass viele von ihnen in Zeiten gegründet wurden, als in großen Teilen der Bevölkerung noch Versorgungsmangel den Alltag bestimmte. Dies geschieht auch heute wieder.

Münchner Beispiele

So haben in München auf lokaler Ebene zwei Genossenschaftsinitiativen – die *»made in hasenbergl«* und die *»HausGemacht«* – die Not zur Tugend werden lassen. *»HausGemacht«* bietet als hauswirtschaftliche Dienstleistungsgenossenschaft Haushalts- und Reinigungsservices an. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, arbeitslose deutsche und ausländische Frauen durch berufliche Qualifikation in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Gemeinsam mit den ausgebildeten Hauswirtschafterinnen arbeiten angelernte Mitarbeiterinnen in Voll- und Teilzeitbeschäftigung. Dagegen widmet sich die *»made in hasenbergl«*-Genossenschaft seit drei Jahren der Verbesserung beruflicher Perspektiven Jugendlicher. Mit speziellen Projekten des Innenausbaus (Terrazobeläge) und der temporären gastronomischen Versorgung (Projekt Diner) bereitet sie die Schulabgänger auf ihre Berufszukunft vor. Dabei wird die Genossenschaft sowohl konzeptionell als auch finanziell von der Stadt München unterstützt.

Vorteile Genossenschaft

Doch wo liegen die Vorteile zur viel gepriesenen Ich-AG und GmbH? Prof. Dr. Susanne Elsen von der Fachhochschule München, Wolfdieter v. Trotha vom Genossenschaftsverband Bayern und Dr. Burghard Flieger aus Freiburg i.Br., wissenschaftlicher Vorstand der innova eG, werden am 22. Juni in einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung dazu Rede und Antwort stehen. »Die Genossenschaftsform kommt in vieler Hinsicht der Situation von Langzeitarbeitslosen entgegen«, erläutert Susanne Elsen. Durch ihre Eignung für Großgruppen kann eine Genossenschaft, im Gegensatz zur GmbH, viele, auch kleine Finanzierungsanteile für eine Unternehmensgründung zusammentragen. Eine effiziente Methode, Eigenkapital zu bilden, das Langzeitarbeitslose meist nicht allein aufbringen können. Neben den Beschäftigten können darüber hinaus auch Fördermitglieder und Kunden Geschäftsanteile zeichnen. Durch das so erlangte Stimmrecht besteht für sie die Möglichkeit, die Genossenschaftsgeschicke mitzubestimmen.

Weiterer Pluspunkt ist, dass sich Eigenkapitalerhöhungen und -senkungen bzw. Ein- und Austritte relativ »unbürokratisch« durch Eintragungen in die Liste der Genossenschaftsmitglieder umsetzen lassen. Und mit der Unternehmensgründung fallen die Mitglieder vorerst nicht unweigerlich aus der Arbeitslosenförderung heraus. Denn erst mit der Aufnahme des eigentlichen Geschäftsbetriebes und dem allmählichen Wachsen der Aufgabenfelder entstehen daraus für die Mitglieder nach und nach vertraglich begründete Arbeitsverhältnisse.

Soziale Leitbilder

Auch bietet das demokratische Grundprinzip von Genossenschaften – »ein Mensch eine Stimme« – Vorteile. Die relative Gleichheit motiviert zu mehr Einsatz und stärkt die Identifikation mit dem Betrieb. Darüber hinaus gefährdet ein Mitglied beim Austritt, anders als beim GmbH-Gesellschafter, nicht gleich die Existenz des ganzen Unternehmens. Und was eine Genossenschaft noch auszeichnet: Sie verbindet soziale Leitbilder dauerhaft mit der Betriebsform. Genossenschaften stehen für Kooperation, gesellschaftliche Verantwortung, betriebliche und zwischenbetriebliche Demokratie. Das wirkt sich auf die Mitgliederbindung aus und bringt hohe Akzeptanz nach innen und außen, so die Münchner Expertin für Gemeinwesenentwicklung.

Doch allein durch die vielen Vorteile, die die inneren Strukturen von Genossenschaften gerade mittellosen Firmengründern bieten, ist ihr wirtschaftlicher Erfolg noch nicht beschieden. Das A und O einer prosperierenden Unternehmensgründung ist die Geschäftsidee, ob es sich dabei um eine konventionelle oder eine Genossenschaftsgründung handelt, ist zweitrangig. Sie bildet erst die Voraussetzung für eine langfristige Perspektive der Unternehmensgründung und für die Schaffung eigener dauerhafter Arbeitsplätze.

Knackpunkt Geschäftsidee

So haben sich beispielsweise nach eingehender Umfeldprüfung zwei Selbsthilfegenossenschaften, die Freiburger *SAGES eG i.G.* und das *»helpKontor«* in Freudenstadt der Alltagsassistenz für Senioren verschrieben. Die *»euregioit«*, ein genossenschaftlicher Zusammenschluss mehrerer Computer- und Internetspezialisten aus Aachen und Umgebung bietet vielversprechenden Marktanalysen folgend einen Rundumservice für Internetauftritte an. Die *»Lausitzer Zeitreisen«* im Brandenburgischen Lauchhammer dagegen verfolgen die touristische Erschließung ihrer Region und *»Cena et Flora«* in Riesa verbinden Mittagstische für Schulen mit einem Gärtnerbetrieb, der bedarfsgerecht sowohl Gemüse als auch Zierpflanzen für Stadt und Privatkunden zieht. Viele Anregungen für eine mögliche Vorgehensweise von Beschäftigungsträgern bietet die Firma *Cena et Flora* im sächsischen Riesa: Sie ist eine genossenschaftliche Ausgründung aus einer bestehenden bereits am Markt etablierten Beschäftigungseinrichtung, ein durch kirchliche Initiative entstandener Verein, dem Fördermittel gestrichen worden waren. Nur die Genossenschaftsausgründung konnte das Projekt vor dem endgültigen Aus retten und so einen Teil der geschaffenen Arbeitsstellen erhalten, einschließlich einer weiteren Unterstützung durch die Kirche.

Professionelle Begleitung

Die *innova eG*, Leipzig, begleitet Gründung und Aufbau von Genossenschaftsprojekten und qualifiziert dafür ihre Gründerinnen und Gründer. Derzeit betreut sie deutschlandweit rund 20 Projekte – gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, BMWA aus Mitteln des EQUAL-Programms der Europäischen Union.●

Kontakt zum Thema Selbsthilfegenossenschaften:
innova eG, Konstantinstr. 12, D-04315 Leipzig,
Tel: (03 41) 681 09 85, Fax: 681 17 86,
Email: info@innova-eg.de,
Internet: www.innova-eg.de

Alternative Genossenschaftstage:

Neue Genossenschaftsformen
– Entwicklungsstand und Gestaltungsbedarf
Vom 17. bis 19. Juni veranstaltet die innova eG in Ilmenau ein Wochenendseminar zu neuen Genossenschaftstypen (Multistakeholdergenossenschaften, Sozialgenossenschaften, Selbsthilfegenossenschaften usw.). Auf dem Seminar werden in parallelen Arbeitsgruppen verschiedene neue Genossenschaftstypen, die erst noch einer Umsetzung harren oder noch zusätzlichen Gestaltungsbedarf haben, vertiefend behandelt. Eine enge Kooperation mit dem Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) ist vorgesehen. Für jede Arbeitsgruppe wird ein Input vorbereitet. Die TeilnehmerInnen können und sollen sich an der Weiterentwicklung der vorgestellten Ideen beteiligen. Zu Beginn der Veranstaltung ist eine vergleichende Betrachtung der »Genossenschaftsgründungswelle« zu Ende der achtziger bzw. Anfang der neunziger Jahre mit der heutigen Situation vorgesehen. Interessierte mögen sich an info@innova-eg.de(www.innova-eg.de) wenden.

Selbsthilfegenossenschaften

Renaissance einer traditionsreichen Idee

Veranstaltung am 22. Juni 2005 in der Fachhochschule München in München-Pasing 14.00 bis 18.00 Uhr

14.00 Uhr **Begrüßung und kurze Übersicht über die Veranstaltung**
Prof. Dr. Susanne Elsen
14.15 Uhr **Selbsthilfegenossenschaften – Besonderheiten und Chancen**
Dr. Burghard Flieger, Vorstand innova eG
15.00 Uhr **Genossenschaften als Unternehmen der Sozialen Ökonomie**
Prof. Dr. Susanne Elsen, Fachhochschule München
15.30 Uhr Pause
15.45 Uhr **Die genossenschaftliche Rechtsform und ihre Gestaltungsmöglichkeiten**
Wolfdieter v. Trotha, Genossenschaftsverband Bayern
16.15 Uhr **Das Beispiel HausGemacht**
Hauswirtschaftliche Dienstleistungsgenossenschaft eG
Marion Schöne, Vorstand
16.45 Uhr **Das Beispiel made in hasenbergl eG,**
Peter Ottmann, Vorstand
17.15 Uhr Abschlussdiskussion bis 18.00 Uhr

Die Veranstaltung ist eine Kooperation der Entwicklungspartnerschaft innova, der Fachhochschule München und der IBPro. Sie findet statt in der Fachhochschule München, Campus Pasing, am Stadtpark 20, Raum 121. Ein Teilnehmerbeitrag wird nicht erhoben. Um Anmeldung wird gebeten bei: Dieter Harant, IBPro e.V., Einsteinstr. 173, D-81675 München, Tel. 089 475061 Fax 089 4705920, Email: dieter.harant@ibpro.de, Internet: www.ibpro.de (Eine Bestätigung der Anmeldung erfolgt nicht).

ERSCHLIESSUNG VON GENOSSENSCHAFTSPOTENTIALEN

ExWoSt-Forschung startet 22 innovative Modellvorhaben zur Wohnraumversorgung

Im Sommer 2002 wurde vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen eine »Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften« mit dem Ziel einberufen, das genossenschaftliche Wohnen als dritte tragende Säule neben dem Wohnen zur Miete und dem Wohneigentum weiter zu entwickeln. Die Zukunft der genossenschaftlichen Idee soll auf diese Weise gesichert werden. Als Zwischenschritt ist daraus das Forschungsfeld »Modelle genossenschaftlichen Wohnens: Erschließen von Genossenschaftspotenzialen« entstanden. Eine Auftaktveranstaltung am 12. Mai signalisierte den offiziellen Start.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Der im April 2004 vorgelegte Endbericht der »Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften« enthält eine Vielzahl von Empfehlungen zur Steigerung der Bedeutung der Wohnungsgenossenschaften. Sie werden im Rahmen des im November gestarteten ExWoSt-Forschungsfeldes in der Praxis überprüft und umgesetzt. Zu diesem Zweck übernahm am 1. November 2004 das Klaus Novy Institut den Auftrag zur Durchführung der Wissenschaftlichen Begleitung. Bereits im Sommer 2004 rief das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in der Fachöffentlichkeit zur Einreichung von Projektvorschlägen auf. Dieser Aufruf erbrachte 89 Projektskizzen bzw. -anträge, die in das Auswahlverfahren aufgenommen wurden. Von ihnen sind 22 Modellvorhaben ausgewählt worden.

Phasen der Forschung

Das Forschungsfeld teilt sich in unterschiedliche Phasen. Bis April 2005 wurden die inhaltliche Strukturierung des gesamten Themenfeldes sowie die Bewertung, Qualifizierung und Auswahl der Modellvorhaben vorgenommen. Nach Befürworten eines vorgelegten Auswahlvorschlages mit tragfähigen Modellvorhaben durch das BMVBW begann jetzt die Durchführungsphase. Die Auftaktveranstaltung zum offiziellen Beginn der Forschung und Begleitung der Modellvorhaben fand am 12. Mai 2005 in Berlin statt. Die 22 Modellvorhaben beginnen nun mit der Umsetzung. Die Auswertung der Forschungsergebnisse wird ab Mitte des Jahres 2006 erfolgen. Mit der Abschlussveranstaltung im September 2006 und der Sicherung der Ergebnisse durch die Wissenschaftliche Begleitung endet das Verfahren.

Untersuchungsfragen standen beim Evaluationsseminar der ExWoSt-Forschung im Vordergrund

Durch ausgewählte Modellvorhaben zu Genossenschaftspotenzialen sollen neue Impulse zur Quartiersentwicklung in den Kommunen eine Attraktivitätssteigerung des genossenschaftlichen Wohnens insbesondere für Haushalte mit Kindern oder Haushalte älterer Menschen erreicht werden. Zu den Modellvorhaben zählt auch das Schaffen von Strukturen zur Unterstützung kleiner Wohngenossenschaften und neuer genossenschaftlicher Wohnprojekte sowie zur Gründung von Dachgenossenschaften. Zusätzlich werden Themenansätze verfolgt, die sich mit der Finanzierung von Neugründungen jenseits staatlicher Förderung und den rechtlichen Aspekten von Dachgenossenschaften auseinandersetzen sowie mit gemeinsamen Marketingstrategien von Wohnungsgenossenschaften.

Drei Aktionsfelder

Im ExWoSt-Forschungsfeld »Erschließen von Genossenschaftspotenzialen« sollen verschiedene Wege zur Weiterentwicklung des genossenschaftlichen Wohnens aufgezeigt werden. Dabei geht es um die Stabilisierung bestehender Wohnungsgenossenschaften, um die Beförderung von Neugründungen, um die Aktivierung der genossenschaftlichen Potenziale in der Stadt- und Quartiersentwicklung sowie um eine stärkere Akzeptanz des genossenschaftlichen Wohnens in der Bevölkerung. Durch die Förderung von forschungsbedingten und investiven Maßnahmen bei ausgewählten Modellvorhaben erwartet der Bund insbesondere Erkenntnisse aus drei Themen- und Aktionsfeldern:

- Aktionsfeld 1: Leistungen von Genossenschaften zur Quartiersentwicklung und -stabilisierung;
- Aktionsfeld 2: Wohnraumversorgung von unterschiedlichen wohnungspolitischen Zielgruppen durch bestehende Wohnungsgenossenschaften, Neugründungen oder Kooperationen;
- Aktionsfeld 3: Rahmenbedingungen und förderliche Strukturen zur Implementierung von Modellen genossenschaftlichen Wohnens.

Agrobusiness – Hunger und Recht auf Nahrung

Im Jahr 2003 hungerten 842 Millionen Menschen, die meisten, 798 davon leben in den Entwicklungsländern, 34 in den Ländern des ehemaligen Ostblocks und 10 Millionen in den Industriestaaten.

In Afrika werden 80% der Grundnahrungsmittel und ein Drittel der Marktfrüchte von Frauen produziert, in Asien sind es 50 bis 60%, in Lateinamerika und im Nahen Osten sind es (angeblich) 30% der Lebensmittel, die vom weiblichen Geschlecht angebaut werden und auf vornehmlich lokalen Märkten öffentlich verkauft werden.

Hausarbeit und Subsistenzproduktion wird seitens der Regierungen wie die informelle Wirtschaft oder die Schwarzarbeit als unerwünschte Wirtschaftsform behandelt, weil sie rechnerisch nicht das »Wachstum« einer »Volkswirtschaft« fördert. Weil Selbstversorgerlandwirtschaft und Semisubsistenzproduktion dem Staat kaum Steuern bringen und einer nationalen Volkswirtschaft keine großen Gewinne, aus denen man »Schuldendienste bedienen« könnte, wird die weibliche Landwirtschaft nicht nur kaum finanziell honoriert, sondern auch kaum beachtet und strukturell ständig vernachlässigt. Genauer gesagt, wird die Ackerei der Frauen, die zunächst die Familie versorgt und dann die Überschüsse auf den Markt bringt als zu vernachlässigende Größe gehandelt. Wenn Änderungen anstehen, Strukturwandel forciert werden soll, Land für Autobahnen oder Stauseen hergegeben werden soll, dann sind es insbesondere jeweils die Kleinbäuerinnen und bäuerlichen (Semi-)Subsistenzlandwirtschaften, die ihre Felder opfern müssen. In der Regel werden sie damit nicht nur ihres angestammtes Dorfes und ihrer gewohnten Lebensweise beraubt, sondern auch damit ihres ganzen Auskommens und ihrer Selbständigkeit.

Internationaler Währungsfond IWF und Welthandelsorganisation WTO haben sich aufgrund ihres starren Festhaltens an der neoliberalen Doktrin und Weltsicht bisher als Vertreter der reichen Industriestaaten resp. ihres Agrobusiness erwiesen. Daher haben sich weltweit Kleinbauern, Frauengruppen und Landarbeiter in einer Kleinbauernorganisation »la Via Campesina« zusammen geschlossen und Ende 1999 in Seattle oder im September 2003 in Cancun, Mexiko erfolgreich gegen die bisherige WTO-Politik protestiert. Ihre Forderung ist die Abkehr von der bisherigen Agrarpolitik, in der die reichen Nationen ihre Autonomie im Kriegsfall durch ein brachiales Fördern der eigenen Landwirtschaft gegenüber der Konkurrenzlandwirtschaft (Europa versus USA) zu erreichen versuchen. Da sie das mittels Modellen aus der Marktwirtschaft machen und Massenproduktion fördern, entsteht so notwendig ein hochsubventioniertes Zuviel des Guten, an Weizen oder Fleisch. Diese »Butterberge« werden sodann mittels Unsummen von öffentlichen Geldern auf die Lebensmittelmärkte des Ostens und des Südens gepumpt, wo auf diese Art und Weise (Klein-)Bäuerliche Existenzen niederkonkurriert werden.

Ein Beispiel ist die Baumwollproduktion. Selbstverständlich produzieren die Bäuerinnen und Bauern West- und Zentralafrikas eigentlich drei mal billiger als die Baumwollbauern in den Industriestaaten. Aber die Baumwollandwirte in den USA werden seitens ihrer Regierung mit Millionensummen dermaßen subventioniert, so dass sie veranlasst sind, ungeheure Mengen zu produzieren, die den Weltmarkt überschwemmen. Dadurch wird der Weltmarktpreis für Baumwolle dermaßen tief gedrückt, dass die afrikanischen Baumwollbauern nicht mehr genügend Lebensmittel für den Erlös ihrer Feldfrucht kaufen können.

Das Thema ist dringend und das Heft mit seinen knappen informativen, klar und verständlich geschriebenen Aufsätzen eine ausgesprochene Glanznummer. Es kann nur jedem und jeder Lehrer (Lehrerin) oder Dritte-Welt-Laden-AktivistInnen und überhaupt jedem, der sich zum Thema informieren will, entschieden empfohlen werden. Die Gefahr, dass die Aufsätze in dem Band schnell veraltet sind, besteht momentan leider auch nicht.●

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Agrobusiness – Hunger und Recht auf Nahrung. Widerspruch 47. Beiträge zur sozialistischen Politik, 2. Halbjahr 2004, 27 EUR

Das Leben einer Bäuerin

Anna Willi erzählt von ihrem arbeits- und entbehrungsreichen Leben als Magd und spätere Kleinbäuerin in Oberschwaben, der Schweiz und dem Gebiet zwischen Schwäbischer Alb und Schwarzwald, wohin sie 1957 heiratet. 1931 geboren, wächst Anna als älteste Tochter von Kleinbauern in einem oberschwäbischen Dorf auf. Der Vater ist chronisch krank (er stirbt schon fünf Jahre nach ihrer Hochzeit), die Mutter liegt oft im Wochenbett. Als Älteste muss das Mädchen deshalb viele Arbeiten auf dem Hof selbständig erledigen. Einen Beruf darf sie nicht erlernen, »das müssen bloß die Buben. Du musst kochen, backen, nähen und flicken können und alle Arbeiten, die es auf einem Hof gibt«. Jahrelang verdingt sich Anna als Magd auf verschiedenen Höfen, die von den Eltern für sie ausgesucht werden, obwohl außerlandwirtschaftliche Arbeit eine attraktive Alternative wäre. Das Leben ist bestimmt von schwerer Arbeit – oft mehr als 18 Stunden am Tag. Die Bezahlung ist kärglich, Urlaub gibt es nicht. Das gesparte Geld verwendet Anna für ihre Aussteuer.

Als sie 1957 heiratet, wird ihre Lage nicht viel besser. Zusammen mit ihrem Mann wohnt sie im Haus der Schwiegereltern, die ebenfalls Kleinbauern sind. Den Hof, einen klassischen Nebenerwerbsbetrieb, muss sie fast alleine betreiben, da der Mann auswärts arbeitet, gleichzeitig machen ihr die Schwiegereltern das Leben zur Hölle und verleumden sie bei der Verwandtschaft und im Dorf. Mit 27 Jahren bekommt Anna ihr erstes Kind, mit vierzig das letzte, den lang ersehnten Sohn. Von ihren acht Kindern sterben zwei schon früh. Der Aufenthalt im Wochenbett ist der einzige Urlaub, den Anna Willi hat, im Grunde wird bis zum Einsetzen der Wehen gearbeitet. Der Mann und noch mehr der Schwiegervater neigen zu erhöhtem Alkoholkonsum.

Anna Willi schildert eindringlich aus ihrer Perspektive die Dummheit, Brutalität und Engstirnigkeit bäuerlichen Lebens und alltäglichen Handelns, all die Gewalt und die Konflikte, die in der Soziologie hinter Begriffen wie Generationenkonflikt, Modernisierung, Geschlechterzuschreibungen versteckt sind. Sie hat zum Beispiel durch ihre Arbeit auf anderen, teilweise moderneren Höfen mehr Erfahrung in Arbeits- und Betriebsorganisation, die sie an ihrem neuen Arbeitsplatz anwenden will, dabei aber bei ihrem Mann und seinen Eltern auf starken Widerspruch stößt. Schaudern machen auch die »Bauernweisheiten«, die die Schwiegereltern zum Besten geben. Sie kommentieren zum Beispiel ihre Beobachtung, dass sich die Schweigertochter täglich wäscht, mit den Worten: »Wer sich viel wasche, müsse ja auch schmutzig sein«, außerdem würde sie ja mehr Wasser verbrauchen als das Vieh. Probleme schaffen auch Erbstreitereien und die allgegenwärtige Armut; wie die Kinder es finden, im Hof sehr oft mithelfen zu müssen, wird nicht überliefert. Nur zu erahnen ist der durch die DorfbewohnerInnen der Familie Willi zugeschriebene Paria-Status, wie er sich z.B. darin äußert, dass einige Kinder in die sog. »Sonderschule« sollen, was Anna Willi zu verhindern weiß.

1975 macht Anna Willi den Führerschein, auch wenn sie oft Schlafstörungen hat, geht es ihr nun etwas besser: Sie arbeitet in einer Klinik, was für sie Erholung ist. Wie Anna Willi all diesen Druck und die alltäglichen Demütigungen ausgehalten, ihre sechs Kinder vermutlich mehr oder minder alleine erzogen und ihnen allen eine Ausbildung ermöglicht hat, ist mir ein Rätsel und verdient hohen Respekt.

Laut Angaben des Verlags begann Anna Willi im Alter von 58 Jahren ihre Lebensgeschichte aufzuschreiben. 2004 erhielt sie dafür vom damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg. Leider wird nirgendwo vermerkt, wie die Autorin dazu kam, ihre Geschichte aufzuschreiben und wie diese dann Jahre später zur Veröffentlichung gelangte. Einige Ereignisse sind auch schwer zeitlich einzuordnen, da eine Datierung nicht angegeben und auch nicht rekonstruierbar ist. Dies ist schade, schmälert aber die Darstellungskraft dieser Lebensgeschichte nicht.●

Bernd Hüttner

Anna Willi: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott. Mein Leben als Magd und Bäuerin; 288 Seiten, Silberburg Verlag, Tübingen 2005, 19,90 EUR

Kein Ort. Nirgends

Exil und Diaspora zwischen Privileg und Ausgrenzung

Was haben Turnschuhe aus China, Kapitalanlagemöglichkeiten in den Vereinigten Arabischen Emiraten und angespülte Leichen am Strand des andalusischen Surferparadieses Tarifa miteinander zu tun? Während Waren und Kapital im Zeichen der Globalisierung schon lange keine Grenzen mehr kennen, werden diese für Menschen, etwa an den Außengrenzen der Festung Europa, immer unüberwindbarer. Immer wieder begeben sich Menschen auf die Suche nach einem besseren Leben und müssen oftmals doch nur ums bloße Überleben kämpfen. Die Migrationsforschung spricht von der Autonomie der Migration und meint damit, dass es überall auf der Welt trotz intensivierter Kontrollen einen ungezügelten, illegalen Grenzübertritt gibt.

Den Exilanten als »exterritoriale Figur«, wie ihn schon Siegfried Kracauer in den 1930er-Jahren zu beschreiben suchte, hat sich der Zirkel »jour fixe initiative berlin« in einem Sammelband zum Thema angenommen. Acht sehr unterschiedliche Beiträge setzen sich mit dem Exil als populärkulturelle Projektionsfläche, aber auch als traumatische Erfahrung auseinander.

Zwei weithin bekannte Exilanten sind Theodor W. Adorno und Walter Benjamin. In einer vom Suhrkamp Verlag nicht genehmigten Einleitung zur französischen Ausgabe des Adorno-Benjamin-Briefwechsels nimmt der französische Historiker Enzo Traverso eben diesen Briefwechsel als Chronik des Exils. Adorno ging, so Traverso, aufgrund seiner einigermaßen gesicherter Existenzgrundlage anders mit der NS-Machtergreifung um und wurde sich erst später des Ausmaßes der nazistischen Barbarei bewusst. Völlig naiv schlug er etwa Benjamin, dem das Publikationsverbot der Nationalsozialisten seine Existenzgrundlage nahm, vor, sich doch in der Reichsschrifttumkammer eintragen zu lassen, um weiter publizieren zu können. Das Abhängigkeitsgefühl Benjamins gegenüber Adorno, der sich für die materielle Unterstützung des Pariser Exilanten einsetzte, beeinflusste die Freundschaft schließlich so weit, dass aus dem einstmals freien Austausch und der offenen, gegenseitigen Kritik ein einseitiges Verhältnis wurde, wie etwa Benjamins unkritische Zustimmung zu Adornos Jazz-Rezeption zeige: »In seinen Briefen wagte es Benjamin nicht mehr, Adorno zu kritisieren«.

Eine völlig andere Form des Exils, frei von jeglicher existenziellen Bedrohung, erlebten vier junge Popkulturschaffende zur Jahrzehntwende 1969/70. Auf der Flucht vor Steuer- und Drogenbehörden ließen sich die Rolling Stones in Südfrankreich nieder und nahmen das Album *Exile on Main Street* auf, das untergründig vom Ende der politischen und künstlerischen Bewegungen der 1960er-Jahre und der Rolling Stones als deren musikalischen Stichwortgebern handelt. Der Publizist Michael Koltan spürt der metaphorischen Bedeutung dieser Langspielplatte nach, verfängt sich allerdings in Fan-Perspektive in einer allzu getreuen Werkschau, die wenig Raum für kritische Fragen lässt. Als Leistung der Stones verbucht Koltan, sich »stellvertretend für ihr Publikum als Opfer des gesellschaftlichen Konformitätsdrucks« inszeniert und die Idee der Band ähnlich dem Konzept der Kommune oder dem politischen Kollektiv als Ersatzfamilie propagiert zu haben. Mit dem Ende der 68er-Bewegung, als es auf Stones-Konzerten Tote gab, änderte sich das Image schlagartig. Die Band wandte sich von politischen Ideen ab, was ihrem Erfolg allerdings keinen Abbruch getan hat – im Gegenteil.

Nicht nur Intellektuelle und Künstler, auch exilierte Politiker reflektieren im erzwungenen Abstand zum Tagesgeschäft ihre eigenen Grundlagen. Wenn das Exil auch äußerst ungünstige Rahmenbedingungen setzt, so kann doch dieser Reflexionsprozess durchaus produktiv sein, wie der Historiker Jörg Später in seinem Beitrag über Weimarer Sozialdemokraten in London zeigen kann. Er beschäftigt sich mit den Lebenswegen von Otto Lehmann-Rußbüldt, Karl Retzlaw und Hans Jäger, drei der wichtigsten parteiinternen Kritiker der Exil-Sozialdemokratie und ihrer These vom »anderen Deutschland«. Nazi-Deutschland militärisch zu besiegen und geistig zu erneuern war der kleinste gemeinsame Nenner vieler Exilanten, so auch der etwa hundert Personen umfassenden sozialdemokratischen community in London. Die Kritiker unterschieden sich von der Parteiführung dadurch, dass sie behaupteten, dass zur geistigen Erneuerung auch eine Selbstkritik des vermeintlich anderen, besseren Deutschlands gehöre. Sie gingen davon aus, dass Hitler sich einer breiten Unterstützung der Bevölkerung sicher sein könne und deshalb der Volksbegriff der Linksparteien revidiert werden müsse. Eine Einschätzung, die sich damals nicht durchsetzen konnte und selbst heute noch, 60 Jahre nach Kriegsende, starken Anfeindungen ausgesetzt ist.

Um eine Überleitung zu aktuellen Fragen von Migration, Exil und Diaspora ist schließlich die Soziologin Encarnación Gutiérrez Rodriguez bemüht, obwohl auch sie weit historisch ausholt. Gerade die jüdische und schwarz-westafrikanische Diaspora, weltweit die zentralen Achsen politischer Vertreibung, »verweisen auf Spuren europäischer Geschichte«: Antisemitismus, Kolonialismus und Sklaverei sind allesamt ureigene europäische Geschöpfe. Die strukturelle Gewalt, die in diesen Ideologien aufgehoben ist, ist bis heute zu spüren und wird in der aktuellen Abschottungspolitik des reichen Nordens vom armen Süden reaktiviert. Statt einseitig die diversen Fundamentalismen des Südens zu kritisieren, sollte das Hauptaugenmerk auf den Wechselwirkungen zwischen europäischem Vormachtstreben und dem Befreiungsnationalismus ehemals kolonial beherrschter Regionen liegen, so Gutiérrez Rodriguez. Denn so unschuldig und friedensliebend, wie sich die Europäer heute gerne geben, sind sie keineswegs: Nicht nur die Flüchtlinge, die in europäischen Hoheitsgewässern aufgegriffen werden, bekommen das zu spüren.●

Gottfried Oy

jour fix initiative berlin (Hg.): Fluchtlinien des Exils. Unrast Verlag, Münster 2004, 219 Seiten, 16 EUR

»Die letzten Stunden«

Berichte aus der Todeszelle

»Niemand, so problematisch seine Vergangenheit auch gewesen sein mag, so unverzeihlich seine Sünden, sollte alleine sterben müssen« – so heißt es an einer Stelle in Picketts Buch, das über sein Berufsleben als Gefängnisklaplan in der texanischen Haftanstalt in Huntsville Auskunft gibt.

So mancher wird sich noch an »Dead man walking« von Sister Helen Prejean, an ihr Buch, bzw. den gleichnamigen Film, erinnern. Aber in Carroll Picketts Buch steht nicht das Schicksal eines Todesgefangenen im Mittelpunkt, sondern er ließ seine Erlebnisse von seinem Ghostwriter in Buchform bringen und schildert die letzten Stunden mehrerer Gefangener – bis hinein in die Todeskammer, bis zum letzten Atemzug, wenn die in den Körper gespritzten Chemikalien den auf der Bahre festgeschnallten Menschen umbrachten.

Stellenweise erweist sich die Lektüre von »Die letzten Stunden – Berichte aus der Todeszelle« als ärgerlich, sofern man nicht gerade gläubiger Christ, fanatischer USA-Liebhaber oder Anhänger des Gefängniswesens ist. Denn Pickett macht deutlich, dass er an Gott ebenso fest glaubt wie an die USA (insbesondere Texas), sowie an die Notwendigkeit der Existenz von Haftanstalten. Zu Beginn des Buches wirkt auch seine Haltung zur Todesstrafe indifferent – aber am Ende bekennt er sich deutlich zu seiner Gegnerschaft.

Richtiggehend bewegend, eindrücklich sind jene Kapitel in dem Buch, in welchen er den unmittelbaren Kontakt mit den Gefangenen schildert, die nur noch wenige Stunden zu leben haben. In Texas werden am Tag, bzw. Vortag der Hinrichtung die Insassen von einem anderen Gefängnis nach Huntsville verlegt. D.h. Pickett lernte die jeweiligen Todeskandidaten erst zu dem Zeitpunkt des Eintreffens in Huntsville kennen. Sein Bemühen das Vertrauen der Gefangenen zu gewinnen, ihnen nach Möglichkeit letzte Wünsche nach Telefonaten, Besuchen zu erfüllen, wird ebenso berichtet, wie die Verzweiflung, die Angst der zum Tode Verurteilten. Diese Passagen machen das Buch lesenswert.

Wie als Versuch der Selbstrechtfertigung wirken die Bemühungen Picketts, seine eigene Rolle im Hinrichtungsprozedere herunter zu spielen wenn er schreibt, dass er keine persönliche Schuld fühle als kleines Rädchen beteiligt zu sein an einer möglichst problemlos verlaufenden Exekution. Aber nach der Teilnahme an der 95. Hinrichtung war er ausgebrannt, gab seine Arbeit in der Haftanstalt auf, engagiert sich nun öffentlich gegen die Todesstrafe.●

Thomas Meyer-Falk

Carroll Pickett: »Die letzten Stunden – Berichte aus der Todeszelle«, Europa-Verlag, 332 Seiten, 19,90 EUR, ISBN 3-203-81023-9.

Zeit für Veränderung

Neuer Ratgeber: Auswandern nach Spanien

Spanien ist ein Land mit vielen Möglichkeiten. Südländisches Flair, Sonne und Meer ziehen nicht nur Reiselustige magisch an. Auch auswanderungswillige Arbeitnehmer, Selbständige, Studenten und Rentner haben das Land auf der iberischen Halbinsel längst für sich entdeckt. Da sich Einreise und das Leben in Spanien relativ unkompliziert gestalten lassen, ist es zu einem beliebten Einwanderungsziel für Deutsche geworden.

Der Ratgeber »Auswandern nach Spanien« aus dem Kölner Hayit Verlag informiert in übersichtlichen Kapiteln über alle Formalitäten, die beim Thema Einwandern zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus findet der Leser viele nützliche Informationen zur Jobsuche und zum Leben in Spanien.

Man erfährt z.B. an wen man sich wenden muss, wenn man Arbeit sucht, eine berufliche Existenz als Selbständiger gründen oder einfach seinen Lebensabend in Spanien verbringen möchte. Praktische Infos und Checklisten schaffen Klarheit zu Fragen wie Einreise- und Zollbestimmungen, Aufenthalt und Meldewesen, Umzug oder Haustiere. Zu guter Letzt gibt es Hintergrundwissen zu Land und Leuten, Geschichte, Politik und Wirtschaft. Regionen und Städte werden vorgestellt und machen mit dem Land vertraut. Ausführliche Adress- und Internetadressverzeichnisse vervollständigen den Ratgeber zu einem unverzichtbaren Wegbegleiter.●

diego

Elke Dannhäuser: Auswandern nach Spanien, Viele Tipps und Infos zu Einreise und Formalitäten, Jobsuche und Leben in Spanien, Hayit Ratgeber, 176 Seiten s/w-Karten und -Fotos, ISBN 3-87322-084-9, 24,95 EUR, Hayit Verlag, Köln.

Anzeige

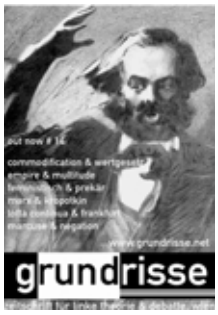
JOBS

Das Tagespflegekollektiv (5F., 2M) der Kommune Niederkaufungen sucht noch eine **exam. Pflegekraft**. Ab Frühjahr 2006 werden wir 15 dementiell erkrankte Menschen in unserer Einrichtung betreuen.
Z.Zt. leben 58 Erw. u. 19 Ki./Jug. in unserer Gemeinschaft, die im Wesentlichen nach folgenden Grundsätzen lebt: Gemeinsame Ökonomie, Konsensprinzip und linkes Politikverständnis. Wir leben in WGs und arbeiten im Kollektiven. Die Verantwortung füreinander und der Abbau kleinfamiliärer u. geschlechtsspezifischer Machtstrukturen ist uns genauso wichtig, wie eine ökologische u. psychosozialverträgliche Lebens- und Arbeitsweise. Falls du dir ein Leben in unserer Kommune und ein Arbeiten in unserem Tagespflegekollektiv vorstellen kannst, melde dich unter: Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen ☎(0 56 05) 8 00 70.

Zoff, Knatsch und Keilerei !
(So ätzend habe ich mir unsere Zusammenarbeit wirklich nicht vorgestellt)
Dialogkompetenz lernen - Konflikte menschlich klären
Dialogische Beratung & Coaching
Peter Scholz - 07071-151989 www.dialogisches-coaching.de

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib
Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Seminare
20.-22.5.05, Hannover
Postmoderne und Politik
3.-5.6.05, Berlin
Vom Arbeitshaus zum HEJob
24.-26.6.05, Berlin
Zur Kritik des Anarchismus
1.-3.7.05, Hannover
Biologie und Biologismus
15.-17.7.05, Hannover
Alltag & Freizeit im Kapitalismus
22.-24.7.05, Augsburg
Schule bleibt gemein
www.junge-linke.de



solidarität macht stark
ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de
In akt. Ausgabe (4/05) u.a.:
- Christa Sonnenfeld: »True lies«, über 1-Euro-Jobs als humanitäres Projekt
- Nadja Rakowitz: »Kein Ort – Nirgends? Viele Orte – überall?«, Veranstaltung der Workers Center-Gruppe Rhein-Main
- Werner Sauerborn: »Blackmail Globalisierung«, zur »Rolle der Gewerkschaften in einer globalen Ökonomie«
- K.H.: »Gemach? Gemach!«, Zusammenfassung der Thesen Frank Bsirskes zur Rolle der Gewerkschaften in der globalen Ökonomie
- Beverly J. Silver: »Von scheuen Rehen und dämmernden Füchsen«, zur toyotistischen Variante kapitalistischer Krisenprävention
- »Wer nicht zahlt, darf nicht beschäftigen«, IG BAU zur Sozialversicherungspflicht für Saisonarbeiter
- Hasan Arslan: »EU-Binnenmarkt als Zivilisator«, zur Änderung der Arbeitsgesetzgebung in der Türkei vor dem EU-Beitritt
○ ○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar ○ ○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

jW- FESTLESEWOCHEN

Es gibt sie, die Alternative zu bürgerlichen Printmedien:
Die parteiunabhängige marxistische Tageszeitung junge Welt. Vor zehn Jahren wurde ihr Erscheinen eingestellt. Nach acht Tagen gelang es, die jW wieder herauszugeben – in Eigenregie der Belegschaft. Zur ökonomischen Unterstützung wurde damals die Genossenschaft LPG junge Welt e.G. gegründet, die mittlerweile Herausgeberin und Mehrheitseigentümerin der Zeitung ist. Gute Anlässe, Ihnen völlig unverbindlich ein dreiwöchiges Testabo zu schenken. Das endet automatisch, also ohne daß Sie es abbestellen oder kündigen müssen. Bezahlt wird Ihr Testabo von den Leserinnen und Lesern der jungen Welt. Allerdings: Danach hätten wir einige Fragen an Sie. So wüßten wir gerne, was Ihnen an der jungen Welt gefallen hat und was nicht. Und ob Sie sich vorstellen könnten, die junge Welt zu abonnieren. In den drei Festlesewochen werden Sie eine Reihe guter Gründe dafür erfahren. Denn wir wollen Sie nicht mit einem schicken Staubsauger oder einer tollen Kaffeemaschine überzeugen, sondern mit diesem dreiwöchigen Testabo einer gut gemachten, unverwechselbaren linken Tageszeitung.
* Das Angebot gilt nur bis zum 18. Juni 2005 und nur im Inland (BRD)
○ **Ja, ich will die Tageszeitung junge Welt für drei Wochen testen. Das Testabo endet automatisch.**
Vorname
Name
Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Ort
Telefon
E-Mail
✦ Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 33, 10178 Berlin, oder faxen an die Nummer 0 30/53 63 55-44
✦ Bitte beachten Sie, daß eine optimale Bearbeitung nur dann möglich ist, wenn Ihre E-Mail-Adresse bzw. Telefonnummer vollständig und korrekt eingegeben sind. Wir garantieren, daß die Daten nur zu diesem Zweck genutzt werden.
Weitere Informations- und Bestellmöglichkeiten:
✦ www.jungewelt.de
✦ 0 30/53 63 55-80

kämpfen und lesen
[die andere gewerkschaftszeitung]
DA
Probeheft gratis Straßburgerstr. 38 | 10407 Berlin | da-abo@fau.org

graswurzel revolution
monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
Jahresabo 25 € (10 Hefte)
Probeheft kostenlos
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim.
abo@graswurzel.net

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail**: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail**: ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail**: post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail**: kuema-ostseh-redaktions bureau@t-online.de, **Internet**: www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail**: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail**: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail**: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail**: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail**: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail**: arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Nekkarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail**: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail**: peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal**: Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail**: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84, **E-Mail**: genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK**: **68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail**: leh@zorrow.de und **27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail**: **finkenburg@verden-info.de**; **Umweltschutz von unten**: **35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail**: joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail**: the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail**: piratenutopie@uni.de; **Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann**, ☎(0711) 560294, **E-Mail**: Galow-Bergemann@t-online.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@t-online.de

SOZIALFORUM BREMEN

Unter dem Motto, eine »andere Welt ist möglich, ein anderes Bremen auch« findet vom **17.-19.06.05** das erste Bremer Sozialforum statt.
Auf dem ersten Bremer Sozialforum, dass in den Räumen des Lagerhauses (Schildstraße) durchgeführt wird, sind alle Interessierten eingeladen, an einem zweieinhalbtägigen Diskussionsforum teilzunehmen. Hier soll zunächst die sog. Bremer Sanierungspolitik und deren Folgen analysiert und in den Zusammenhang der Globalisierung gestellt und Alternativen erarbeitet werden.
Die Idee des Sozialforums ist es, den unterschiedlichsten Meinungen Raum zu geben. Durch den Prozess der Auseinandersetzung soll ein Konsens gesucht werden, ohne die Differenzen zu negieren. Freitag- und Samstagabend ist jeweils ein großes Plenum geplant. Unter den Themen »wie viel Markt verträgt die Demokratie« und »Solidarität versus Neoliberalismus« werden Vorträge von Experten gehalten und anschließend diskutiert.
Zahlreiche Bremer Initiativen und Organisationen bieten u.a. zu den Themen Wirtschaftspolitik, Bildung, Umweltschutz, Hartz IV, Armut in Bremen Workshops an. Viele Kulturschaffende und Künstler beteiligen sich in Parallelveranstaltungen am Bremer Sozialforum. Für die Abende sind Konzerte und Feten geplant. Am Samstagnachmittag ist eine Demonstration unter dem Motto »die Stadt gehört uns« geplant. Ziel des Bremer Sozialforums ist nicht nur die Schaffung eines offenen politischen Raumes, sondern auch die Vernetzung der Initiativen, Organisationen und Interessierten zu ermöglichen. Auf diese Weise kann der Diskussionsprozess von unten in seiner Vielfalt über das Bremer Sozialforum hinaus fortgeführt und gemeinsame Aktionen geplant werden.
Weitere Informationen:
www.bremer-sozialforum.de

KRISIS

Die Herrschaft der toten Zeit
Dass Zeit stets knapp ist, dass sie immer schneller verstreicht und das ganze Leben ihrem Takt unterwirft, gehört zu den landläufigen Klagen in der modernen Gesellschaft. Bekannt ist auch das paradoxe Phänomen, dass jede »Zeitersparnis« nicht etwa zu einem Mehr an Muße und Lebensqualität führt, sondern sich stets in neuen Zeitdruck verwandelt. Diese Beobachtungen setzen jedoch in aller Regel die Zeit als überhistorische Naturgröße und physikalische Kategorie voraus, die unmittelbar auf die Erfahrungs- und Lebenswelt der Menschen wirkt. Ihr gesellschaftlicher Charakter als abstrakte Zeit, als spezifische Zeitform der modernen Gesellschaft bleibt hingegen zumeist unerkannt. Auf einer grundsätzlichen Ebene ist abstrakte Zeit eng verknüpft mit der Kategorie der Arbeit, die in der warenproduzierenden Gesellschaft den sozialen Zusammenhang konstituiert und vermittelt. Sie ist das Maß der Verausgabung von abstrakter Arbeit im Prozess der Kapitalverwertung, dessen einziges Ziel in der Anhäufung immer größerer Massen von Wert, also von vergangener, »toter« Arbeitszeit besteht.
Darin liegt der strukturelle Zwang zur ständigen Zeitverknappung und -verdichtung begründet. Dieser kann daher nicht auf der individuellen Ebene ausgehebelt werden, wie es in der Diskussion um das Zeit-Phänomen oft behauptet wird, sondern lässt sich letztlich nur zusammen mit der ihm zugrundliegenden gesellschaftlichen Struktur aufheben.
Die Herrschaft der toten oder abstrakten Zeit reduziert sich jedoch nicht nur auf den Produktionsprozess, sondern strukturiert ganz grundsätzlich die Wahrnehmung, das Denken und Fühlen in der modernen, kapitalistischen Gesellschaft. Das gilt für die (natur-)wissenschaftliche Erkenntnis ebenso wie für das Alltagsverständnis. Zugleich impliziert sie eine bestimmte Vorstellung von historischen Abläufen im Sinne eines linearen Fortschritts, der in einem (positiven oder negativen) Endpunkt der Geschichte mündet. In diesem Zusammenhang sind auch die apokalyptischen Endzeit- und Weltvernichtungsphantasien zu sehen, die nach dem Niedergang des aufklärerischen und marxistischen Geschichtsoptimismus nun im Zuge des kapitalistischen Krisenprozesses bedrohlich starke Verbreitung finden. Auf dem Seminar sollen die verschiedenen Aspekte des Themas näher beleuchtet und in ihrem Zusammenhang zur Grundstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer aktuellen Krise diskutiert werden.
Termin: 1.-3.7.2005 im Zinzendorfhaus Neudietendorf
Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung betragen 46 EUR (Dreibettzimmer), 65 EUR (Doppelzimmer) und 75 EUR (Einzelzimmer). Für die Fahrtkosten und die Unterbringung der Referenten bitten wir alle TeilnehmerInnen, die finanziell dazu in der Lage sind, dringend um einen zusätzlichen Förderbeitrag von 10 bis 40 EUR (je nach Möglichkeit). Um möglichst schnelle Anmeldung wird gebeten, da die Anzahl der Plätze begrenzt ist. Eine Bestätigung über die Anmeldung verschicken wir nicht.
Die Adresse des Tagungshauses: Zinzendorfhaus Neudietendorf, Zinzendorfplatz 3, D-99192 Neudietendorf
☎(03 62 02) 9 83 31
Anmeldung:
Förderverein Krisis e.V., Kaiserplatz 4, D-90763 Fürth
Mit diesem Text:
Ich möchte mich zum Seminar **Die Herrschaft der toten Zeit** vom 1.7. bis 3.7.2005 anmelden. Die Kosten für Unterbringung und Verpflegung und wenn möglich auch einen Förderbeitrag für die Seminardurchführung überweise ich zusammen mit dieser Anmeldung auf das Konto des Förderverein Krisis 300114-859, Postbank Nbg. BLZ 760 100 85.
Ich möchte im Dreibettzimmer/Zweibettzimmer/ Einzelzimmer übernachten (Bitte unterstreichen).
Name, Anschrift, Unterschrift

FRAUEN

Alternative Lebensformen:
Eine Chance für die ökonomische Situation von Frauen?
Unser Wirtschaftssystem hat viele VerlierInnen – dazu zählen vor allem Frauen: Voll erwerbstätige Frauen verdienen nur zwei Drittel dessen, was Männer verdienen, obgleich in punkto Entlohnung Gleichberechtigung zu bestehen scheint. Immer noch erhalten Frauen am Ende ihres Arbeitslebens geringere Rentenzahlungen. Alleinerziehende Mütter sind nicht selten auf Sozialhilfe angewiesen. Trotz Gleichstellungsbestrebungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Beziehungsverhältnissen schneiden Frauen in Bezug auf die ökonomische Lage und Zugang zu Ressourcen im Vergleich zu Männern immer noch schlechter ab.
Wir wollen im Seminar geschlechtsspezifische Faktoren der Ökonomie beleuchten und uns mit der Frage beschäftigen, in wie weit alternative Formen des Lebens und Wirtschaftens ein Weg sein können, Benachteiligungen von Frauen entgegen zu wirken. Dabei wird es Gelegenheit geben, die eigene Lebensrealität und Lebensträume auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen zu reflektieren und ein konkretes Beispiel alternativen Lebens und Wirtschaftens kennen zu lernen.
Seminar für Frauen
Termin: 22.-24.7.2005
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

Hartz IV und die Folgen für Frauen
Gewerkschaften und Frauenverbände befürchten, dass aufgrund der nochmaligen Reduzierung des Freibetrages in der Anrechnung des »Partnereinkommens« im Rahmen von Hartz IV viele Frauen keinen Anspruch auf ALGII haben werden. Schon heute sind Frauen stärker von dieser seit 2003 geltenden Entwicklung betroffen, den der Juristinnenbund als Rückschritt in die »Versorgerehe« bezeichnet. Auch die neuen Zumutsbarkeitsregelungen treffen Beurteilungen zu Folge ebenfalls in stärkerem Maße Frauen, insbesondere alleinerziehende Mütter. Mehr als ein halbes Jahr nach Einführung der Reformen wollen wir im Seminar überprüfen, was z.B. aus den Zusagen, durch Hartz IV solle die »Vereinbarung von Familie und Beruf« sogar verbessert werden, geworden ist. Wir wollen außerdem eine Bestandsaufnahme zur sozialen und finanziellen Lage von Frauen vornehmen und uns mit aktuellen Ereignissen in diesem Themenbereich auseinandersetzen.
Termin: 19.-21.8.2005
Niederkaufungen
Information & Anmeldung:
Arbeit & Leben Hessen, Königsteiner Str. 29, D-61440 Oberursel
☎(0 61 71) 5 76 22
E-Mail: aul-hessen@t-online.de

STIFTUNG SALECINA

Frauen-Geschichte(n)
Wegbereiterinnen der Frauenbewegung mit Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Bonn und Marlies Leibitzki, Theaterpädagogin, Bielefeld.
Anhand von ausgewählten Frauenbiografien wollen wir den TeilnehmerInnen, die Zeit zwischen dem Beginn der Industrialisierung und den (frauen)bewegten 1970er Jahren näher bringen. Nach einer Zeitreise werden fünf Frauen aus verschiedenen (Frauen)bewegungen in Text und Bild vorgestellt:
Flora Tristan (1803-1844),
Rosa Luxemburg (1870-1919),
Jeanette Wolff (1888-1976),
Klara Marie Fassbinder (1890-1974),
Amalie Pinkus-De Sassi (1910-1996).
Theaterpädagogische spielerische Methoden ergänzen die historischen Vorträge. Ausgehend von den Biografien werden wir kleine Szenen entwickeln und die Geschichte(n) der Frauen in die Gegenwart holen.
Eingeladen sind interessierte Frauen und Männer aller Altersgruppen. Vorkenntnisse im Theaterspiel sind absolut nicht erforderlich.
Termin: 3. bis 10.9.2005
Das Seminar kostet für die ganze Woche alles inclusive CHF 250,--
Information & Anmeldung:
Stiftung Salecina. CH-7516 Maloja
☎0041-81-824 32 39
E-Mail: info@salecina.ch
Web: www.salecina.ch

JUNGE LINKE

Fuck you, I won't do what you tell me
Seminar zur Kritik des Anarchismus
Anarchisten oder Anarchie haben in der hiesigen Gesellschaft einen ziemlich schlechten Ruf. Da fallen Worte wie Chaos(tage), Terror, Bomben, »Sozialschmarotzer« mit gefärbten Haaren und schlechten Manieren. Und fast jeder weiß, dass in der Anarchie jeder dem anderen den Kopf einschlagen würde, was derzeit durch den Staat und die durch ihn gewährte Ordnung verhindert wird. Solcherlei Kritik ist unsere Sache nicht. Zunächst können wir nicht erkennen, dass das Aussehen der politischen Akteure eine Auskunft über den vertretenen politischen Inhalt gibt. Desweiteren sind Gewalt oder Bomben als Mittel politischer Akteure keine Erfindung von Anarchisten, sondern schon immer auch Mittel demokratischer Staaten gewesen, um ihre Interessen innen- oder außenpolitisch durchzusetzen. Somit ist das Abstellen auf Gewalt von Fans demokratischer Staaten, wenn sie Anarchisten und deren Utopie kritisieren, kein taugliches Kriterium für eine Kritik bzw. pure Heuchelei.
Wir wollen auf dem Seminar diese Sorte Herrschaftskritik daher inhaltlich, also auf deren Stimmigkeit betrachten. Dabei sollen einerseits einige »Klassiker« des Anarchismus wie etwa Michail Bakunin, Pjotr Kropotkin oder Rudolf Rocker Gegenstand sein, die aber nicht einfach nur historisch eingeordnet oder ausgelegt werden. Vielmehr geht es darum, vor allem die Kritiken der Klassiker, die heute noch für Anarchisten aktuell sind und vertreten werden, zu untersuchen. Dies wird entweder thesenhaft oder anhand der Lektüre selbst geschehen.
Was ist also dran an Freiheit? Ist das Lob auf diese berechtigt? Welche Gedanken machen sich Anarchisten zum Staat und woraus folgt die Ablehnung dieser und jeglicher anderen Herrschaft? Wie soll die Ordnung ohne Herrschaft, die Anarchie ja bedeutet, aussehen? Was war (und ist) die Kritik von Anarchisten an kommunistischer Kritik des Kapitalismus und was stimmte an ihr und was nicht?
Andererseits wollen wir aktuelle Inhalte anarchistischer, aber auch anarcho-syndikalistischer Gruppen wie z.B. der »Freien ArbeiterInnen Union« – kurz FAU – untersuchen. Welche Kritik wird da an den bestehenden Verhältnissen artikuliert? Was wird strategisch vorgeschlagen und was taugt davon und was nicht?
Schließlich wollen wir uns einigen Kritiken des Anarchismus zuwenden und diese selbst kritisieren. Weniger die Kritik von besorgten Spießbürgereltern, sondern vielmehr von Personen, die Herrschaftslosigkeit selbst im Programm hatten, also sich im Resultat eigentlich mit Anarchisten einig waren und letztere trotzdem politisch und militärisch bekämpften, namentlich »Marxisten-Leninisten«.
Termin: 24.-26.6.2005 in Berlin

Bestimmen die Gene unser Handeln?
Seminar zu Biologie und Biologismus
Wenn Kinder gute Noten haben, reden Eltern von Vererbung. Und die Genetik liefert dazu eine Grundlage, mit der dann viele individuelle Charaktereigenschaften oder Handlungen von einzelnen Menschen erklärt werden. Selbst gesellschaftliche Zusammenhänge werden immer wieder biologisiert. So liefert zum Beispiel die Verhaltenforschung Material, demzufolge »Bandenkriege« analog zum Aggressions- und Revierverhalten der Tiere erklärbar sein sollen. Und wenn Männer »fremdgehen« folgen sie angeblich dem Gesetz der Evolution, das ihnen gebietet, ihre Gene möglichst weit zu streuen.
Solche Erklärungen menschlicher Handlungen und gesellschaftlicher Phänomene aufgrund der Forschungsergebnisse von Teilbereichen der Biologie stellen eine besondere Form der bürgerlichen Ideologie dar: den Biologismus. Indem Ergebnisse der Biologie benutzt werden um die Gesellschaft als rein der Naturkausalität unterworfen darzustellen, verschwindet die Möglichkeit eines freien Willens. Die bestehenden Verhältnisse werden als natürliche und damit zugleich als richtige dargestellt. Die bewusste Veränderung der unfreien Gesellschaft erscheint somit als unmöglich.
Nicht erst in der biologistischen Ideologie werden Verhaltensforschung, Genetik, Ökologie und Co. bloß zur Erklärung von gesellschaftlichen Verhältnissen instrumentalisiert, sondern umgekehrt liegt in der heutigen biologischen Forschung selbst bereits der Fehler, dass die falschen Vorstellungen von Gesellschaft zu biologischen Erklärungen herhalten sollen.
In diesem Seminar werden wir folglich sowohl die immanente Problematik der derzeitigen Biologie als auch ihre weitreichende ideologische Funktion und die Folgen der biologistischen Betrachtung des Menschen und seiner Gesellschaft untersuchen und kritisieren.
Termin: 1.-3.7.2005, Hannover

Hier bin ich Mensch,
hier darf ich's sein
Seminar zu Alltag und Freizeit im Kapitalismus
Wie jeder weiß, dient die Freizeit der Muße und Entspannung und kann von jedem selbstständig ausgefüllt werden, das sagt schließlich schon ihr Name. Dass allerdings nur die Hälfte des Tages als »Freizeit« benannt ist, lässt schon darauf schließen, dass es in der anderen Hälfte um einiges weniger frei zugeht: Der Arbeitsplatz bietet in der Regel so viel Zwang und Stress, dass ein paar Stunden Erholung täglich schlichtweg notwendig sind, damit man das Ganze am nächsten Tag wieder aushält. Und dementsprechend sieht die Freizeit dann auch aus: Meistens ist man mit dem ruhigen Abend vor dem Fernseher schon bedient; einmal in der Woche müht man sich im Sportverein ab, um die arbeitsbedingten Rückenschäden auszugleichen; und für den seelischen Ausgleich müssen Beziehung und Familie herhalten.
Die eigenmächtige Gestaltung der Freizeit ist also schon erheblich eingeschränkt durch die Zumutungen, mit denen die Arbeitswelt aufwartet, sowie durch die Notwendigkeit, diese zu kompensieren. Und auch darüber hinaus ist diese Sphäre alles andere als unabhängig von Politik und Ökonomie: Hier findet die staatsbürgerliche Meinungsbildung durch Zeitungslektüre, Fernsehnachrichten und Kneipengespräch statt, und selbst noch bei »Unter Uns« oder »Das Jugendgericht«, in »Bravo« oder »Brigitte« wird jedes Problem der Nation verhandelt, von fehlenden Ausbildungsplätzen über kriminelle Ausländer bis hin zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Frage, welcher Partei man am Sonntag seine Stimme geben soll. Auch der Staat trägt dafür Sorge, dass seine Bürger ihre Freizeit auf ganz bestimmte Weise nutzen. Dies tut er nicht nur, indem er ihnen beibringt, dass Sport Deutschland gut tut, dass man Drogen hingegen keine Chance geben soll, und dass es das Selbstwertgefühl enorm hebt, wenn man unbezahlt im Ehrenamt schuftet. Sondern auch, indem er in diversen Gesetzen festschreibt, wie das Privat-, Vereins- und Familienleben der Menschen auszusehen hat.
Arbeitet man für die Freizeit, oder ist die Freizeit nur Anhängsel der Arbeit? Warum bringt die Freizeitgestaltung oft so viel zusätzlichen Stress, dass viele sich schon wieder auf die Arbeit freuen? Und was hat eigentlich der Staat mit all dem zu tun? Dies und mehr möchten wir mit euch diskutieren.
Termin: 15.-17.7.2005, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de

SOMMERAKADEMIE

Attac-Sommerakademie in Göttingen
Die diesjährige Sommerakademie ist die zentrale Fortbildungsveranstaltung im Attac-Jahr, auf der neugierige Menschen mit und ohne Attac-Erfahrung, thematische Einsteiger als auch Profis miteinander lernen, diskutieren und neue Anregungen für ihr eigenes Engagement finden. In dieser knappen Woche gibt es auf 35 parallel laufenden mehrtägigen Seminaren und mehr als 170 Workshops die Möglichkeit, das gesamte Spektrum der politischen Arbeit in Attac kennen zu lernen. Auf den zentralen Abendveranstaltungen kann man mit Vertretern aus der internationalen globalisierungskritischen Bewegung über globale Regulierung, Alternativen zur neoliberalen Globalisierung und über Strategien für eine starke soziale Bewegung diskutieren. Das umfangreiche Kulturprogramm mit Theater, Kabarett und Musik bietet zudem einen unterhaltsamen Rahmen. Nähere Informationen zum Programm sind ab Mai unter www.attac.de verfügbar.
Termin: 9.-14.8.2005

»Global – Regional – Lokal – Zwischen Konkurrenz und Kooperation«
Bereits zum vierten Mal veranstaltet Attac Österreich die Sommerakademie. Attac Österreich ist eine junge NGO und Teil einer internationalen globalisierungskritischen Bewegung. Nähere Infos sind zu finden unter www.attac.at. Die Attac-Sommerakademie steht allen Interessierten offen, die zentralen Ziele sind Weiterbildung und Vernetzung. Plenarreferate und -diskussionen sollen die Wissensbasis verbreitern, Workshops bieten zusätzlich Raum für Fragen, Diskussionen und Kreativität. Das Rahmenprogramm sorgt dafür, dass soziale Komponenten und Spaß nicht zu kurz kommen. Veranstaltungsort wird Ebensee in Oberösterreich sein, der genaue Termin ist der **13. bis 17.7.2005.**

FAIRKEHR

Mobil ohne Auto am 19.6.2005
Bundesweit an möglichst vielen Orten. Aktionstag zur Werbung für die Verkehrsmittel des Umweltverbundes.
Informationen:
UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin
☎(0 30) 492 74 73
E-Mail: info@umkehr.de
Web: www.mobilohneauto.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg